

Heise, Arne

Working Paper

Das Ende der SPD... und ihr Neuanfang? 13 Analysen

Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 34

Provided in Cooperation with:

University of Hamburg, Department of Socioeconomics

Suggested Citation: Heise, Arne (2010) : Das Ende der SPD... und ihr Neuanfang? 13 Analysen, Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 34, Universität Hamburg, Fachbereich Sozialökonomie, Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41339>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nr. 34

Das Ende der SPD...

... und ihr Neuanfang?

13 Analysen

Arne Heise

ISSN: 1613-7000

Die Arbeitspapiere für STAATSWISSENSCHAFT/ Working Papers on ECONOMIC GOVERNANCE werden in unregelmäßiger Folge von der Professur Finanzwissenschaft/ Public Governance am Fachbereich Sozialökonomie der UNIVERSITÄT HAMBURG ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben:

Prof. Dr. Arne Heise
Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
FB Sozialökonomie
Von-Melle-Park 9

D-20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de

Das Verzeichnis aller Arbeitspapiere und anderer Veröffentlichungen/ List of all working papers and other publications:

<http://www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=5147>

Zitierweise:

Autor (Jahr), Titel, *Arbeitspapiere für Staatswissenschaften* Nr. X, FB Sozialökonomie der Universität Hamburg

Citation:

Author (Year), Title, *Working Papers on Economic Governance* No. X, Department of Socioeconomics at Hamburg University

Inhalt

Die SPD – ein Trauerspiel. Einleitende Worte 5

A. Sommer 2002

1. Versprochen und gehalten? Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte auf dem Prüfstand9

B. Frühjahr 2003

2. Quo Vadis, SPD?31

3. SPD – eine moderne Partei in der Mediendemokratie?37

4. Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte einer Agenda-Theorie43

C. Winter 2005

5. Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik63

6. Das Ende der Sozialdemokratie – konstruktiv-kritische

	Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung	77
7.	Er muss da raus! Schröder macht die SPD kaputt.....	91
8.	Wie Schröder die Wahl gewinnen kann und anderen das Regieren überlassen muss.....	95
9.	Die SPD muss wieder zur Realität zurückfinden.....	101
10.	Was will die SPD?.....	105

D. Sommer 2007

11.	Sind Berlin und Weimar vergleichbar? Was die SPD aus ihrer Geschichte lernen sollte.....	111
12.	Programmatischer Linksruck? Hat die SPD die Zeichen der Zeit erkannt?.....	115

E. Herbst 2008

13.	Ist die Sozialdemokratie noch zu retten?.....	121
-----	---	-----

	Literatur.....	125
--	-----------------------	------------

Die SPD – ein Trauerspiel? Einleitende Worte

Gewiss, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) steht vor ihrer größten Herausforderung zumindest seit Bestehen der Bundesrepublik: Wird sie als ‚linke‘ Volkspartei weiterhin in der Lage sein, breite Bevölkerungskreise anzusprechen und dazu bewegen können, ihr die Stimme zu geben? Oder muss sich die SPD daran gewöhnen, die nicht einmal mehr in allen Bundesländern (s. Sachsen!) größte der kleinen Sparten- oder Sonderinteressenparteien zu sein, die auf Dauer kaum mehr als ein Viertel der jeweils abgegebenen Stimmen auf sich vereinen kann und deren Machtperspektive allenfalls als gleichberechtigter Partner in einer Mehrparteien-Konstellation zu sehen wäre. Selbst die Gefahr, dass die SPD mittelfristig zwischen einer ‚sozialdemokratisierten‘ CDU und einer in der deutschen Demokratie angekommenen ‚Die LINKE‘ aufgerieben wird, ist keineswegs gebannt.

Die Entwicklung, die diese Fragen aufwirft und mit dem Desaster bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 den vorläufigen Höhepunkte erreichte, hat spätestens nach der Wahl der ersten Schröder-Regierung im Jahr 1998 begonnen – damals erhielt die SPD heute unglaubliche 40,6% der Stimmen und war unangefochten die stärkste politische Kraft im Lande. Was seither passiert ist, soll in dem vorliegenden Buch aufgearbeitet werden. Als Form der Aufarbeitung wähle ich dabei eine Sammlung von Analysen auf teilweise sehr unterschiedlichem Niveau der Abstraktion: Im Zentrum steht die polit-ökonomische Analyse auf der Grundlage eines Agenda-Modells (Essay 4), mit dessen Hilfe die Wahlchancen von Parteien insbesondere in von Medien dominierten Demokratien eingeschätzt werden können. In substantieller Hinsicht konzentriere ich mich auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD und verwende in zweckrationaler Perspektive ein postkeynesianisches – also Non-Mainstream – Verständnis. Beides muss vorweggeschickt werden, damit meine inhaltliche Kritik einerseits, und meine strategische Kritik andererseits verständlich und nachvollziehbar werden. Die Konzentration auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik ergibt sich dabei sowohl aus meiner Fachspezialisierung als Ökonom, als auch und vor allem aus der Überzeugung, dass zumindest im betrachteten Zeitraum genau diese Politikfelder von entscheidender

Bedeutung für die Positionierung und Wahrnehmung einer Partei in Deutschland waren – mit den die politischen Debatten in Deutschland markierenden Stichworten ‚Globalisierung‘, ‚Neoliberalisierung‘ oder ‚Reform des Modells Deutschland‘ sind in erster Linie ökonomische Themenkreise berührt.

Damit wären wir auch schon bei der Verortung meiner Analyse: In erster Linie betrachte ich die Sozialdemokratie von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus, d.h. ich versuche intersubjektiv nachvollziehbare Argumente und nicht etwa Intuition, Eigeninteresse oder subjektive Überzeugungen als Beratungsgrundlage zu liefern. Die Vorstellung vom also ‚neutralen‘ Beobachter ist aber natürlich insofern fehlerhaft, als die Wahl der Methoden durchaus eine Vorfestlegung beinhaltet. Und es wird dem geneigten Leser auch nicht verborgen bleiben, dass ich die SPD auch aus persönlichem Anliegen zum Untersuchungsgegenstand gewählt habe: Nicht nur erscheint mir die Sozialdemokratie von großer Bedeutung für die politische Stabilität und Kultur der Bundesrepublik, ich habe auch großen Respekt vor der langen Geschichte und den Taten vieler bekannter Persönlichkeiten und unbekannter Funktionäre und einfacher Mitglieder an der Basis der Partei. Schließlich sympathisiere ich grundsätzlich mit den Zielen der Sozialdemokratie – das muss aber natürlich nicht im Rahmen der SPD sein.

Es gibt gegenwärtig eine ganze Reihe von Büchern, die sich mit der Situation der SPD befassen: Teilweise sind es Parteistrategen, die nach Antworten suchen (z.B. Friedrich-Ebert-Stiftung 2004; Platzeck/Steinmeier/Steinbrück 2007), teilweise Soziologen (z.B. Nachtwey 2009), Politologen (z.B. Walter 2002, Walter 2004, Greiling 2009) oder Journalisten (z.B. Sturm 2009). Ökonomen findet man bisher nicht unter den Autoren, die sich berufen fühlen, etwas zur Entwicklung der SPD in den letzten Jahren zu sagen. Dies mag daran liegen, dass sie eine solche Betrachtung für nicht in ihrer Kompetenz liegend erachten, dass sie sich wohl trauen, Ergebnisse ökonomischen Ressourceneinsatzes zu bewerten, nicht aber normativer Politikprozesse. Dabei – wieso sollten Ökonomen nicht auch den ‚politischen Markt‘ analysieren können, wenn sie dabei nicht in hegemonialer Weise ihren Methodenkanon auf den politischen Gegenstand übertragen, ohne die Besonderheiten des ‚politischen Marktes‘ zu negieren; also bereit sind, eine eigenständig sozio- bzw. polit-ökonomische Perspektive zu entwickeln? In diesem Sinne hoffe ich, mit der vorliegenden Textsammlung tatsächlich einen Erkenntniszuwachs über die vorhandenen Wissensbestände hinaus leisten zu können.

Der Charakter des Buches, eine Sammlung von Analysen zu sein, erklärt die auf den ersten Blick sicher ungewöhnliche Strukturierung nach zeitlichem Ablauf: Es beginnt mit einer Betrachtung der Kernbereiche der vor allem von der SPD in der rot-grünen Bundesregierung dominierten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der ersten Schröder-Regierung im Sommer 2002, setzt sich fort über die Analyse der Agenda 2010-Politik der zweiten Schröder-Administration im Frühjahr 2003, greift dann die Diskussionen um die substantiellen und strategischen Auswirkungen der Hartz-Gesetze ab Winter 2005 auf, um mit Betrachtungen zur Zukunft der SPD nach der Bundestagswahl zu enden. Bewusst habe ich es unterlassen, einen Ausblick auf die Neuaufstellung der SPD nach der Wahl des neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel zu geben. Allzu offen ist oder sollte jedenfalls die strategische Weichenstellung sein, als dass man jetzt schon mehr als Spekulationen abgeben könnte¹ – genau dies möchte ich aber an keiner Stelle des Buches. Klar ist, dass die SPD in der letzten Dekade unglaublich viel Glaubwürdigkeit und Vertrauen verloren hat – dies zurückzugewinnen wird zweifellos sehr schwer sein. Vielleicht könnte dabei ein Umstand helfen, der auch in meinen Analysen deutlich wird: Es hat sich ein tiefer Graben aufgetan zwischen den für die SPD handelnden Repräsentanten und Funktionären und der Parteibasis (Walter 2004: 178ff.). Gerhard Schröder hat ja nicht nur mit seinem ‚Basta-Stil‘ die Diskussionskultur der Sozialdemokratie erstickt, er hat mit den Steinmeiers, Steinbrücks, Clements, Matschies und Co. auch die Steigbügel für einen Führungspersönlichkeitstyp gehalten, der mit den Traditionsbeständen der SPD nichts anfangen kann. Wenn es also der Partei gelingt, sich von dieser Führungskaste schnellstmöglich zu trennen, könnte neben der Diskussionskultur auch die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen schneller wiederhergestellt werden, als es andererseits zu befürchten wäre. Es ist auch dieser Hintergrund, der erklärt, weshalb in den Essays in so offener und für manchen Leser vielleicht etwas zu personifizierter Weise Ross und Reiter genannt sind: Einerseits sind es eben – neben den Inhalten – vor allem auch die konkret handelnden Personen, die für den Erfolg oder Misserfolg einer Partei und Politik stehen (vgl. z.B. Kane 2001), andererseits ist die SPD in der ‚Schröder Ära‘ in geradezu Coup-ähnlicher Weise von den oben genannten Schröderianer übernommen und ohne basisdemokratische Legitimation

¹ Natürlich könnte man Sigmar Gabriels neuestes Buch ‚Links neu denken‘ als Gewähr für die zu erwartende Neuorientierung nehmen (vgl. Gabriel 2008). Doch gestehe ich dem neuen Parteivorsitzenden – nach den jüngsten Geschehnissen und in seiner neuen Funktion – durchaus zu, nach einer gründlichen Bestandsaufnahme und Wertung aller Argumente, offen für neue Überlegungen zu sein. Dazu zumindest soll dieses Buch beitragen.

transformiert worden, dass sie auch persönlich verantwortlich gemacht werden müssen. Das sich einige davon durch späteres Verhalten mittlerweile gänzlich aus dem Kreis der Sozialdemokraten und der SPD ausgeschlossen haben, spricht für sich.

Wie bereits angesprochen, argumentieren die Essays auf sehr unterschiedlichem Abstraktionsniveau – teilweise sind es wissenschaftliche Analysen für ein in erster Linie wissenschaftliches Publikum, teilweise sind es Arbeiten, die eher den Charakter von Denkanstößen für ein breiteres Publikum haben. Da die Essays einer zeitlichen Chronologie, nicht einer inhaltlichen Strukturierung folgen, sind einerseits Überschneidungen oder Dopplungen nicht zu vermeiden gewesen, andererseits können so die Essays auch einzeln, also ohne direkte Bezugnahme, gelesen und, wo es Verständnisschwierigkeiten mit den wissenschaftlichen Texten gibt, auf die essayistischen Abfassungen zurückgegriffen werden. Die chronologische Folge der Arbeiten hat übrigens auch den Vorteil, dass eine Reihe von auf Grundlage des Agenda-Modells der politischen Ökonomie aufgestellten Prognosen direkt empirisch überprüft werden konnten – der hohe Grad an prognostreue soll dabei bitte nicht als Rechthaberei missverstanden werden, sondern entspricht sozialwissenschaftlicher Praxis, die eigenen Aussagen zu überprüfen.

Die Essays sind aus den verschiedensten Zusammenhängen heraus entstanden, fast immer aber waren der Sozialdemokratie nahestehende Kreise – z.B. die Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus oder die Friedrich-Ebert-Stiftung – oder SPD-Gruppierungen – z.B. die ‚Demokratische Linke‘ (DL 21) – Impulsgeber und Resonanzboden. Hier gäbe es Vielen namentlich zu danken. Da die Gefahr der unintentionalen Unterlassung dabei sehr groß ist, will ich lieber Niemanden persönlich nennen. Der Gang der Geschichte zeigt, dass meine Überlegungen bislang wenig Eindruck auf die in der SPD in der Vergangenheit handelnden Personen gemacht hat – mit der Veröffentlichung der Essays in diesem Buch ist natürlich die nicht ganz unbescheidene Hoffnung verbunden, dass sich dies mit neuem Führungspersonal noch ändern kann.

Hamburg, im Winter 2009

A. Sommer 2002

1. Versprochen und gehalten?

Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte von Rot-Grün auf dem Prüfstand

„It's the economy, stupid!“ – auf die Wirtschaft kommt es an, Dummkopf! Dieser dem amerikanischen Wahlkampf entlehnte Spruch dürfte die Handlungsmaxime des von der SPD-Kampa geführten 1998er Bundestagswahlkampfes recht gut einfangen.² Es war den Parteistrategen klar, dass – abgesehen vom allgemeinen Überdruß nach 16 Jahren Kohl-Regierung – nur ein überzeugendes wirtschaftspolitisches Konzept und das glaubhafte Versprechen eines markanten Abbaus der überbordenden Arbeitslosigkeit dazu befähigen könnte, eine regierungsfähige Mehrheit jenseits der sich frühzeitig auf eine Fortführung ihrer Koalition festgelegten Regierungsparteien CDU/CSU und FDP zu erhalten.³ Nach dem Einigungsboom (in Westdeutschland) Anfang der 1990er Jahre war es Deutschland unter Helmut Kohl nicht mehr gelungen, seine stagnative Wirtschaftsentwicklung zu überwinden, die Arbeitslosigkeit stieg im Wahljahr 1998 auf über 4 Millionen an und auch die öffentliche Neuverschuldung entwickelte sich in einem Maße, die die Berechtigung zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion 1999 sehr mühevoll werden ließ. Zwar konnte es der damalige Finanzminister Theo Waigel innenpolitisch als Erfolg verkaufen, dass es ihm

² So befasst sich Rudolf Scharpings Wahlkampfmanifest ‚Wir schaffen das moderne Deutschland‘ (Scharping 1998) fast ausschließlich mit wirtschaftlichen Problemstellungen.

³ Wenn ich im Folgenden ausschließlich auf die sozialdemokratische Wirtschaftskonzeption abhebe, dann deshalb, weil der grüne Koalitionspartner keine eigenständige wirtschaftspolitische Profilierung in die Regierungsarbeit einbrachte und sich weitgehend der ‚SPD-Wirtschaftskompetenz‘ unterordnete; vgl. Priewe/Sauer (1999).

gelingen war, die europäischen Partner auf einen finanzpolitischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) einzuschwören, der die Deutschen die Aufgabe der D-Mark leichter akzeptieren ließ. Ein solcher Schritt schien der regierenden Koalition notwendig, um die latente Skepsis der Wahlbürger gegenüber der Währungsunion nicht zu leicht zum Angriffspunkt für den seine Euroskepsis pflegenden sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten werden zu lassen. Damit aber verbaute sich Waigel gleichzeitig den häufig erprobten Weg, durch arbeitsmarktpolitische Großzügigkeit und gezielte konjunkturpolitische Maßnahmen im Wahljahr einen kurzfristigen Aufschwung zu initiieren, der als Wende am Arbeitsmarkt hätte verkauft werden und so die Wiederwahlchancen erhöhen können.

Schröder nutzte diese Chance konsequent: Einerseits band er seine Wahl an das Versprechen, nach vier Regierungsjahren die Arbeitslosigkeit deutlich gesenkt zu haben. Die Einlösung dieses Versprechens – konkretisiert durch die Benennung einer Größenordnung von 3,5 Millionen Arbeitslosen als Zielpunkt - wurde zur selbstaufgelegten Meßlatte für den Erfolg der Regierungsarbeit der Schröder-Administration. Andererseits wurde geschickt eine inhaltliche und personelle Doppelstrategie gefahren, die sowohl den traditionellen SPD-Wähler als auch den Wähler der ‚Neuen Mitte‘ ansprechen und am Wahltag binden sollte: Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender und designierter Finanzminister und Gerhard Schröder als Kanzlerkandidat, das Motto ‚Innovation und Gerechtigkeit‘ des Leipziger Wahl-Parteitages von 1998 genauso wie Schröders Statement ‚Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen‘ signalisierten einerseits Reformbereitschaft und versicherten den „(a)ngehörige(n) der Aufsteigermillieus, der neuen Arbeitnehmergruppierungen und selbständigen Berufe“ (Grundwertekommission 1999), dass die Sozialdemokratie nicht der ‚Stützpfeiler der alten Ordnung‘ (vgl. Kesselman 1996, S.147) sei, andererseits wurden auch traditionelle sozialdemokratische Werte hinreichend vermittelt und verkörpert.⁴

Das Ergebnis kennen wir: Mit 40,9 Prozent der Zweitstimmen wird die SPD mit großem Vorsprung von fast 6 Prozentpunkten vor der CDU/CSU stärkste Partei im neuen Bundestag und kann mit Bündnis 90/Die Grünen eine stabile Koalitionsregierung bilden. Die hochgradig

⁴ Das Umfragetief der Schröder-Regierung nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines im Jahre 1999 und der Veröffentlichung des ‚Blair-Schröder-Papiers‘, dass „diese ‚traditionelle Sozialdemokratie‘ zu einer Karikatur herabwürdigte“ (Ehrke 2000,S. 5), zeigt die Notwendigkeit einer solchen Strategie; vgl. auch Heimann 2000.

mobilisierten traditionellen Stammwähler erwarten ein Ende der Austeritätspolitik, die allein den wirtschaftspolitischen Trias ‚Konsolidierung-Lohnzurückhaltung-Arbeitsmarkt-flexibilisierung‘ herunterbetete, etwa 3 Millionen ‚Neuwähler‘ aus der umkämpften Mitte erwarten eine Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und Anpassung an veränderte, globale Strukturen⁵, die sie Helmut Kohl nicht mehr zutrauten. Der Wahlsieg brachte nun die Chance, sozialdemokratische Regierungsfähigkeit nach 16 Jahren bundespolitischer Abstinenz zu beweisen, aber auch die Gefahr, den Spagat der beschriebenen personellen und konzeptionellen Dualität nicht durchzuhalten (vgl. Stöss/Neugebauer 1999).

Der Kampf um eine wirtschaftspolitische Konzeption der Schröder-Regierung

Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte eine Reihe von programmatischen Anpassungen an sich ändernde wirtschaftliche und gesellschaftliche Realitäten durchgemacht: Aus der systemverändernden, sozialrevolutionären SPD des vorletzten Jahrhunderts wurde insbesondere durch den Druck der Regierungspraxis zunächst eine systemkritische, dann zunehmend systemerhaltende ‚Volkspartei‘ nach dem Godesberger Parteitag 1959 (vgl. Heise 1989, Merkel 2001). Insbesondere unter der Regierung Helmut Schmidts und verstärkt nach dem Verlust der Regierungsmacht seit 1982 entwickelte sich neben der offiziellen Parteiprogrammatik eine vor allem von Funktionsträgern beförderte Parteipragmatik, die sich stückweise vom ‚keynesianischen Wohlfahrtsstaat‘ als Leitbild sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption entfernte. Mit der Betonung schumpeterianischer Innovationsförderung werden meso- und mikroökonomische Betrachtungen zur Grundlage der Modernisierungsstrategie der Pragmatiker (vgl. z.B. Hauff/Scharpf 1975). Nicht mehr die immanente Krisenanfälligkeit einer interventionsfreien Marktwirtschaft wird zum Ankerpunkt sozialdemokratischer Pragmatik, sondern die drohende Erlahmung strukturverändernder und beschäftigungs- und wohlstandsschaffender unternehmerischer Dynamik (vgl. Heise 2000).⁶ Hintergrund dieser sich einschleichenden Dualität ist einerseits die zunehmende Hegemonie der neoklassischen Wirtschaftstheorie

⁵ Zur Darstellung der Reform- und Modernisierungserwartungen der ‚Neuen Mitte‘ vgl. Priddat 2000.

⁶ So formulierte etwa der frühere wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Uwe Jens (1983, S. 158f.) den neoliberalen Vordenker Herbert Giersch anführend: „Wenn die deutsche Wirtschaft wieder wachsen soll, müssen neue technische Spezialprodukte, sogenannte ‚Schumpeter-Güter‘, und neue technische Problemlösungen entwickelt werden.“

nach dem ‚Ende des Keynesianismus‘, andererseits die fast unvermeidliche Differenzierung innerhalb einer ‚ideologiebewußten‘ Partei wie der SPD zwischen der Sachorientierung der Partei(mitglieder) und der Machtorientierung der Funktionäre und Amtsträger und schließlich die lang anhaltende Dualität zwischen bundespolitischem Oppositionsstatus und landes- bzw. regionalpolitischem Regierungsstatus der Sozialdemokratie.

Dieser kleine Exkurs in die Geschichte der wirtschaftspolitischen Programmentwicklung sollte lediglich dazu dienen, den Stand der sozialdemokratischen Wirtschaftskonzeptionierung am Vorabend der Regierungsübernahme 1998 aufzuzeigen. Einerseits vertrat Oskar Lafontaine keineswegs einen kruden ‚Nachfrage-Keynesianismus‘⁷, lenkte aber das Handlungsinteresse auf makroökonomische Interventionsmöglichkeiten, andererseits sprach der regierungserprobte Landespolitiker Gerhard Schröder davon, dass es keine genuin sozialdemokratische Wirtschaftspolitik mehr gebe, sondern allenfalls eine mehr oder eine weniger moderne Wirtschaftspolitik. Damit evoziert er geschickt Modernisierungshoffnungen, bestreitet die Ideologiebehaftung seiner Politik und nimmt jene Geisteshaltung vorweg, die seine gesamte Politik, aber auch die Vorstellungen seiner sozialwissenschaftlichen Berater⁸ prägt: Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung unterliegt starken Handlungszwängen – ‚Modernität‘ impliziert dann die Anerkennung dieser Handlungszwänge und die Auswahl der geeigneten wirtschafts- und sozialpolitischen Mittel.⁹ Damit wird eine Zieldiskussion weitgehend zugunsten einer Instrumentendiskussion aufgegeben. Es erscheint mir wichtig, diese Erkenntnis deutlich zu betonen: Die duale Wirtschaftskonzeption der SPD bis zur Regierungsübernahme im Herbst 1998 zeigt nicht lediglich zweierlei Schwerpunktsetzungen, die es gilt, kompatibel zu machen, sondern entspringt einer Ideologiedifferenz der Weltbilder von ‚Traditionalisten‘ und ‚Modernisierern‘.¹⁰

⁷ „Notwendig ist ein neues Denken in der Wirtschaftspolitik. Gefragt ist weder eine einseitige Angebotspolitik, noch eine einseitige Nachfragepolitik. Was wir jetzt brauchen, das ist eine ausgewogene Kombination aus Angebots- und Nachfragepolitik. Als eine Wirtschaftspolitik, die verlässliche Rahmenbedingungen schafft für neue Investitionen und für marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb, und die zugleich auch auf eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zielt.“ (Lafontaine 1998)

⁸ Vgl. Streeck/Heinze (1999), die ganz offen gegen traditionelle Denkschablonen polemisieren.

⁹ „Die beiden vergangenen Jahrzehnte des neoliberalen Laissez-faire sind vorüber. An ihre Stelle darf jedoch keine Renaissance des ‚deficit spending‘ und massiver staatlicher Interventionen im Stile der siebziger Jahre treten. Eine solche Politik führt heute in die falsche Richtung. Unsere Volkswirtschaften und die globalen Wirtschaftsbeziehungen haben einen radikalen Wandel erfahren. Neue Bedingungen und neue Realitäten erfordern eine Neubewertung alter Vorstellungen und die Entwicklung neuer Konzepte.“ (Schröder/Blair 1999, S. 8)

¹⁰ Wolfgang Merkel (2001) arbeitet die Unterschiede zwischen ‚Traditionalisten‘ und ‚Modernisierern‘

Dies wird exemplarisch deutlich an der Re-Interpretation ur-sozialdemokratischer Ziele wie ‚Vollbeschäftigung‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘: Vollbeschäftigung, gewöhnlich verstanden als die Möglichkeit für jeden arbeitswilligen Menschen, einen Arbeitsplatz (zu Tariflöhnen) zu finden, wird in reine ‚Beschäftigungsfähigkeit‘ (employability) – die Bereitstellung der qualifikatorischen Voraussetzungen für eine Verwertung auf dem Arbeitsmarkt – umgedeutet, ‚soziale Gerechtigkeit‘, die ein redistributives Ziel enthielt, wird zur Zuliefererfunktion für den Arbeitsmarkt (‚sozial ist, was Arbeit schafft‘), auch wenn damit eine soziale Differenzierung verbunden ist. Ganz offen wird die Verschiebung von der ‚ergebnisorientierten‘ zur ‚zugangorientierten‘ Politik¹¹ bekannt gegeben: „In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. ... Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.“ (Schröder/Blair 1999, S.5ff.).

Nun ist ein Richtungsstreit in einer Partei grundsätzlich nichts Ungewöhnliches und, wie ein Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus zeigt, auch nichts Einmaliges im gegenwärtigen Politikprozess: Sowohl in Großbritannien, in Frankreich, in den Niederlanden und Skandinavien wurden und werden neue Wege der Sozialdemokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts diskutiert (vgl. u.a. Hein/Truger 2000; Merkel 2001). Vor allem von Großbritannien – ausgelaut durch anderthalb Dekaden der Entsolidarisierung unter Margret Thatcher und John Major und einer politikunfähigen Labour Party, die in alten Klassenantagonismen stecken geblieben war – ausgehend begann eine Suche nach einem ‚Dritten Weg‘, der die Regierungsfähigkeit einer sozialdemokratischen Alternative unter veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen ermöglichen sollte. Im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie hatte die britische Labour Party aber keine mit dem Godesberger Programm vergleichbare Öffnung zur Volkspartei durchgemacht, vor allem aber wurde der programmatische Erneuerungsprozess vor Übernahme der Regierungsverantwortung durch Tony Blair (weitgehend) abgeschlossen – er war eine wesentliche Voraussetzung für die Wählbarkeit von New Labour. Die SPD hingegen machte den ‚ideologischen Häutungsprozess‘ bei ‚laufender Fahrt‘ (vgl. Sitte 2000, S.356) durch, das Ergebnis ist bekannt und war nur konsequent: Mit dem Rücktritt Oskar Lafontaines als

einerseits und andererseits zwischen den ‚Modernisierern‘ und einer neoliberalen Grundhaltung anschaulich heraus.

¹¹ Zur Kritik an einer (Fehl-)Interpretation von ‚sozialer Gerechtigkeit‘ als allzu krude Gleichheitsvorstellung s. Möhring-Hesse (2000, S. 27ff.).

Bundesfinanzminister und SPD-Parteivorsitzender hatten sich die Pragmatiker gegen die Programmatiker durchgesetzt. Damit ist zwar der parteiinterne Diskussionsprozess nicht augenblicklich verstummt – im Gegenteil kochte er nach der Veröffentlichung des Schröder-Blair-Papiers zur Zukunft der Sozialdemokratie Anfang 2000 noch einmal richtig hoch -, doch die praktische Politik der Schröder-Regierung wird von den Vorstellungen der ‚Modernisierer‘ bestimmt¹² und ein offener Diskurs ist in einer medial vollständig auf die Person Gerhard Schröders zugeschnittenen ‚Kanzler-Partei‘ gegenwärtig kaum zu erwarten.¹³

Linke Angebotspolitik – ein neues Politikverfahren statt neuer Politikinhalte

Rudolf Hickel (2000, S.239) glaubt noch in der Regierungsvereinbarung von Rot-Grün die Handschrift Oskar Lafontaines und der ‚Wohlfahrtsstaats-Keynesianer‘ zu erkennen: „Das Koalitionspapier der rot-grünen Bundesregierung vom Oktober 1998 war noch von den Versprechungen der beiden Regierungsparteien während der Bundestagswahl geprägt, mit einer aktiven Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dem davor geltenden neoliberalen Leitbild entgegenzusetzen: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Abbau der Gerechtigkeitslücke gerade auch durch die Wiederherstellung und den Ausbau der Systeme sozialer Sicherung sowie Verbesserung der Umweltbedingungen. Aus dieser Zieltriade resultierte eine Neubestimmung der Finanzpolitik. Anstatt Einsparungen vor allem im sozialen Bereich vorzunehmen, sollten die öffentlichen Haushalte durch eine Politik der Stärkung des Wachstums – ... – dazu beitragen, die staatlichen Finanzen aktiv zu sanieren.“ Man muss nicht mit Hickels Einschätzung übereinstimmen, dass der Neoliberalismus das Leitbild der Kohl-Administration war, um gleichwohl anzuerkennen, dass mit dem

¹² Mit dem Unterton arroganter Selbstgerechtigkeit schreiben Streeck/Heinze (1999,S. 154): „Der von Teilen der Bundesregierung und der SPD nach dem Regierungswechsel vertretene Vulgär- ‚Keynesianismus‘ war geeignet – und möglicherweise dazu konzipiert -, den Verteidigern der deutschen Hochpreisversion des Normalarbeitsverhältnisses zu suggerieren, dass eine neue Geld- oder gar aggressive Lohnpolitik ihnen die Anstrengungen und Risiken eines institutionellen Umbaus ersparen könnten. Mit dem Rücktritt des Finanzministers und Parteivorsitzenden ist dieser Hoffnung endgültig, glücklicherweise schon vor Eintritt bleibender Schäden, der Boden entzogen worden. Das politische Scheitern der ‚Nachfragetheorie‘ lenkt die Aufmerksamkeit zurück auf die institutionellen Reformen, ohne die unser Beschäftigungssystem nicht wieder inklusiv werden kann.“

¹³ Wie schwer ein offener Diskurs um die parteiinterne Meinungsführerschaft ist, wenn die Parteipragmatiker in Regierungsämtern ihre Position bereits eindeutig bestimmt haben, zeigte sich in der Diskussion um die atomare Rüstung Anfang der 1980er Jahre in der SPD zu Zeiten Helmut Schmidts als Bundeskanzler und die Diskussion um die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen der NATO bei Bündnis 90/ Die Grünen.

Regierungswechsel die Hoffnung auf eine aktivere Makropolitik verbunden wurde. Einerseits versprachen Lafontaine und seine politischen Berater einen internationalen Vorstoß zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, andererseits wurde von ihnen immer wieder die Notwendigkeit einer makroökonomisch ausgerichteten Stabilisierungspolitik betont, die allerdings – anders als Hickel es beschreibt – den Fokus auf die (unabhängige) Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) legte. Wer erinnert sich nicht mehr an die dauernden Mahnungen Lafontaines an die Adresse der EZB, eine Konjunkturbelebung durch eine expansivere Geldpolitik zu unterstützen und die Vorstellungen zu einer Regulierung der internationalen Devisen- und Finanzmärkte, die dem Finanzminister das Verdikt ‚The most dangerous man in Europe‘ der britischen Yellow Press einbrachte. Aus der ‚Lafontaine-Ära‘ geblieben sind das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 und der sogenannte ‚Kölner Prozess‘ der EU-Beschäftigungspolitik – wir werden beides noch näher zu betrachten haben. Mit dem Rücktritt Lafontaines aber ist der schwelende Richtungsstreit in der Bundesregierung zugunsten des Schröder’schen Konzeptes eines ‚aktivierenden Staates‘ dominant geworden.

„Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern, weniger kontrollieren als herausfordern“ (Schröder/Blair 1999, S.7) – dies ist das Credo der ‚Good Governance‘-Vorstellungen der Modernisierer. Dahinter verbirgt sich ein offen ausgesprochenes Misstrauen gegen den in die Passivität drängenden Sozialstaat, gegen die Interventionsfähigkeit des Staates, die in der konservativen Wissenschaft als ‚Staatsversagen‘ benannt wird. Grundlegend ist nicht mehr die Akzeptanz von Marktfehlern größeren Ausmaßes (dauerhafte Arbeitslosigkeit, ungerechtfertigte Einkommens- und Vermögensverteilungen), sondern die Betonung der dynamischen Effizienz marktlicher Koordinierung und der Eigenverantwortlichkeit der Bürger und einer Anreize setzenden Sozialpolitik der ‚Inklusion‘, die ‚Teilnahmegerechtigkeit‘ statt ‚Umverteilungsgerechtigkeit‘ thematisiert. Ob die sich daraus ergebende Politikkonzeption¹⁴ – finanzpolitische Konsolidierung und geldpolitische Preisstabilisierung, wohlfahrtsstaatliche Bescheidenheit und Anreizförderung, soziale Differenzierung als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung – als ‚neoliberal‘ etikettiert werden darf, muss hier nicht erörtert werden¹⁵, die

¹⁴ Die Schröder’sche ‚Politik der Neuen Mitte‘ bezieht ihre theoretische Fundierung aus der ‚Dritte-Weg-Philosophie‘ Anthony Giddens, der deshalb an dieser Stelle einmal zitiert werden darf: „Ziel ihrer (der Theorie des dritten Weges; A.H.) Wirtschaftspolitik ist eine niedrige Inflationsrate, eine möglichst geringe Neuverschuldung des Staates sowie die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Hilfe angebotsorientierter Maßnahmen“ (Giddens 2001, S. 83)

¹⁵ Wolfgang Merkel (2001, S.20) hält eine solche Etikettierung für ‚analytisch unsinnig‘, obwohl er

Selbstbeschreibung als ‚linke Angebotspolitik‘ zeigt aber die Verwandtschaft zu Leitbildern, die zweifellos bislang eher im konservativen politischen Lager vermutet wurden. Jedenfalls aber dokumentiert der ‚Modernisierer-Pragmatismus‘ eine Anerkennung gesellschaftlicher Realitäten wie die zunehmende Individualisierung und – gewiss medial enorm geschürte – Legitimationsdefizite solidarischer Sozialsicherung, aber auch die zunehmende ‚Vermittlung‘ der SPD und den Verlust ihrer Gestaltungskraft (oder was Kesselman (1996, S. 146) ‚sozialdemokratische Hegemonie‘ genannt hat).

Um ein solches Politikprojekt dennoch identifizierbar und wiedererkennbar zu machen – insbesondere, wenn es unübersehbar Parallelen zum Modell des ‚schumpeterianischen Wettbewerbsstaat‘ konservativer Prägung aufweist - muss gleichwohl noch etwas dazukommen – Gerhard Schröder hat dies schnell erkannt und mit der ‚Zivilgesellschaft‘ auch bereits ein Etikett gefunden (vgl. Schröder 2000). Freilich sind die Inhalte einer solchen Gesellschaftsvision, die klare Anleihen beim Kommunitarismus nimmt und auf stärkere Betonung der Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation der Bürger setzt, noch recht vage¹⁶ und haben auch noch wenig Eingang in die reale Regierungspolitik gefunden. Dennoch lassen sich vor diesem Hintergrund die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen der rot-grünen Regierung besser (be-)greifen und der zentrale Politikprozess in embryonalem Zustand ausmachen: Mit der Konzeption des Anreize setzenden, aktivierenden Staates wird der paternalistische, allumfassende, fürsorgliche Wohlfahrtsstaat zugunsten einer die wirtschaftliche Dynamik, den individuellen Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit in immer schneller sich restrukturierenden Märkten stärker honorierenden Wettbewerbsstaat aufgegeben.¹⁷ Im Gegensatz zur neoliberalen Variante dieses Modells allerdings soll der Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat – der Reform- oder Modernisierungsprozess, der allgemein als unausweichlich angesehen und

gerade erst die unübersehbaren Parallelen zu einem neoliberalen Politikprojekt dargelegt hatte. In jedem Fall sollte der ‚Neoliberalismus-Vorwurf‘ nicht allzu schnell und undifferenziert zur argumentativen Keule werden, die den Diskurs unterbindet statt ihn zu befördern.

¹⁶ So schreibt etwa Hans-Jürgen Arlt (2000, S. 6f.): „Hat die Neue Mitte eine Chance zwischen neoliberal und altlinks? Ohne ein eigenständiges programmatisches und praktisches Profil jedenfalls nicht. Solange sie ein substanzloser, floskelhafter Anspruch bleibt, wird sie von ihren Gegnern definiert werden:...“

¹⁷ Die Definition des ‚Wettbewerbsstaates‘ ist nicht unumstritten. In einer kritischen Interpretation beschreibt er den qualitativen Umbau der sozialen Sicherungssysteme mit Blick auf die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft (vgl. Butterwegge 2001: 101ff.), in einer unkritischen Interpretation wird stärker der Wettbewerb um effiziente Problemlösungen betont (vgl. Heinze/Schmid/Strünck 1999: 42f.). Die Kritiker überzeichnen die quantitativen Ausmaße des Umbaus zumeist maßlos, die Proponenten unterschätzen die Gefahren des Umbaus.

deshalb kaum noch hinterfragt wird – nicht durch einseitige Rechtsakte der Regierung im Zweifel im Konflikt mit diversen Interessengruppierungen (wie z.B. in Großbritannien unter Margret Thatcher) erfolgen, sondern durch einen demokratischen Dialog. Der Ausgangspunkt dabei ist die ‚demokratische Hypothese‘, dass staatliches Handeln Ergebnis demokratischer Willensbildung und der Moderation von Interessen ist. Als konkrete Institution eines derartigen ‚korporatistischen Wettbewerbsstaates‘, in deren Rahmen die Reformziele diskutiert und deren Umsetzung unter Akzeptanz der veränderten ökonomischen (Globalisierung) und gesellschaftlichen (Arbeitgeberinteressen als dominierende Leitbilder) Rahmenbedingungen beraten werden können, ist das ‚Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit‘ der zentrale Fokus der Schröderschen Reformpolitik (vgl. Schröder 1999). Es ist der Kristallisationsort, an dem der Kanzler moderierend mit den Trägern gesellschaftlicher Interessen über wichtige Politikprojekte – die Steuerreform, die Gesundheits- oder Rentenreform – berät und gesellschaftliche Probleme – insbesondere die prekäre Arbeitsmarktlage – angeht. Das ‚Bündnis für Arbeit‘ soll zum Ort gesellschaftlicher Modernisierungsimpulse werden, der Kanzler zum ‚Change Agent‘¹⁸ der ‚Deutschland AG‘. Hierin wird dann auch schon mal die Renaissance des korporatistischen ‚Modells Deutschland‘ (Esser/Schroeder 1999) erblickt.

‚Linke Angebotspolitik‘, ‚korporatistischer Wettbewerbsstaat‘, ‚Dritter Weg‘ sind interdependente Begriffe des rot-grünen Politikmodells: Die als unvermeidlich akzeptierte Reform des keynesianischen Wohlfahrtsstaates soll mithilfe linker Angebotspolitik zu einem korporatistischen Wettbewerbsstaat umgestaltet werden. Dieser als zivilgesellschaftliches Projekt etikettierte ‚Modernisierungsprozess‘ beschreibt einen ‚Dritten Weg‘ zwischen dem altlinken Wohlfahrtsstaatsmodell und einem neoliberalen Wettbewerbsstaat. Selbstverständlich ist ein solcher Prozess evolutorisch, nicht revolutionär – das heißt, in der nun folgenden Betrachtung der konkreten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik dürfen wir nur Schritte in diese Richtung, nicht aber bereits eine massive Neugestaltung erwarten.

Bewertungsversuche

Im Folgenden soll nun der Versuch unternommen werden, die faktisch betriebene Politik der

¹⁸ So wird im Soziologenjargon jener Akteur benannt, der den organisatorischen Veränderungsprozess vorantreibt.

rot-grünen Koalition auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik einer Bewertung zu unterziehen. Dazu muss zunächst die Politik in zwei Phasen unterteilt werden: 1) die Anfangsphase der Regierungsarbeit bis zum Ausscheiden Oskar Lafontaines als Finanzminister. Diese Phase ist insbesondere durch das Steuerentlastungsgesetz, erste Schritte in Richtung einer Öko-Steuer, die Reform des Kündigungsschutzes und der geringfügigen Beschäftigung und das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Rahmen des ‚Bündnis für Arbeit‘, sowie die Initiierung des ‚Kölner Prozesses‘ makroökonomischer Verhaltensabstimmung auf europäischer Ebene als Ergebnis der deutschen Ratspräsidentschaft gekennzeichnet. 2) Die weitere Phase nach Lafontaines Ausscheiden, in die das Haushaltskonsolidierungsgesetz, die Unternehmenssteuerreform, die weiterreichenden Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes und die Fokussierung auf die Niedriglohn-Strategie im ‚Bündnis für Arbeit‘ fallen. Die Zäsur zwischen beiden Phasen ist aber natürlich nicht bloß personeller Art, sondern spiegelt die oben beschriebene Übernahme der Politikmacht durch die ‚Modernisierer‘ wider.

Neben dieser zeitlich-konzeptionellen Differenzierung müssen Kriterien der Bewertung entwickelt werden. Dafür bieten sich drei Maßstäbe an: (1) Es muss geprüft werden, ob die verabreichten Maßnahmen Strategiekonform sind, also der ‚linken Angebotspolitik‘ entsprechen. (2) Es muss untersucht werden, ob die im Wahlkampf versprochenen Ziele erreicht und somit die Versprechen eingelöst wurden. Schließlich muss (3) danach gefragt werden, ob die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der rot-grünen Koalition dem letztendlichen Ziel einer jeden Regierung diene, die Differenz zwischen Regierung und Opposition aufrechtzuerhalten und also eine Wiederwahl Schröders zu ermöglichen. Natürlich ist die Beantwortung dieser Frage nicht unabhängig von den vorangegangenen Überlegungen und doch führen partielle Kommunikationsprobleme zwischen dem ökonomischen und politischen Teil einer Gesellschaft immer wieder dazu, dass der Realitätsabgleich in einer ohnedies komplexen Welt allein nicht ausreicht, um eindeutige Bewertungen hinsichtlich der Wiederwahlchancen einer Regierung zu ermöglichen.

Strategiekonformität

Sowohl die Politikprozesse als auch –inhalte zumindest der zweiten Phase der Regierungsarbeit von Rot-Grün passen ausgezeichnet zur ‚linken Angebotspolitik‘ der

‚Neuen-Mitte-Konzeption‘: Das ‚Bündnis für Arbeit‘ ist die innovative Bühne für weitgehend konventionelle – der angeblichen Reformnotwendigkeit des ‚Modells Deutschland‘ im Globalisierungsprozess geschuldete – Politikangebote. Hier sollen konsensuale Lösungen für die großen Strukturreformen – des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherung, des Bildungssystems – in Zusammenarbeit mit den großen gesellschaftlichen Interessengruppierungen gefunden werden, die die Konfliktkosten gesellschaftlicher Änderungen möglichst gering halten und deren Bindungskraft und Legitimation stärken sollen.

Die Inhalte sind insofern konventioneller Art und unterscheiden sich nur marginal von den Konzeptionen der Vorgängerregierung, als sie die Topoi und Syllogismen des von den Medien bestimmten Mainstreams aufnehmen: Lohnmoderation und Abbau der Lohn(neben)kosten, Arbeitsmarktflexibilisierung und Verstärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme als Grundformeln der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit¹⁹, Reduktion von Steuer- und Abgabenlast zur Belebung der Eigeninitiative, wirtschaftlichen Dynamik und Positionierung im internationalen Standortwettbewerb²⁰, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als Ausweis ‚solider Finanzgebahrens‘ und der Generationengerechtigkeit²¹ und der vollständige Verzicht auf aktive makroökonomische Steuerung als Tribut an die internationalen Finanzmärkte. Zum Kanon der z.B. in Großbritannien unter Tony Blair praktizierten ‚Neue-Mitte-, bzw. ‚Dritte-Weg-Politik‘ (vgl. z.B. Glyn/Wood 2000) fehlt eigentlich nur die Betonung der Bildungspolitik als wirtschaftspolitisches Werkzeug²² – doch dies mag mit dem besonderen dualen (Aus-)Bildungssystem und dem bereits heute erreichten hohen Niveau an betrieblicher Weiterbildung zusammenhängen. Da die Zugangsgerechtigkeit im Konzept der ‚Neuen-Mitte-Politik‘ die ausgleichende Gerechtigkeit der traditionellen Sozialdemokratie ersetzen soll, ist gleichwohl hier eine Leerstelle zu konstatieren.

¹⁹ Hier muss insbesondere auf die mittlerweile flächendeckende Einführung eines Niedriglohnsektor nach dem ‚Mainzer Modell‘, die Reduktion der Lohnnebenkosten durch die Verwendung der Öko-Steuer zur Reduktion Rentenversicherungsbeiträge und die Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik nach dem ‚Fördern-und-Fordern-Prinzip‘ genannt werden

²⁰ Hier sind das Steuerentlastungsgesetz, die Unternehmenssteuerreform und ebenfalls der Einstieg in die Finanzierung der sozialen Sicherung durch indirekte Besteuerung (Öko-Steuer) statt Faktorkosten belastende Abgaben zu nennen.

²¹ Dies ist im Haushaltskonsolidierungsgesetz verankert, folgt letztlich aber nur der Vorgaben durch den EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt.

²² Allerdings ist im Rahmen des ‚Bündnis für Arbeit‘ die Schaffung neuer Berufe und Ausbildungsgänge und eine Initiative zur Behebung des Fachkräftemangels im Informations- und Telekommunikationsbereiches beschlossen worden.

Wie konventionell diese Politikinhalte mittlerweile geworden sind, zeigt sich übrigens auch darin, dass sie wesentlicher Gegenstand des europäischen Beschäftigungspaktes nach dem sogenannten ‚Luxemburger‘ (Arbeitsmarktpolitik) und ‚Cardiff Prozess‘ (Strukturreformen) geworden sind.

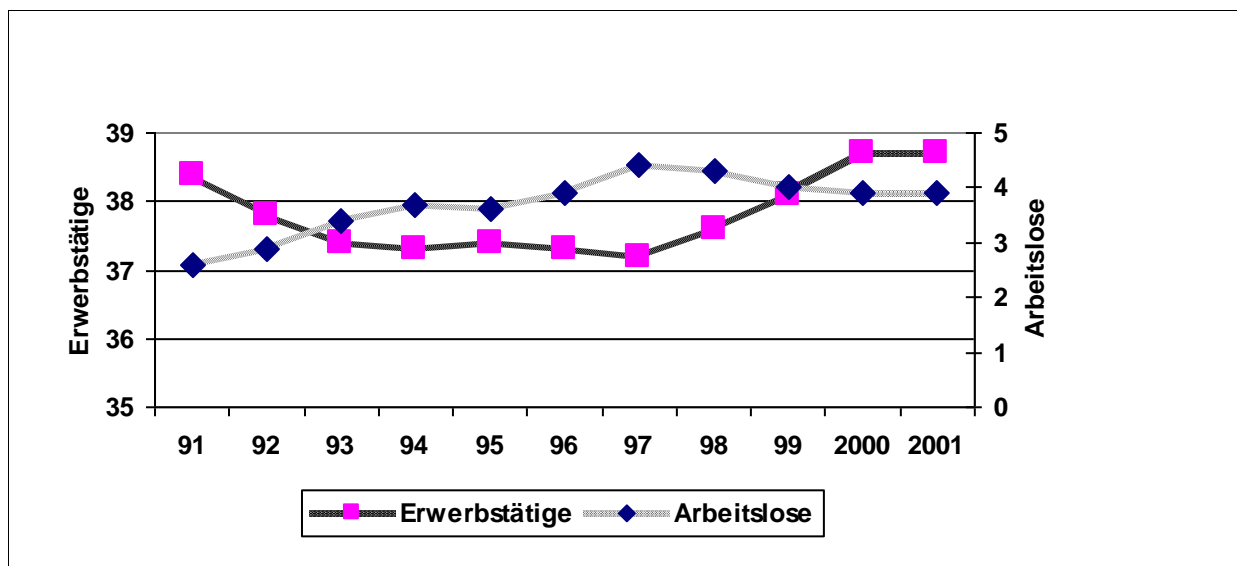
Noch in die erste Regierungsphase fallen einige Konzeptionen, die nicht mit der ‚linken Angebotspolitik‘ korrespondieren, weil sie explizit makroökonomische Gestaltungsspielräume reklamieren und aktive, nicht nur aktivierende Interventionen befürworten. Dazu gehört einerseits der dritte Pfeiler der europäischen Beschäftigungspolitik: die makroökonomische Verhaltensabstimmung von Geld-, Finanz- und Tarifpolitik (Makro-Dialog) im Rahmen des ‚Kölner Prozesses‘. Diese ‚eurokeynesianische Strategie‘ (vgl. Aust 2000) ist nach Oskar Lafontaines Rücktritt konsequenterweise von deutscher Regierungsseite nicht weiter betrieben worden und hat damit sein Momentum verloren (vgl. Heise 2001). Nicht anders erging es der stabilitätspolitischen Orientierung des Steuerentlastungsgesetzes. Diese fiskalpolitische Maßnahme – eine Steuerentlastung der privaten Haushalte und Unternehmen in einer Größenordnung von etwa 60 Mrd. € bis 2002 und mittelfristig 50 Mrd. € jährlich - wurde ja noch von Oskar Lafontaine auf den Weg gebracht. Motivation dafür war allerdings weniger der allokativen Gedanke der Anreizförderung, als vielmehr die Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung durch die Stärkung der Binnennachfrage. Letzterer Effekt ist durch das Haushaltskonsolidierungsgesetz („Sparpaket“) allerdings ebenfalls unter Lafontaine bereits weitgehend konterkariert worden (vgl. Bartsch et al. 1999), in der zweiten Phase unter Finanzminister Eichel dann vollständig ignoriert und durch die ‚Politik der ruhigen Hand‘ ersetzt worden.

Wahlversprechen

Gerhard Schröder wurde Kanzlerkandidat der SPD, indem er seinen Anspruch auf die Kandidatur an die Überwindung einer hohen Hürde - die Wiederwahl als Ministerpräsident Niedersachsens mit absoluter Mehrheit – band. Als dies im Frühjahr 1998 gelungen war, konnte Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender mit eigenen Ambitionen nicht mehr umhin, ihm die Kanzlerkandidatur anzudienen. Beflügelt von diesen Erfahrungen und gestützt auf die erfolgreiche Wahlkampfstrategie von Tony Blairs New Labour wurden im Wahlkampf

1998 kleine Kärtchen mit 9 Versprechen ans Wahlvolk ausgegeben, an denen sich die Regierungsarbeit von Rot-Grün heute messen lassen muss. Von Interesse für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind dabei die Inaussichtstellung von ‚Mehr Arbeitsplätzen‘, ‚Mehr Steuergerechtigkeit‘ und ‚Mehr soziale Gerechtigkeit‘. In der Regierungsvereinbarung und an anderer Stelle wurden die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierungsarbeit konkretisiert: Die Arbeitslosigkeit als sozial drängendstes Problem sollte deutlich gesenkt werden, höchstens 3,5 Millionen Menschen sollten am Ende der Legislaturperiode noch ohne Arbeit sein, ein Rückbau der Abgabenquote unter 40 % des BIP, ein den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver machendes, gleichwohl größere Gerechtigkeit vermittelndes Steuersystem sollte zügig umgesetzt werden.

Abbildung 1: Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Millionen



Das die Messlatte der Versprechen keine eindeutigen Bewertungsmaßstäbe liefert, wird deutlich, wenn der Arbeitsmarkt betrachtet wird (vgl. Abbildung 1).

In der Regierungszeit der rot-grünen Koalition ist die Beschäftigung – selbst wenn sich der negative Trend bis zum Herbst 2002 weiter fortsetzt – um etwa 1 Millionen gestiegen. Dies ist das Ergebnis eines (im EU-Vergleich allerdings unterdurchschnittlichen) Wirtschaftswachstums vor allem des Jahres 2000 und einer verbesserten Erfassung geringfügiger Beschäftigung. Da ein Teil der zusätzlichen Beschäftigung aus der ‚stillen Reserve‘ und durch das Wachstum des Erwerbspersonenpotentials befriedigt wurde, sank

die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum weniger stark. Ob es überhaupt gelingen sollte, im Wahlherbst Statistiken zu präsentieren, die weniger Arbeitslose ausweisen als vor Antritt der Schröder-Regierung, ist offen, das Ziel eines deutlichen Abbaus der Massenarbeitslosigkeit wird der Bundeskanzler ohne jeden Zweifel verfehlen. Mancher wird mit einigem Gram darauf blicken, dass die flächendeckende Einrichtung eines Niedriglohnssektors erst sehr spät realisiert wurde und so lässt sich schnell der Mythos schaffen, ein mutigeres (weil früheres) Vorgehen in dieser Richtung hätte eine bessere Beschäftigungsbilanz ermöglicht. Doch wer so argumentiert, nimmt weder die äußerst bescheidenen Ergebnisse des ‚Mainzer Modells‘ und die Simulationsrechnungen verschiedener Herkunft zur Kenntnis²³, die alle lediglich auf marginale Beschäftigungserfolge im wesentlichen bei Geringqualifizierten hindeuten. Noch wird in jenen Ländern mit besserer Beschäftigungsperformanz – den Niederlanden, den USA oder Großbritannien etwa – genauer hingeschaut: Dort ist der Abbau der Beschäftigung letztlich vor allem auf ein Zusammenspiel makroökonomischer Faktoren – der wesentlich expansiveren Finanz- und besser darauf abgestimmten Geldpolitik in den USA und Großbritannien, einer ‚beggar-thy-neighbour-Strategie‘ in den Niederlanden – zurückzuführen, nicht aber auf diverse angebotspolitische Maßnahmen.²⁴

Hätten derartige Optionen der Bundesregierung überhaupt offengestanden? Über die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kann die Bundesregierung natürlich genauso wenig verfügen wie die Vorgängerregierung über die Geldpolitik der Bundesbank – und die ständigen Ermahnungen Oskar Lafontaines in Richtung EZB haben diese allenfalls störrischer gemacht. Und auch die Finanzpolitik ist durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) stark eingeschränkt: Eine 3 prozentige Netto-Neuverschuldung ist das absolute Limit, dem sich die nationalen Regierungen unterzuordnen haben. Dennoch muss die ‚linke Angebotspolitik‘ zumindest als Teil des Problems gesehen werden, denn ihre Finanzpolitik setzt darauf, die Ausgabenseite des öffentlichen Haushaltes zur Restgröße zu machen: Die Einnahmeseite unterliegt dem Verdikt der Senkung der Steuersätze und der Steuerquote (Anteil des Steueraufkommens am BIP). Das Haushaltsdefizit ist durch den SWP institutionell, durch die symbolische Kopplung eines ausgeglichenen Haushaltes an die Reputation des Finanzministers Eichel politisch begrenzt. Nun bleibt die Ausgabenseite als Residualgröße; eine passive Anpassung an sinkende Einnahmen ist die Folge. Unter

²³ Vgl. z.B. Buslei/Steiner 2000, Kaltenborn 1999

²⁴ Für die USA: vgl. Schulmeister 2001, für Großbritannien: vgl. Heise 2000a, für die Niederlande: vgl. Schettkat 2001.

Berücksichtigung der vor allem den Bundeshaushalt immer noch stark belastenden Einigungskosten von etwa 80 Mrd. € pro (= 4 % des BIP) wird daraus eine extrem restriktive Finanzpolitik, die die Wachstumsbedingungen massiv belastet (vgl. Heise 2002). Nur eine ‚Aktivierung‘ der Finanzpolitik könnte die Wachstumsspielräume erweitern und damit die Grundlage für eine bessere Beschäftigungsperformanz legen: Die Einnahmeseite müsste zur Residualgröße werden. Die Neuverschuldung ist – solange der SWP in seiner gegenwärtigen, ökonomisch unsinnigen Form Gültigkeit besitzt – in den vorgegebenen Grenzen zu halten, die Ausgabenseite ist insbesondere durch eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen wieder stärker in seine Stabilisierungsfunktion einzusetzen. Und die Einnahmen müssen sich dann entsprechend der öffentlichen Aufgaben, nicht einer allgemeinen Senkungshysterie anpassen. Aufgrund des hohen Selbstfinanzierungsgrades öffentlicher Investitionen ist dies keineswegs notwendig mit Steuererhöhungen verbunden, mag aber eine Steuerreform, die zu Mindereinnahmen führt, verbieten. Angesichts der immensen Kosten der deutschen Einheit und augenscheinlicher Ersatzbedarfe in öffentlicher Infrastruktur nach 16 Jahren Kohl-Regierung ist eine Senkung der Steuerquote zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber auch erklärungsbedürftig. Tatsächlich ist die öffentliche Investitionsquote auf allen föderalen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) auf einen historischen Tiefststand in der Geschichte der Bundesrepublik gefallen und auch im europäischen Vergleich hält Deutschland hier mittlerweile die rote Laterne!

Das Steuerentlastungs- und das Steuersenkungsgesetz – nicht zu unrecht als größte Steuerreform der letzten Dekaden bezeichnet (vgl. Seidel 2001) – können also nicht in ihrer Stabilisierungsfunktion überzeugen, sondern müssen deshalb auf die Distributionsfunktion hin untersucht werden: Ist es gelungen, mehr Steuergerechtigkeit zu erzeugen? Dazu muss man zunächst erklären, worin die Ungerechtigkeiten der Steuergesetzgebung bis zum Antritt der Schröder-Regierung bestanden: (1) Einerseits hatte sich eine buckelförmige effektive Belastung der Einkommensbezieher herausgebildet, d.h. trotz progressivem Steuersatz ist die anteilige Besteuerung mittlerer und gehobener Einkommen deutlich höher als niedriger und Spitzeneinkommen. Dies hängt mit der Steuerbefreiung geringer Einkommen und dem frühen Ende der Steuerprogression und vielfältiger Ausnahmetatbestände (Steuererminderungsmöglichkeiten) für hohe Einkommen zusammen. (2) Andererseits hat sich die steuerliche Belastung von Arbeitseinkommensbezieherinnen und Gewinneinkommensbezieherinnen aufgrund der Abschaffung der Vermögenssteuer 1997 und einer geringen Bemessungsgrundlage für Gewinneinkommen (z.B. aufgrund hoher Abschreibungsmöglichkeiten und hoher Verlustvortragmöglichkeiten) stark zulasten der

Arbeitseinkommensbezieher verschoben – die anekdotischen Meldungen über große, hocheffiziente und gewinnerwirtschaftende Unternehmen, die auf Jahre hinaus keine Steuern würden zahlen müssen, sind Legende. Auch hier fällt die Bewertung nicht ganz einfach: Zwar ist der absolute Entlastungsbetrag der Einkommenssteuerreform durch Senkung der Eingang- und Spitzensteuersätze und eine deutliche Aufstockung des Kindergeldes deutlich höher als der Unternehmenssteuerreform, dennoch ist mit der Freistellung von Veräußerungsgewinnen aus Unternehmensbeteiligungen²⁵, der Rückerstattung von Kapitalertragssteuern bei Ausschüttung thesaurierter Gewinne und dem Verzicht auf eine Einschränkung der Verlustvorträge nicht wirklich Sorge dafür getragen, dass Gewinneinkommen in gerechterer Weise zur Finanzierung der öffentlichen Güterbereitstellung beitragen.²⁶ Und auch die Ungerechtigkeit der personellen Steuerbelastung ist nicht wirklich beseitigt worden: Die Entlastung verteilen sich einigermaßen linear über die gesamte Einkommensspannweite, aufgrund der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums und der Reduktion des Höchst Einkommens, bei dem die Progression endet (1998: 120.000 DM, jetzt: 104.000 DM = 55.000 €), aber wird der buckelförmige Verlauf der Steuerlast eher noch ausgeprägter. Zumindest in Bereichen der Spitzenverdiener hätte man durch Verlängerung der Progression und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu mehr Steuergerechtigkeit, wenn auch nicht merklich höheren Steuereinnahmen führen können (vgl. von Loeffelholz 2001).

Häufig wird argumentiert, vor die Distributions- hat der Wirtschaftswissenschaftler die Allokationsaufgabe der Fiskalpolitik gestellt – d.h. bevor es etwas zu verteilen gibt, muss die Besteuerung in einer Weise gestaltet werden, dass Einkommen – als Basis der Verteilung – effizient generiert werden kann. Daran war, insbesondere mit Blick auf den Globalisierungsprozess, immer wieder Zweifel geäußert worden, weil in Deutschland bis 1998 Spitzensteuersätze auf Arbeits- und Gewinneinkommen zu entrichten waren, die im internationalen Vergleich am oberen Ende lagen. Mit steigender Mobilität von Kapital und hochqualifizierter Arbeit, so die weitere Argumentation, müsste dies zu einer Abwanderung

²⁵ Selbst Vertreter der Arbeitgeberverbände hatten lediglich gefordert, die Besteuerung auf einen einheitlichen Steuersatz von 20 % zu reduzieren. Die mit der Steuerbefreiung verbundene Hoffnung auf Entflechtung der ‚Deutschland AG‘ jedenfalls scheint sich nicht erfüllt zu haben – vielmehr kam es zu einer Umorganisation der Beteiligungen und einem zweifelhaften Push für die Shareholder-Orientierung deutscher Unternehmen; vgl. Höpner 2000.

²⁶ Im Jahr 2001 etwa dürfte der Bundesfinanzminister mehr Steuern aus der Kapitalertragssteuer zurückerstattet als eingenommen haben – dies entspricht etwa einem Einnahmeverlust von 25 Mrd. € gegenüber dem Jahr 2000.

als Sanktion der hohen Besteuerung und damit einer Erosion des Steueraufkommens führen. Wenngleich für eine derartige Argumentation zwar nicht die nominalen Steuersätze, sondern die effektive Steuerbelastung ausschlaggebend ist – und hier lag Deutschland aufgrund der eingeschränkten Bemessungsgrundlage und der Vielzahl von Ausnahmetatbeständen noch nie im oberen Bereich bei internationalen Steuervergleichen (vgl. Bach 2001 und die dort aufgeführte Literatur) - , kann aufgrund von Informationsunvollkommenheit auch dem Spitzensteuersatz durchaus eine symbolische Bedeutung zukommen. Mit der Einkommens- und Unternehmenssteuerreform sind hier nun sicher Schritte in die richtige Richtung unternommen worden, allerdings darf Deutschland unter einer rot-grünen Bundesregierung nicht zu einem aktiven Akteur eines EU-weiten Steuersenkungswettlaufes werden.

Bleibe noch die Frage der ‚sozialen Gerechtigkeit‘. Die Wahlkampfstrategen der Kampa reklamieren hier: „Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Kündigungsschutz in kleinen Betrieben wieder eingeführt. Betriebsverfassung gestärkt. Lohnnebenkosten gesenkt“ (Vorwärts 2/2002, S. 4). Zweifellos handelt es sich hierbei um wichtige Versprechungen des 1998er Wahlkampfes, die allerdings (mit Ausnahme der Lohnnebenkostensenkung) gerade nicht der ‚linken Angebotspolitik‘ zuzuschreiben sind, sondern traditionellen Werten der Sozialdemokratie entsprechen. Und ‚soziale Gerechtigkeit‘ hatte die ‚Neue-Mitte-Politik‘ ja in ‚Teilnahme- statt ausgleichender Gerechtigkeit‘ umdefiniert: Mit den Job-AQTIV und JUMP-Initiativen sind zwar Versuche unternommen worden, nach dem ‚linksangebotspolitischen‘ Motto ‚Fördern und Fordern‘ die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zu verbessern, der geringe (und wohl konjunkturbedingte) Rückgang der geringqualifizierter Arbeitslosigkeit von 26 % auf 22% kann aber nicht wirklich als Erfolg bei der Schaffung gleicher Chancen verbucht werden, liegt doch die Arbeitslosigkeit im hochqualifizierten Segment (Hochschulabschluss) sehr viel niedriger (etwa 4 %).

Insgesamt sieht die Bilanz – trotz offensichtlicher Bewertungsschwierigkeiten – der Schröder-Regierung nicht besonders rosig aus. Die bange Frage ‚Ist Schröder gescheitert‘ muss allerdings noch etwas zurückgestellt werden, bis auch der dritte Bewertungsmaßstab angelegt wurde.

Politik als ‚Kunst des Machbaren‘

Politik in der Mediendemokratie kann sich nicht einfach am ökonomisch Sinnvollen oder programmatisch Gewünschten orientiert, dass es dann linear umzusetzen gelte, sondern muss nach dem politisch Machbaren schauen. Und was machbar ist, entscheiden zwar letztendlich die Wähler, wird aber in zunehmendem Maße von den Medien vorbestimmt. Längst sind es nicht mehr die politischen Parteien, die den Diskurs bestimmen, die Agenda und ihre Themen festlegen, sondern die Medien beschließen, „was sich mit dem politischen und kulturellen Geschmack der nach unten offenen breitest möglichen Schnittmenge der Gesellschaft verträgt, der wiederum durch seine triumphierende mediale Spiegelung bestätigt, bestärkt und durch die nötige Erhöhung der Dosis enthemmt wird“ (Meyer 2001, S. 11). Inszenierungspotential, intellektuelle Bescheidenheit, aber auch die ökonomischen Interessen der Medien als Wirtschaftsunternehmen²⁷ bestimmen zunehmend den Raum, in dem Politik gestaltet werden kann. Und dies gilt umso mehr, als die Kommunikationsfähigkeit zwischen dem ökonomischen und dem politischen System aufgrund des hohen Grades an Komplexität ökonomischer und gesellschaftlicher Vorgänge sehr beschränkt ist. Wer kann schon wirklich einschätzen, ob eine Sparpolitik im Sinne der oben beschriebenen passiven Anpassung der Ausgabenseite an die medial vermarktbarere Steuersenkung und den symbolischen Haushaltsausgleich gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist? Um wie viel einfacher ist es da, symbolhaft eine ‚Schau-Politik‘ zu inszenieren, die Instrumentenvariablen – denn der öffentliche Haushalt und dessen Konsolidierung ist ja kein Wert an sich, sondern eine Policy-Größe – zu Zielpunkten der eigenen Politik stilisiert. Eigentlich ist der Diskurs um verschiedene politische Handlungsprogramme – die Policy-Ebene – längst durch selbsternannte Medien-Eliten entschieden, lediglich die Instrumentenwahl – die Polity-Ebene – lässt scheinbar noch Raum für Differenzen und parteipolitische Differenzierungen. Was dabei verloren geht, ist dann auch die Betrachtung der Interessengebunden von Politik, die Frage nach dem ‚Wem nützt eine Politik eigentlich?‘. Sie geht unter in dem Blick auf die ‚Mitte der Gesellschaft‘ (vgl. Schröder 2002), die gerade nicht eigene Interessen artikuliert und politisch umzusetzen versucht, sondern sie ist der Projektionsspiegel des zeitgeistigen ‚pensée unique‘. „Das Risiko, durch eine längerfristig angelegte ‚Aufklärungskampagne‘ gegen die augenblickliche Mehrheitsmeinung anzugehen in der Hoffnung, dass am Ende des Prozesses das Gewicht der besseren Argumente dann doch noch zu einer neuen Mehrheit

²⁷ In früheren Zeiten waren (Print-)Medien in erster Linie Transporteur ideologischer Standpunkte von Parteien oder Kirchen.

führt, mögen die repräsentativen Spitzenpolitiker im Wettbewerb um die Führungsämter des politischen Systems nur noch in seltenen Ausnahmefällen eingehen, nämlich dann, wenn es handfeste Anhaltspunkte für den Erfolg einer solchen Strategie gibt“ (Meyer 2001, S. 156). Oskar Lafontaine hat dieses Risiko am eigenen Leib erfahren, Gerhard Schröder hingegen ist der Mann der Inszenierung von Mainstream-Politik und er weiß auch genau wofür: „... die SPD braucht gesellschaftspolitische Verhandlungsmacht. Die erreicht sie nur, wenn sie mit ihrem Politikkonzept auch und gerade diejenigen anspricht, die in dieser Gesellschaft das Sagen haben und von der Entwicklung profitieren“ (Schröder 1998a, S. 109).

Die Medien inszenieren Spektakel, sie wollen und müssen unterhalten, um an werbeträchtiges Publikum heranzukommen. Will die Politik in diesem Umfeld noch zur Kenntnis genommen werden, muss sie dem Infotainment-Anspruch der Medien gerecht werden. Dazu gehört die Selbstinszenierung, die personelle Verkopplung von Politik Inhalten und Politikträgern, aber auch die Anpassung der Inhalte an die Formate der Medien: Ein ‚Es soll so bleiben wie es ist‘ lässt sich nicht spannend vermarkten, zum gegenwärtigen Lebensgefühl gehört die Veränderung als Ausdruck der Modernität. Überall werden ‚tiefgreifende Veränderungen‘ entdeckt, alles ist ‚neu‘: die New Economy, die neue Arbeitsgesellschaft, die neue Unternehmenskultur, etc. Politik muss offensichtlich mit Wandel antworten, Reformen sind das Mindeste, was erwartet wird: Reform der sozialen Sicherung, Reform des Arbeitsmarktes, Reform der Bundesanstalt für Arbeit und so weiter. Wenn die Reform der Finanzpolitik eine Lehrformel des vorvergangenen Jahrhunderts wiederbelebt (‚ausgeglichener Haushalt‘), so ist das gleichgültig – Hauptsache ‚anders‘ muss es sein. Die Wochenzeitung DIE ZEIT z.B. hat eine eigene Reform-Werkstatt eingerichtet, deren Leiter Uwe Jean Heuser gebetsmühlenartig und fast allwöchentlich die ‚Reform des Arbeitsmarktes‘ anmahnt – da können wissenschaftliche Erkenntnisse wenig ausrichten. Und die neue ‚Agenda Deutschland‘-Serie entwirft Stillstandsszenarien, die allenfalls als Karikatur der Wirklichkeit durchgehen – gleichwohl die Wahrnehmung der Leser beeinflussen und die Politik in Zugzwang bringt.

Für die Politik entsteht so eine problematische Gemengelage: Einerseits muss sie Wandel thematisieren und inszenieren, andererseits muss sie aber auch sicherheitseinflößende Kontinuität suggerieren. Denn so sehr der Wahlbürger als Konsument auch auf Neues, das Andersartige aus ist, so sehr liebt er doch als Gesellschaftsmitglied das Überschaubare, Erwartbare: „Die Bürger haben einen diffusen Wunsch nach Form. Alles, was diesen

Wunsch befriedigen könnte, würde als reForm akzeptiert“ (Priddat 2000, S. 121) Gerhard Schröder und seine ‚Politik der Mitte‘ sind diesem Umfeld angepasst, er beherrscht die ‚Kunst des Machbaren‘, ohne das Risiko einer Meinungsführerschaft eingehen zu wollen. Zumindest im Tandem mit Oskar Lafontaine war diese Strategie erfolgreich. Ob die gelegentlich energische Fürsprache für bedrohte Arbeitsplätze – wie z.B. im Falle des Bauunternehmens Philipp Holzmann oder jüngst Bombardier in Sachsen-Anhalt – ausreicht, um den Spagat zwischen Modernisierern und Reformern einerseits und Bewahrern und Traditionalisten andererseits ohne kongenialen Partner zu schaffen, erscheint zumindest fraglich.

Ist Schröder gescheitert?

Schröders politisches Erfolgsrezept war es bislang, sich der ‚Kolonisierung der Politik durch die Medien‘ zu unterwerfen und durch seine Inszenierungsfähigkeit für sich zu nutzen. Seine ‚Politik der neuen Mitte‘ ist der Versuch, die Sozialdemokratie auf politische Konfektionsware zu trimmen. Es geht nicht mehr darum, ein eigenes Lebensgefühl, eine Ideologie, eine Vision zu transportieren, sondern lediglich sich durch modische Accessoires von der Konkurrenz zu unterscheiden und dem Ganzen dann einen werbeträchtigen Namen zu geben: der korporatistischen Politikprozess ‚Bündnis für Arbeit‘ ist diese Differenz, die ‚Zivilgesellschaft‘ der noch nicht richtig eingeführte Name. Dabei könnte der Versuch, Kooperation zu organisieren, statt allein im (marktlichen) Konflikt über wirtschaftliche und gesellschaftliche Ergebnisse entscheiden zu lassen, sehr wohl zu einem genuin sozialdemokratischen Politikprojekt werden, das sich erfolgreich vermarkten ließe. Doch für langfristige Akzeptanz und Legitimation – auch über den 22. November 2002 hinaus – muss ein Politikkonzept größere ‚wahrheitskontrollierte Erfolge‘ (vgl. Habermas 1973, S. 24) nachweisen als Schröders ‚linke Angebotspolitik‘. Langfristig werden Wahlbürger, trotz aller Medienbeeinflussung oder vielleicht auch gerade mit deren Unterstützung, einen Abgleich vornehmen zwischen den Versprechen eines Politikkonzeptes und der erfahrbaren Realität. Bei zunehmender Frustration verliert das Konzept an Legitimation und Bindungskraft – dies galt für den keynesianischen Wohlfahrtsstaat, der das Versprechen der interventionistisch erzeugten Vollbeschäftigung nicht einlösen konnte und gleichzeitig in Inflations- und Finanzprobleme lief, dies galt ebenso für die konservative Angebotspolitik der Kohl’schen Wende, der es nicht wie versprochen gelang, die Wachstumskräfte wiederzubeleben.

Insbesondere wenn das Versprechen eingelöst werden soll, die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nachhaltig zu reduzieren, wird eine künftige rot-grüne Regierung wieder stärker auf traditionelle Steuerungsgrößen – makroökonomische Interventionsvariablen wie Geld- und Finanzpolitik – blicken müssen, als es die ‚linke Angebotspolitik‘ bisher bereit war, zu tun. Dies impliziert keine Rückkehr zum krypto-keynesianischen Steuerungsoptimismus der 1970er Jahre, wohl aber die Akzeptanz der ‚altlinken‘ Interventionsnotwendigkeit und die Bereitschaft zur Auslotung der Interventionsmöglichkeiten, die heute nicht nur wesentlich stärker supranational (also insbesondere in der EU) koordiniert werden müssen als im letzten Jahrhundert, sondern auch die Erkenntnisse der modernen wirtschaftspolitischen Forschung aufnehmen müssen, wonach nur eine Kooperation der verschiedenen Politikträger (Staat, EZB, Tarifparteien) die Probleme vermeiden kann, in die der Krypto-Keynesianismus der 1970er Jahre lief (vgl. Heise 2001a). Wenn es gelänge, einen Makrodialog zwischen den Trägern der Finanz-, Geld- und Lohnpolitik zu initiieren und institutionell abzusichern, könnte tatsächlich ein Positivsummenspiel – mehr Beschäftigung ohne gesamtwirtschaftliche Kosten wie Inflation oder zunehmende Verschuldung – angeregt werden, auf dessen Basis sich dann auch das ‚Bündnis für Arbeit‘ endlich erfolgversprechend jenen Problemen zuwenden könnte, die zweifellos die politische Agenda der nächsten Jahre weiter bestimmen werden: eine Gesundheitsreform, die ihren Namen verdient, eine Fortführung der Renten- und Steuerreform und eine Modernisierung des Arbeitsrechtes. Damit könnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: die Reformnotwendigkeit wird nicht bestritten, der ‚Modernisierungspathos‘ mithin aufrechterhalten. Die Differenz zwischen Modernisierungsgewinnern (Neue Mitte) und –verlierern (alte Linke) wird geringer und die Zielverwirklichung legitimierte die Politik.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Mediendemokratie und der Dominanz der Weltbildproduktion aus Unternehmenssicht erfordert eine solche Erweiterung der Politikkonzeption allerdings, Gerhard Schröder (2002) beim Wort zu nehmen: „Wir haben gelernt, dass man auch gegen gesellschaftliche Widerstände etwas schaffen kann. Und dass man deshalb allen die Chance geben muss, ihre Ideen und Fähigkeiten zu entwickeln.“ Gesagt, getan?

B. Frühjahr 2003

2. Quo vadis, SPD?

Man reibt sich verwundert die Augen. Das kann doch alles nicht wahr sein! Gerade hat Rot-Grün auf den letzten Metern die Bundestagswahlen gewonnen, da bricht ein Gewitter der Kritik und Verhöhnung (der Steuersong: „... das Geile an der Demokratie...“) über Gerhard Schröder und seine Regierungsmannschaft zusammen, wie man es in dieser Art und Weise in Deutschland noch nicht erlebt hatte: Nicht nur die konservative Presse von FAZ bis WELT und vor allem BILD rief offen die Wähler der jüngsten Landtagswahlen zur Abrechnung und nachträglichen Wahlrevision auf, auch die ehemals links-liberalen, kritischen SPIEGEL und ZEIT haben sich längst in das Lager derer gerettet, die ‚Modernisierung‘, ‚Reform um jeden Preis‘ herbei schreiben wollen und in Schröder nur noch den Zauderer und Bremser, ja den Gewerkschaftsfreund (mittlerweile zum Schimpfwort verkommen!) zu erkennen glauben. Gewiss, der Wahlsieg Schröders war nicht einwandfrei als Ausdruck einer imponierenden Regierungsleistung zu verstehen. Im Gegenteil: Gemessen an den selbst gesteckten Zielen – insbesondere dem Verfehlen des eh nicht besonders ambitionierten Beschäftigungsziels von weniger als 3,5 Millionen Arbeitslosen am Ende der Legislaturperiode – durfte Rot-Grün im September als gescheitert betrachtet werden. Und der Wahlslogan der Opposition vom ‚Schlusslicht Deutschland‘ hätte wohl beim Wähler verfangen, hätte sich nicht – fast wie durch ein Wunder – kurz vor der Wahl mit der Elbe-Flut und dem Irak-Thema ein kleines ‚window of opportunity‘ aufgetan, das Gerhard Schröder dann allerdings unglaublich professionell und beherzt dazu nutzte, Stoiber auf der Ziellinie abzufangen. Also, viel Dusel war dabei, aber ist es nicht wie im Fußball: Am Ende fragt niemand mehr danach, wie ein Sieg zustande gekommen ist. Weit gefehlt! Die versammelte Medien-Elite wartete nur auf die erste Chance, um ihren Lesern - den Wählern – klar zu machen, dass sie falsch gewählt haben: Die gewiss nicht besonders souveränen Entscheidungen nach der späten Korrektur von Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen wurden zum lächerlichen Anlass genommen, um den Notstand auszurufen, haarsträubende Parallelen zur Weimarer Republik zu ziehen und die Wähler auf die Barrikaden zu rufen. Die Schärfe dieser Anwürfe, die die Opposition ohne eigenes Zutun (wo sind denn deren konstruktiven Zukunftsentwürfe) zum

verkappten, um den Sieg betrogenen Gewinner stilisierte, geht über berechtigte Kritik und notwendige Aufklärung weit hinaus – hier wurde ein demokratischer Willensbildungsprozess in Frage gestellt, weil er nicht den Vorstellungen der Medienmächtigen entsprach. Deshalb und nicht etwa wegen unwahrer Berichte über Schröders Ehe muss die Macht der Medien und deren Missbrauch Gegenstand des demokratischen Diskurses werden, der nicht länger durch den Hinweis auf die ‚Meinungsfreiheit‘ abgewürgt werden darf. Gerade in einer ‚Mediokratie‘ muss den wirklich Mächtigen – den Medienmachern und deren Hintermännern – stärker als bisher auf die Finger geschaut werden.

Aber unabhängig von diesen jüngsten, unglaublichen Fehlritten der Medien kann wohl kaum in Abrede gestellt werden, dass Politik heutzutage medien- und kampagnefähig sein muss. Marketingstrategen in allen Parteien wollen uns gar weiß machen, dass es nur auf die Inszenierungsfähigkeit einer politischen Konzeption ankäme – unabhängig von konkreten Inhalten und – pfui spinne – schon gar abseits jeder Ideologie. Peter Grafe hat in der Berliner Republik (1/2003) zu recht darauf hingewiesen, dass allein der Spaß- oder Unterhaltungsfaktor allerdings keineswegs ausreicht, um ein politisches Produkt unverwechselbar und, vor allem, dauerhaft bindungsfähig zu machen. Sein Vorschlag, politische Parteien zu ‚Marken‘ zu formen, mit denen sich Gefühle, Ansprüche, stimmige Bilder verbinden, gibt in der Marketing-Sprache aber nur wider, was uns mit ‚ideologischer Bindung‘ zwar längst vertraut ist, aber wohl heute zu verstaubt klingt, um als zukunftsfähig betrachtet zu werden. Letztlich aber kommen wir nicht um die Erkenntnis herum, dass die Welt viel zu komplex ist, um ohne ideologische Brücken, ohne Weltbilder auskommen zu können – ob wir diese weiterhin auf einem Rechts-Links-Spektrum ordnen können, kann trefflich diskutiert werden, trifft aber nicht den Kern der Sache. Es muss doch politischen Parteien darum gehen, über einen Werte- und Zielkatalog Orientierung im Meer der Unübersichtlichkeit, Sicherheit der Interpretation des Weltgeschehens im Kleinen wie im Großen und Kommunikationshilfen anzubieten. Das Postulat vom ‚Ende der Ideologien‘ als Requiem auf alte, unverbesserliche Grabenkämpfer früherer Epochen kann deshalb nur als Versuch verstanden werden, ein einheitliches Weltbild – ein ‚pensee unique‘ – durchzusetzen, dem zu widersetzen nur den ‚Traditionalisten‘ (auch mittlerweile so ein Schimpfwort im Vokabular der Modernisierer!) identifiziert! Der endgültige Triumph der Medienelite, die auf Grundlage einer weitgehend einheitlichen sozialen Herkunft aus dem gehobenen Bildungssegment längst nicht mehr nur die politischen Themen kommuniziert (Agenda Setting), sondern auch deren Auswahl und akzeptierte Interpretationsentwürfe (Agenda Building und Framing) im Sinne eines Leistungsethos liefert. Dies musste

schmerzhaft Oskar Lafontaine erkennen, als er es zu Beginn der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün wagte, die von den Wählern gewünschten Themen – soziale Gerechtigkeit, Eingrenzung der Macht der internationalen Finanzmärkte und makroökonomische Interventionsfähigkeit – an- und auszusprechen, dies muss nun auch Gerhard Schröder erleben, dessen SPD in den letzten Wochen konsequent auf einen historischen Tiefstwert der Wählerzustimmung zwischen zwei Bundestagswahlterminen von nur mehr 25 % heruntergeschrieben wurde.

Hubertus Heil und Carsten Stenders (Berliner Republik 1/2003) Konsequenz aus diesen Rahmenbedingungen scheint zu sein, sich kritiklos dem ‚pensee unique‘ zu unterwerfen, das Primat der Ökonomie zu deklamieren und die SPD als besseren Fahrensmann durch die unsicheren Gewässer des gesellschaftlichen Wandels zu positionieren. Ohne große Mühe erkennt man hier die Grundzüge des Schröderschen Politikverständnisses, das als grandios gescheitert angesehen werden kann: Weder ist es der Konzeption der Neuen Mitte je gelungen, einen Identität stiftenden Wertekatalog zu formulieren oder auch nur die als ‚Marke‘ wohl eingeführten Werte ‚Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Partizipation‘ sinnstiftend zu füllen, noch hat man mit dem heillosen Durcheinander aus eindeutig wirtschaftsorientierten Maßnahmen und realpolitischen Zielsetzungen (Haushaltskonsolidierung und Senkung der Staatsquote als Selbstzwecke) und gewerkschaftsfreundlicher Gesetzgebung (Reform der Mitbestimmung, Rücknahme der Verwässerung des Kündigungsschutzes, die nun wiederum zurückgenommen werden soll) Vertrauen bei den Medieneliten schaffen können: ‚Sie können es einfach nicht‘ heißt dann der dazu passende Vorwurf und selbst bei größtmöglicher Annäherung der SPD an die Politikvorstellungen der Konservativen – der Begriff ‚linke Angebotspolitik‘ ist ja nicht von ungefähr gewählt worden - werden grundlegende Vorbehalte bleiben. Sollte aber eine SPD-geführte Regierung darauf bestehen, dass sich ihre Eigenständigkeit auch in selbst definierten Zielen und einem eigenständigen Weltbild (Politikprojekt) äußert – und dies ist zumindest in der ‚Neuen-Mitte-SPD‘ keine ausgemachte Selbstverständlichkeit mehr, setzt sie doch stärker auf Differenzierung im Politikverfahren denn in den Politikinhalten - , dann wird eilfertig die Schublade ‚Reformblockierer‘, ‚Gewerkschaftsfreund‘ oder was der Begrifflichkeiten mehr sind aufgezogen.

Darf oder muss man also Hans-Peter Bartels Recht (Berliner Republik 1/2003) geben, wenn er fordert, die SPD sollte sich auf anderen als den harten wirtschaftspolitischen Feldern

profilieren und die von Clinton-Berater Dick Morris verbreitete These beherzigen, wonach die wirtschaftliche Entwicklung sich in Globalisierungszeiten ohnehin so sehr dem nationalen Steuerzugriff entziehe, dass wirtschaftspolitische Wahlversprechen notwendig zu Wahllügen werden müssten? Ein solcher Ansatz übersieht einerseits, dass es völlig egal ist, ob nationale Regierungen noch wirtschaftspolitische Steuerungsmöglichkeiten haben oder nicht, die Wähler erwarten von ihrer Regierung schlicht und einfach, dass sie über diese verfügen – weshalb sonst sollten sie ihr einen Regierungsauftrag erteilen? Vermeintliche Ehrlichkeit oder das Ausweichen auf andere Themenschwerpunkte nützt da gar nichts, schließlich haben es die politischen Parteien längst aus der Hand gegeben, die Themen zu bestimmen. Aber ganz so fatal, wie der erste Anschein sein mag, ist die Sache andererseits auch wieder nicht, denn Dick Morris und viele sozialwissenschaftliche Interventionsskeptiker liegen schlicht falsch mit ihrer Vermutung: Die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume sind auch heute noch viel größer als zumeist vermutet – dies zeigen all jene Modellländer, die wegen ihrer Beschäftigungsentwicklung in Deutschland so bewundert werden. Bei genauem Hinsehen wird man nicht darum herumkommen zuzugeben, dass zupackende finanzpolitische Intervention bei geldpolitischer Akkommodation (und, zweifellos einer Reihe anderer, häufig zufälliger Einflüsse) für die richtige Weichenstellung in Richtung Wachstum und Beschäftigung verantwortlich war. Steuersenkungen, Haushaltskonsolidierung und massivste Einigungskosten zusammen mit Wachstum und Beschäftigung in einen wirtschaftspolitischen Rahmen zu pressen ist allerdings tatsächlich ‚Voodoo-Ökonomie‘, an der schon Helmut Kohl und Theodor Waigel gescheitert sind.

In Zeiten der Medienfixierung darf das Primat der Ökonomie nicht ungestraft negieren werden, gleichzeitig aber darf sich die Sozialdemokratie nicht dem im Grundsatz nicht-sozialdemokratischen ‚pensee unique‘ der Medien- und Leistungselite unterwerfen, will sie Alleinstellungsmerkmale wahren, die sie als ‚Marke‘ im politischen Angebot unverwechselbar machen. Damit diese beiden Eckpfeiler der Politikformung nicht zum Dilemma werden, muss die Hegemonie über die gesellschaftlichen Diskurse zurück gewonnen werden. Dafür ist zweierlei ganz unverzichtbar: Zum einen muss die Sozialdemokratie über eine gesellschaftliche Vision verfügen und die dafür erforderlichen Mittel und Instrumente benennen können. Zwar ist in der Politik häufig der Weg das eigentliche (Gestaltungs-)Ziel, aber Wähler lassen sich allein mit der Weisung eines Weges („Modernisierung, Reformen“) nicht gewinnen, wenn das Ziel nicht klar ist bzw. das vorgebliche Ziel (Sicherung der solidarischen, gerechten Gesellschaft) nicht zu den vorgeschlagenen Mitteln (Abbau der solidarischen Sozialsysteme, Abbau von Arbeitnehmerrechten, überdurchschnittliche

Reduktion der Unternehmens- und Kapitalertragssteuern) passen will. Eine Reformulierung des gesellschaftlichen Sozialvertrages nach dem Ende des ‚historischen Kompromisses‘, der die alte Bundesrepublik in der Systemkonfrontation bis 1989 auszeichnete, ist längst überfällig, aber bis heute unerledigt. Die ‚Neue-Mitte-Formel‘ der Teilnahmegerechtigkeit (Chancengleichheit für die selbstverantwortliche Marktteilnahme) passt als ur-liberale Vorstellung gewiss besser zum amerikanischen ‚Hier ist alles möglich‘ als zum sozialdemokratischen Credo ‚Hier wird den Schwachen geholfen‘. Und die kommunitaristische Zivilgesellschaft, mit der Schröder eine Zeit lang heftig flirtete, passt wohl auch besser zur Gutbürgerlichkeit amerikanischer Vorstadt-Idylle als zur europäischen Realität multiethnischer Urbanität, wo die SPD-Wähler überwiegend rekrutiert werden.

Mindestens ebenso wichtig wie die Alleinstellungsmerkmale der ‚Marke‘ sind aber auch die Personen, die mit der ‚Marke‘ identifiziert werden und mit denen sich der Wähler identifizieren möchte. Damit ist gar nicht in erster Linie die persönliche Ausstrahlung, das Charisma, gemeint oder die Professionalität im Umgang mit den Medien, sondern die kompetenzgestützte Autorität der handelnden Personen. Ohne die unbezweifelte Autorität eines Karl Schillers hätte der Keynesianismus wohl nicht jenes ‚Geschenk des Himmels‘ für die SPD des Godesberger Programms werden können, dass ihr über eine Dekade Regierungsfähigkeit sicherte. Hans Eichel verkörperte vielleicht eine kurze Zeit erfolgreich den Sparkommissar der Nation, er steht aber weder für eine moderne sozialdemokratische Finanz- und Wirtschaftspolitik, noch nimmt ihm jemand den Zauber der ‚Voodoo-Ökonomie‘ ab. Und auch Wolfgang Clement kämpft mit dem systematischen Malus des ‚Pragmatikers‘: Er steht genau dafür, für nichts wirklich einzustehen, sondern die gerade manifesten Sachzwänge (Niedriglohnssektor, Kündigungsschutz) partei- und verwaltungsintern durchzusetzen. Unverwechselbarkeit, Profil und Diskursfestigkeit gegen den medialen Mainstream darf man da nicht erwarten.

Es geht hier nicht darum, einzelne Regierungsmitglieder oder Funktionäre an den Pranger zu stellen – Hans Eichel und Wolfgang Clement sind zweifellos verlässliche Technokraten und Parteiarbeiter. Aber das politische Personal muss ebenso hinterfragbar bleiben wie das Programm – verliert die ‚Marke‘ an Zugkraft, steht das Marketing-Konzept ebenso zur Diskussion wie die Chef-Verkäufer oder Galeonsfiguren. Der gegenwärtige Marktanteil von 25% bei blasser Konkurrenz ist besorgniserregend genug, um sich grundsätzliche Gedanken zu machen.

Der Parteienforscher Peter Lösche formuliert in den ‚Blättern für deutsche und internationale Politik‘ (2/2003): „Eine Chance für Europas Sozialdemokratie besteht auch darin, dass Wähler sich nicht unbegrenzt manipulieren lassen. Sie verlangen Inhalte, Konzepte und Visionen. Die inhaltlichen Positionen, die Parteien einnehmen, sind immer noch das wichtigste und wahlentscheidende Kriterium“. Die Sozialdemokratie kann nur dauerhaft mehrheitsfähig bleiben, wenn sie an der Vision einer besseren, gerechteren Gesellschaft festhält und die Gestaltungs- und Interventionsfähigkeit der Politik wiederentdeckt. Angesichts der Herausforderungen – Massenarbeitslosigkeit, deutsche Einheit und europäische Integration, alternde Gesellschaft, verbreitete Individualisierung, und – ja gewiss – auch zu unflexible öffentliche Verwaltungen und mancher bürokratische Ballast – kann die Losung der Sozialdemokratie nicht ‚weniger Staat, weniger Steuern‘ sein, sondern es muss den gestaltungswilligen und gestaltungsfähigen Staat reklamieren. Die Menschen (und Wähler) erwarten ebenso Reaktionen der Politik auf zeitgenössische Veränderungen (‚Reformen‘) und sie sind auch bereit, Veränderungen im eigenen Lebensumfeld zu akzeptieren. Aber immer weniger Menschen – zumindest die, die von ihrer Disposition her nicht auf das Recht des Stärkeren setzen – wollen von Sachzwängen und Funktionslogiken des immer brutaler werdenden Kapitalismus in Reformen hingedrängt werden, von denen sie intuitiv spüren, dass sie nicht ‚verteilungsneutral‘ sind. So wie die Sozialdemokratie im ‚Goldenen Zeitalter‘ den interventionsoptimistischen Keynesianismus für den Wohlfahrtsstaat – das Modell Deutschland – instrumentalisierte, so braucht die heutige Sozialdemokratie einen interventionsbereiten Postkeynesianismus für einen reformierten, offensiv verkauften Sozialstaat in europäischer Einbettung. Konzepte dafür werden auch in der Sozialdemokratie – allerdings viel zu wenig in den ‚Zirkeln der Neuen Mitte‘ – diskutiert. Leider aber haben es glaubhaftwürdige, kompetente und Sachautorität ausstrahlende Persönlichkeiten in der Garde der ‚Pragmatiker‘ nicht eben leicht – sie fehlen heute schmerzlich.

3. SPD – eine moderne Partei in der Mediendemokratie?

Das Ende der Sozialdemokratie...

Gerhard Schröder führt die SPD auf einen Kurs, der ihre langfristige Regierungsfähigkeit bewahren soll. Entsprechend seiner eigenen Lebenserfahrungen – und man sollte derart individuelle Momente bei der Formulierung von Regierungs- und Parteihandeln nicht gering schätzen – setzt er dabei auf stärker individualistische und meritokratische Elemente als es bislang in der Sozialdemokratie gewünscht war. Er sieht darin den ‚feasible set‘ sozialdemokratischer Politik in neoliberalen und globalisierten Zeiten – also vor dem Hintergrund objektiver und subjektiver Veränderungen der Rahmenbedingungen (Globalisierung, Individualisierung) und politischen Restriktionen (Mediendominanz). Schröder und die Politik bestimmenden Pragmatiker können sich nicht vorstellen, sich außerhalb des von fast allen gesellschaftlichen Eliten bestimmten Diskurses zu stellen oder gar daran mitzuwirken, dass der gesellschaftliche Diskurs offen und plural verbleibt. Hier stehen mittlerweile die Gewerkschaften weitgehend allein auf weiter Flur und sie laufen unverkennbar die Gefahr der politischen Marginalisierung. Ist die Hinnahme der neoliberalen Hegemonie also der notwendige Weg der Sozialdemokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts? Muss die Partei die ‚hard choices‘, die Sachzwanglogik des Weltmarktes so akzeptieren wie die Godesberger Sozialdemokratie die endgültige Lossagung von ihren marxistischen Wurzeln als langfristiges Erfolgssignal benötigte – ohne dass es darüber zur endgültigen Spaltung der Partei gekommen wäre? Müssen Schröder und Clement also nun ihr Heil in der ‚Macher-, oder ‚Modernisierer-Pose‘ suchen, den ideologischen Tabubruch als Ausweis der Gemeinwohlorientierung gegenüber kleingeistiger Interessenvertretung und Besitzstandswahrung stilisieren?

Sicher ist, dass ein solcher Weg grundsätzlich nur gangbar ist, wenn den Kommunikations- und Partizipationsbedürfnissen der Partei stärker als bisher Rechnung getragen wird – derart zentrale Weichenstellungen können in keiner Partei und schon gar nicht in der SPD von

oben herab dekretiert werden. Natürlich kollidiert dies mit dem ‚Macher-Image‘ des Kanzlers, muss deshalb vom Parteiapparat übernommen werden. Wie verheerend die Fehleinschätzung der Gefolgschaft der Partei war, zeigt das bislang in ihrer Geschichte einmalige Verfahren eines Mitgliederbegehrens und die Abwahl von Schröder-treuen Landesvorständen.

Aber es ist nicht allein der Versuch Schröders, die SPD wie ein Politikunternehmen von der Spitze her zu managen, der in weiten Teilen der Mitglied- und potentiellen Wählerschaft sauer aufstößt, es ist auch der grundlegende Kurs – der neuerdings als ‚Agenda 2010‘ einen Namen bekommen hat -, der einige absolute ‚do not‘ übersieht: Mit der expliziten Preisgabe einer ideologischen Positionierung verzichtet das Politikmanagement auf ein notwendiges Alleinstellungsmerkmal, ohne das es schwer werden wird, eine ‚Marke‘ mit dauerhafter Bindungskraft zu positionieren. Dieses Manko ist besonders fatal, wenn die ‚Politikkonzeption mittlerer Reichweite‘ ganz wesentlich auf Reformen als Selbstzweck, als Symbol der Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit abstellt. Gerade wenn die gesellschaftlichen Reformen im Sinne von ‚hard choices‘ Besitzstände angreifen und damit verteilungspolitische Wirkungen haben, ist es für eine sozialdemokratische Regierung überlebensnotwendig, dass ihr die Wahrung der sozialen Balance zugetraut wird. Wer in einer solchen Situation von Alternativlosigkeit und überideologischen Notwendigkeiten spricht, zeigt nicht gerade, dass er Politik als Prozess des Aushandelns von Kompromissen zwischen verschiedenen Interessenlagen verstanden hat und signalisiert zumindest dem sozialdemokratischen Wählerpotential, dass es seinen Interessen keine besondere Bedeutung beizumessen geneigt ist.

Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Preisgabe der traditionellen Dyade ‚Selbstregulierung des Marktes versus Marktintervention‘, die dem ideologischen Rechts-Links-Schema die wirtschaftspolitische Grundierung gab. Gerade in Zeiten überbordender Kommerzialisierung aller möglichen Lebensbereiche wird der Wunsch nach einer Interventionsmacht lauter, die sich über die Regeln des Marktes zu erheben vermag und dem Markt seine Grenzen aufzuzeigen verspricht. Wer unter solchen Rahmenbedingungen das sozialdemokratische Credo der Begrenztheit des Marktes aufgibt und die Marktverlierer (Arbeitslose) noch an den Pranger stellt, kann nicht eben behaupten, die gesellschaftliche Avantgarde oder auch nur die mehrheitlich solidarisch disponierten Menschen zu vertreten. Das als ‚Agenda 2010‘ bezeichnete Elaborat aus Ideologie verzichtendem Pragmatismus

wird eigentlich nur einem ‚do not‘ gerecht: Es thematisiert den Wandel, die Anpassung, die Veränderung, die sich thematisch durch alle Diskurse ziehen, die sich aber auch besser medial inszenieren lassen als Stillstand, Verteidigung von erreichten Positionen und Institutionen. Wer in den – begründeten oder unbegründeten – Verdacht gerät, eine ‚Es soll so bleiben wie es ist‘-Stellung zu beziehen, also der ‚Stützpfeiler der alten Ordnung‘ zu sein, verliert zu recht Glaubwürdigkeit und Legitimation. Diese Erkenntnis beinhaltet gleichwohl noch nicht jenen ‚Modernisierungskurs‘ der Schröder-SPD, der von vielen als meritokratisch verzerrt und deshalb im Kern als nicht-sozialdemokratisch empfunden wird. Die Menschen in Deutschland, auch die SPD-Mitglieder und potentiellen Wähler haben durchaus verstanden und akzeptiert, dass sich Liebgewonnenes, Altbekanntes, auch als Bewährt empfundenes verändern muss und vielleicht auch mit Belastungen (z.B. stärkere Eigenvorsorge) oder geringerer kollektiver Hilfeleistung (z.B. Arbeitslosengeld, Rente) verbunden sein kann. Gerade aber in derart dynamischen Zeiten ist es zumindest für eine sozialdemokratische Regierung absolut vital, den Wunsch nach sozialer Balance und institutioneller Sicherheit zu befriedigen – ein Umbau des wohlfahrtsstaatlichen Gefüges als ernsthafte Sicherung des ‚Systems‘ gegen Angriffe Merz’scher und Westerweller’scher Dimensionen würde zweifellos honoriert werden und könnte auch – bei aller Detailkritik – als ‚Kunst des Machbaren‘ mobilisierend vermarktet werden. Genau dieses Vertrauen aber haben die ideologielosen Pragmatiker der SPD-Führung verloren, indem sie zunehmend Politikinhalt für unverzichtbar verkünden, die sie – wie etwa den Abbau des Kündigungsschutzes oder die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau – noch vor wenigen Monaten (vor der Wahl) als unvereinbar mit sozialdemokratischen Werten erachteten. Wer nimmt dieser Sozialdemokratie denn ab, dass sie wirklich der Garant des (abgespeckten) Sozialstaates ist (oder hofft man tatsächlich auf das kurze Gedächtnis der Wähler)?

... und ihre Wiederbelebung

Vielleicht muss die Erkenntnis daraus sein, dass es ‚kein richtiges Leben im falschen gibt‘, um Adorno zu paraphrasieren. Vielleicht kann die Akzeptanz und Unterordnung unter einen unkritisch hingenommenen neoliberalen Diskurs im Sinne einer ‚Politik des Machbaren‘ für eine sozialdemokratische Regierungspartei eben nicht aufgehen, auch wenn sie auf politisches Führungspersonal mit Charisma und ausgeprägter Inszenierungsfähigkeit zurückgreifen kann? Vielleicht muss sich die Sozialdemokratie über einige Essentials

bewusst werden, die die Veränderung des alten ‚keynesianischen Wohlfahrtsstaates‘ genauso zulässt, wie es die klare ideologische Differenz zu den konservativen Marktapologeten aufrecht erhält und die rekonstruierte Interventionsmacht der Politik gegen die Macht der Märkte und Unternehmen und die Interessen der Leistungselite verteidigt. Wenn es der Sozialdemokratie gelänge, ein makroökonomisches Governance-System auf nationaler und EU-Ebene voranzubringen, dessen Kern eine (Wieder-)Belebung und Institutionalisierung des Makrodialogs zwischen der Europäischen Zentralbank (bzw. der Deutschen Bundesbank), den Sozialpartnern und der Finanzpolitik wäre, könnten die ökonomischen Rahmenbedingungen für Deutschland und die EU in einer Weise verbessert werden, dass eine Neujustierung der sozialpolitischen Balance zwischen individueller und kollektiver Sicherung und, vielleicht wichtiger und drängender, eine allmähliche Harmonisierung der EU-Sozialsysteme auf Basis des Beveridge-Systems²⁸ ohne die ‚Keule der Arbeitslosigkeit‘ möglich würde. Die Ausdehnung der deutschen Geldverfassung auf die Europäische Union hat in der Vorbereitung auf die Europäische Währungsunion vielen europäischen Partnern große Anpassungsanstrengungen abverlangt, nun liegt es an der Bundesrepublik, sich vom abgabenfinanzierten (Sozial-)Versicherungssystem nach Bismarck zugunsten eines steuerfinanzierten Vorsorgesystems nach Beveridge zu trennen. Dies wären wahrlich zukunftsweisende Reformprojekte, in denen eine sozialdemokratische Bundesregierung nicht nur hinreichend damit beschäftigt wäre, ein Absinken des Sicherungsniveaus auf individuell perforierte Fürsorge (wie in den angelsächsischen Ländern) zu verhindern, sondern auch eine weiterhin dem Leistungsfähigkeitsprinzip geschuldete Finanzierung durchzusetzen hätte – zweifellos Herkulesaufgaben mit zahlreichen Politikfallen und Blockadepotential. Dennoch: Ein postkeynesianisch reformierter Sozialstaat, der mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat der siebziger Jahre wohl die Werte und Ziele solidarischer Zuwendung, nicht aber die Instrumente und Institutionen gemein hätte, und doch als klare Alternative zum meritokratischen Wettbewerbsstaat des politischen Konservatismus stände, könnte ein ‚neuerliches Geschenk des Himmels‘ für eine Sozialdemokratie werden, die bereit und fähig ist, sich den ton- und meinungsmachenden Eliten entgegen zu stellen. Denn das sollte klar sein: Wer immer sich den Interessen der Leistungselite verweigert, muss nicht nur in diesem Land mit unerbittlichem medialen Gegenwind rechnen. Doch auch darin kann man sein Profil schärfen- ist es nicht genau das, was unter ‚political leadership‘ in schwierigen Zeit zu

²⁸ Das ‚Beveridge-System‘ ist nach dem britischen Politiker und Ökonom William Beveridge benannt und beschreibt ein System der sozialen Sicherung, das weitgehend aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert wird.

verstehen ist und was Gerhard Schröder im Irak-Konflikt nachhaltig gezeigt hat?

4. Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte einer Agenda-Theorie

Zur Begründung des Themas

Seit geraumer Zeit ist eine Diskussion um die Zukunft der Sozialdemokratie entbrannt.²⁹ Etwas grob wird dabei zwischen den ‚Traditionalisten‘ und den ‚Modernisierern‘ unterschieden, deren Charakterisierung dann als stichhaltig gelten mag, wenn die Position der ‚Traditionalisten‘ als Bewahrung der herkömmlichen Interpretation sozialdemokratischer Grundwerte verstanden wird, während die ‚Modernisierer‘ auf eine zeitgemäße Anpassung der Interpretation an sich verändernde Rahmenbedingungen drängen (vgl. Seeleib-Kaiser 2002 und Heise 2003). Wie lange nicht mehr in der 140-jährigen Geschichte der Partei steht die SPD vor immensen Herausforderungen: 1) Intern droht eine Zerreißprobe, die weit über die üblichen Auseinandersetzungen zwischen der Machtorientierung der Führungselite einer Regierungspartei und der Sachorientierung der Parteibasis hinausgeht. Gemäß der Hirschman’schen Wahlmöglichkeiten ist erstmalig ein Mitgliederbegehren in Gang gebracht worden (Voice-Option), das die Parteiführung auf die Wahrung traditioneller Werte verpflichten wollte, gleichzeitig sieht sich die SPD einer beispiellosen Austrittswelle (Exit-Option) gegenüber. 2) Etwa ein Jahr nach dem überaus knappen Wahlsieg der rot-grünen Regierungskoalition und einem Wahlergebnis von 38 % der Wählerstimmen für die SPD verliert die Partei in bisher unbekanntem Maße an Zustimmung innerhalb der Wählerschaft: Landtags- und Kommunalwahlen werden mit historischen Wahlschläppen beendet, bei der ‚Sonntagsfrage‘ kommt die SPD nur mehr auf 25- 27 % der Stimmen – ein historischer Tiefstand.

²⁹ Die Diskussion wird vor allem in den ‚Theorie-Zeitschriften‘ der wichtigsten sozialdemokratischen Ideologieströmungen – der ‚Sozialistischen Politik und Wirtschaft‘, den ‚Perspektiven Demokratischer Sozialismus‘, der ‚Berliner Republik‘, den ‚Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte‘ und der ‚Internationale Politik und Gesellschaft‘ – geführt, aber auch darüber hinaus in Zeitschriften der kritischen Sozialwissenschaft – z.B. in den ‚Blättern für deutsche und internationale Politik‘, in ‚Initial – Berliner Debatte‘, ‚Prokla‘ oder im ‚Sozialismus‘ - und auch den einschlägigen wissenschaftlichen Journals wie ‚Politische Vierteljahresschrift‘.

Tabelle 1: Politik der ‚Neuen Mitte‘ und ihre Interessenberührung

Wirtschaftspolitische Maßnahme	(Vorgebliche) Wirkung ^a	Distributive Wirkung	Materielle Wirkung auf ‚Neue-Mitte-Wähler‘ ^b	Ideologische Wirkung auf ‚traditionellen Wähler der Sozialdemokratie‘ ^c
1. Hartz-Konzepte	Beschäftigungswachstum (Steigerung der Allokationsfunktion der Arbeitsmärkte)	-	°+	-
2. Steuerreform	Wirtschaftswachstum (Steigerung der Leistungsanreize)	-	+	-
3. Sozialstaatsreformen	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Sicherung der Finanzierbarkeit des Sozialstaates	-	+	-
4. Haushaltskonsolidierung	Wirtschaftswachstum (Crowding in privater Investitionen)	+	°	°-

Anmerkungen: a = Wirkung nach dem in Wissenschaft und Medien gegenwärtig dominanten walrasianischen Marktparadigma; b = ‚Neue Mitte-Wähler‘ verstanden als „Angehörige der Aufsteigermilieus, der neuen Arbeitnehmergruppierungen und selbständigen Berufe, insbesondere in den Information- und Dienstleistungsbranchen“ (Grundwertekommission 1999: o.S.)³⁰, die ‚pocketbook voting‘ betreiben; c = ‚traditioneller sozialdemokratischer Wähler‘ verstanden als soziotropisch wählenden Anhänger einer distributiven Arbeitnehmergeinschaft³¹; + = positiv/Vorteil, - = negativ/Nachteil, ° = nicht eindeutig, °+ = eher Vorteil, °- = eher Nachteil

³⁰ Dürr/Walter (2001: 184) sprechen von ‚Hedomaten‘ = hedonistischen Materialisten.

³¹ Diese Gruppe heißt bei Dürr/Walter (2001: 184) ‚realistische Aktivisten‘, die nicht durch soziostrukturelle Herkunft, sondern durch einen stabilen Wertehaushalt gekennzeichnet ist.

Hintergrund dieser Entwicklung ist das politische Reformpaket ‚Agenda 2010‘ der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, in dem arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen zusammengefasst sind, die das Kernstück der Konzeption einer ‚Politik der Neuen Mitte‘³² ausmachen: Der Staat soll sich aus seiner fürsorglichen Umklammerung der entmündigten Bürger zurückziehen und stärker auf eine Ermunterung zur individuellen Eigenvorsorge und Eigeninitiative setzen – der aktivierende Staat statt des aktiven Staates traditioneller sozialdemokratischer Vorstellungen. Soziale Gerechtigkeit soll nicht mehr vorrangig auf das Ergebnis (Eingriff in das marktbestimmte Ergebnis der Einkommensverteilung), sondern auf den Ausgangspunkt bezogen werden: Inklusion, also Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen – insbesondere am Arbeitsmarkt – wird in Anlehnung an das Politikkonzept des ‚Dritten Wegs‘ von Anthony Giddens (1999; 2001) als vordringlich angesehen, auch wenn dies ein zunehmende soziale Differenzierung beinhaltet: sozial ist, was Arbeit schafft.³³

Die Umsetzung dieser Vorstellungen (vgl. Tab. 1), die Gerhard Schröder mit dem Mantra der Alternativlosigkeit und dauernden Rücktrittsdrohungen verteidigt und in der Partei von oben herab durchsetzt, führt dann zu Maßnahmen, die teilweise noch vor kurzem (vor der Bundestagswahl im November 2002) von der SPD ausdrücklich abgelehnt wurden und jedenfalls bislang eher mit Politikvorstellungen des konservativen politischen Lagers verbunden wurden (vgl. Seeleib-Kaiser 2002: 493f.): Reduktion des Kündigungsschutzes, Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen der Arbeitsaufnahme, reale Kürzungen der Renten, Ausweitung eines Niedriglohnssektors, uvm.

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, diese Entwicklungen – also die Neuausrichtung der Sozialdemokratie in ihren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kernkompetenzen bei gleichzeitigem massivem Verlust an Zustimmung und Bindungsfähigkeit – in einem Modell beschränkt rationalen Handelns zu erklären. Dazu wird zunächst in Kontrast zum traditionellen ‚Rational bzw. Public Choice-Modell‘, das aufgrund

³² Zur Politik der ‚Neuen Mitte‘ bzw. des ‚dritten Wegs‘ vgl. u.a. Hombach 1998; Schröder 1998; Blair/Schröder 1999; Vandenbroucke 1999; Arestis/Sawyer 2003; Sandner 2003.

³³ Frenzel (2003) beschreibt dies als einen Wandel von ‚policies against markets‘ über ‚policies within markets‘ zu ‚policies favouring markets‘.

seiner zahlreichen Konsistenzprobleme hier nicht zur Anwendung kommt³⁴, ein Agenda-Modell entworfen (Teil 2), das verspricht, den besonderen Ausprägungen moderner Demokratien – dem Erlebnischarakter von Politik in einer Mediendemokratie³⁵ – besser Rechnung tragen zu können. Schließlich werden auf dieser Grundlage einige Interpretationsangebote für die strategische Politikausrichtung der Sozialdemokratie unterbreitet (Teil 3) und eine – vielleicht gewagte – Alternative geboten (Teil 4).

Das Agenda-Modell – oder: Wirtschaftspolitik in der Mediokratie

Das Public Choice-Modell versucht dem Ideologieverdacht³⁶ der Politischen Ökonomie zu entkommen, indem es ‚Interessen‘ mikroökonomisch fundiert und damit gleichsam szientifiziert. Die Ergebnisse des Public Choice-Modells – immerhin ein Staats- bzw. Demokratie-Versagen, das zu manch problematischer Schlussfolgerung Anlass geben könnte –, werden als ‚wertfrei‘ dargestellt, der Begriff ‚Ideologie‘ wird ausschließlich als Informationskosten senkendes Signal in die Analyse integriert. Public Choice also quasi als die Neue Politische Ökonomie des post-ideologischen Zeitalters. Wenn dann allerdings die Dominanz des Public Choice-Ansatzes in einen Kontrast zu seinen problematischen Annahmen und bislang ungelösten theoretischen Inkonsistenzen gebracht wird, kann durchaus vermutet werden, dass die Ergebnisse einer grundsätzlichen Staatsskepsis selbst als ideologisch verbrämt angenommen werden dürfen.³⁷

³⁴ Nur unter inakzeptablem Biegen des Rationalitätspostulats kann die Public Choice-Theorie erklären, weshalb überhaupt gewählt wird und der innere Widerspruch zwischen wohlinformierten ‚rationalen Narren‘ und ‚rationalen Ignoranten‘ zeigt das Dilemma auf, in dem eine Theorie steckt, die politisches Wahlverhalten zu einem Optimierungskalkül machen will.

³⁵ Große Holtforth (2000) verweist darauf, dass die Bedeutung der Medien im Public Choice-Modell bislang wesentlich unterschätzt wurde.

³⁶ Der Ideologieverdacht wird immer dann gehegt, wenn gruppen- oder klassenspezifische Interessen als handlungsrelevant für den staatlichen Akteur postuliert werden, ohne dass dies empirisch oder theoretisch erschöpfend dargelegt werden könnte. ‚Ideologie‘ wird dann als bewusste Fehlinterpretation des Gesellschaftsgeschehens übersetzt, sie wird zum Erkenntnisobjekt bzw. Erkenntnisersatz.

³⁷ Lars Udehn (1996: 194f.) schreibt dazu: „The main function of the assumption of self-interest seems to be ideological, in the sense that it favours market solutions (...) – at least according to traditional economic analysis, which sees in the market the sole institution with the wonderful ability of turning private vice into public virtue. In politics, on the contrary, it leads to suboptimal waste and serfdom. Ergo: the best society is a free market society.”

Das Grundmodell

Das Agenda-Modell der Politischen Ökonomie übernimmt zwar die Annahme an Eigeninteresse orientierter Teilnehmer am ‚politischen Markt‘ (also Parteien und Wähler), unterstellt aber gleichzeitig, dass Wähler nur über unvollständige Informationen verfügen und deshalb auch allenfalls ‚beschränkt rational‘ wählen können. Vor diesem Hintergrund werden Ideologien (also positive Gesellschaftsvisionen und somit Erkenntnisobjekt der Politischen Ökonomie) zu unverzichtbaren Entscheidungsstützen in einer komplexen Umwelt. Ideologien bieten Interpretationsmuster in einer zunehmend unübersichtlichen Welt an. Parteien sind dann auch nicht bloß ‚Dienstleistungsunternehmen‘, die ohne eigene Weltvorstellung – quasi als ‚black box‘, die mit den Präferenzen des Median-Wählers gefüllt werden kann -, ihre politischen Angebote unterbreiten, sondern Ideologieproduzenten, die durch klare ‚Markenprägung‘ dauerhafte Bindungsfähigkeit (Stammwähler) und Stimmenmaximierung gleichermaßen anstreben.³⁸ Schließlich können die Präferenzen der Wähler unter diesen Bedingungen nicht als exogen gegeben angenommen und reines ‚pocketbook voting‘ weder als realistisches, noch als allgemeingültiges Verhalten unterstellt werden.

Das Wahlverhalten der Bürger hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren – soziostruktureller Prägung (Millieus, die Parteiloyalitäten schaffen), Qualifikation und Informationsverarbeitungskapazität³⁹, einem kurzfristig als gegeben anzusehenden gesellschaftlich-hegemonialen Leitbild (Makro-Klima) und kurzfristig wandlungsfähiger, dominanter (wirtschafts-)politischer Paradigmen – ab, die in ihrer Gewichtung und Ausprägung selbstverständlich über die Zeit veränderlich sein können und individuell sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Je geringer die Qualifikation und Informationsverarbeitungskapazität des einzelnen Wählers, desto größer die Abhängigkeit von Ideologien oder anderen prägenden Handlungsrationalen (z.B. Parteiloyalitäten und -identifikationen) – es kann deshalb angenommen werden, dass der Median-Wähler am

³⁸ Gelegentlich wird die Lösung sozialstruktureller Bindungen (Millieus) an Parteien (Dealignment) mit dem Ende ideologischer Prägungen gleichgesetzt. Tatsächlich aber stimmt wohl das Gegenteil: Je geringer Millieuprägungen, desto wichtiger die ideologische Bindung als ‚Marke‘ oder ‚Signal‘; vgl. Beyme 2000.

³⁹ Qualifikation und Informationsverarbeitungskapazität sind nur Proxi für Grundvoraussetzung rationalen Umgangs mit der politischen Wahlentscheidung. Es soll auf keinen Fall behauptet werden, dass höher qualifizierte Menschen ‚bessere‘ Wahlentscheidungen treffen als weniger qualifizierte Menschen.

wenigsten ideologisch gebunden (er benötigt die Ideologie als Handlungskrücke am wenigsten) und am ehesten der typische ‚pocketbook voter‘ ist.

Abbildung 2: Bi-modale Wählerverteilung bei ideologischer Differenzierung

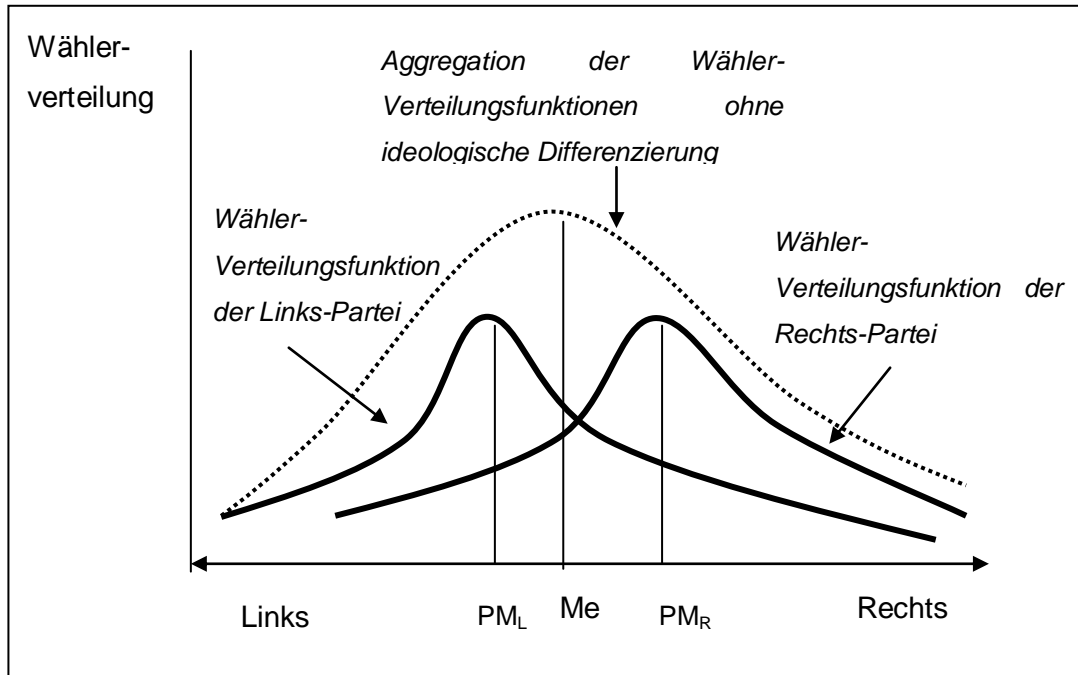
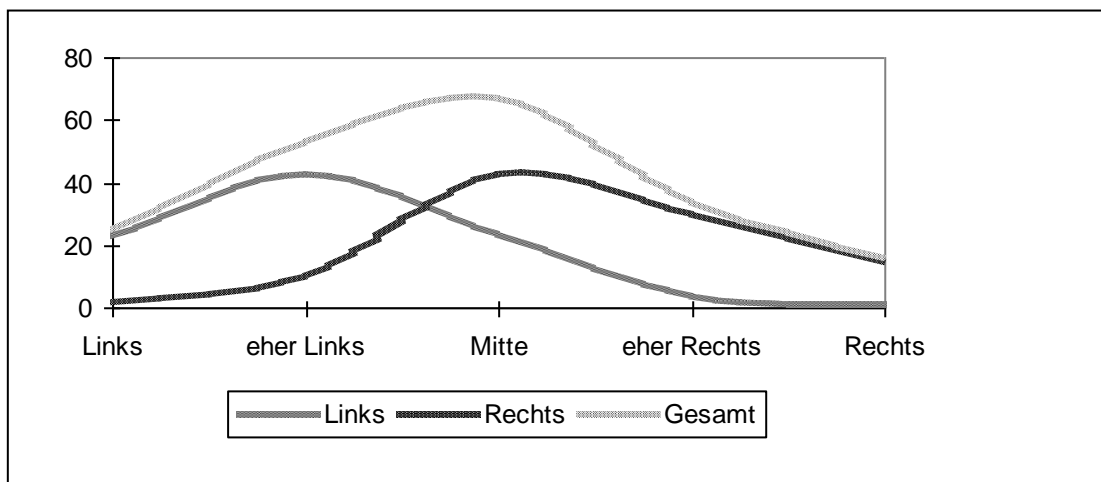


Abbildung 3: Bi-modale Wählerverteilung in Deutschland (Angaben in Prozent der jeweiligen Wählerschaft)



Quelle: Schaub (1998: 100)

Unter diesen Bedingungen dürfte nun aber der Median-Wähler an Prägekraft zugunsten des

Partei-Median-Wählers verlieren. Dazu brauchen wir nur anzunehmen, dass sich hinter der üblicherweise angenommenen unimodalen Wählerverteilung eine klare ideologische Differenzierung (Lagerbildung) mit weitgehend abgeschotteter Wählerschaft verbirgt (vgl. Abb. 2 und 3). Nun ist die zentripetale Tendenz der Parteiprogramme in Richtung Median-Wähler keineswegs gesichert, denn jede ideologische Standortveränderung einer Partei hin zum Median- und weg vom Partei-Median-Wähler (Stammwähler) läuft Gefahr, mehr Stimmen zu kosten als zu bringen. Dies hängt allerdings wesentlich vom quantitativen Verhältnis von Stamm- zu Wechselwählern einerseits und der ‚Mobilität‘⁴⁰ des Stammwählers ab. Je höher die Mobilität des Stammwählers ist – was bei machtorientierten Stammwählern (‚Kanzlerwahlverein‘) eher angenommen werden darf, als bei sachorientierten Stammwählern –, desto geringer die Gefahr des übermäßigen Stimmverlustes und desto größer folglich die Prägekraft des Median-Wählers.

In einer Welt, in der die Wahlentscheidungen der Individuen hochgradig von der Fähigkeit der Parteien bestimmt werden, ihre Politik – und dies impliziert ideologische Visionen (Welt- und Leitbilder) gleichermaßen wie Handlungsprogramme mittlerer Reichweite (für das politische Tagesgeschäft) – zu vermarkten, also zu einer langfristige Bindungen schaffenden ‚Marke‘ zu machen, kommt der Kommunikation und, insbesondere, den Kommunikationsmedien eine ganz besondere Bedeutung zu. Umfassten diese Kommunikationsmedien früher traditionelle Formen wie Printmedien, Parteiveranstaltungen und persönliche Netzwerke (weshalb den Parteimitgliedern als Multiplikatoren eine große Rolle zukam), so können wir uns heute weitgehend auf die modernen Massenmedien wie TV, Zeitungen und Internet konzentrieren. Medien stellen dabei keine ‚neutralen‘ Vermittler zwischen den Parteien und dem Wähler dar, sondern filtern und formen in wesentlichem Maße die Informationen und ideologischen Positionen, die sie nach verschiedenen Gesichtspunkten transportieren:

- Ideologische Grundposition (dies gilt wesentlich für Partei- oder religiös gebundene Medien)
- Ökonomisches Interesse (der Medien als Unternehmen, aber auch der Medien als Inszenierungsagenturen, die Kunden suchen)
- Ideologische Grundposition der Medieneliten⁴¹.

⁴⁰ Unter ‚Mobilität‘ soll hier die ideologische Flexibilität innerhalb einer Parteiprägung verstanden werden.

⁴¹ Der Elitebegriff ist schwer eindeutig zu definieren. In der Eliteforschung sind es jene

In Tabelle 2 sind die verschiedenen Kommunikationsebenen schematisch zusammengestellt (vgl. Sarcinelli/Schatz 2002): Die Medien übernehmen dabei den Prozess des ‚Agenda-Settings‘, d.h. sie kommunizieren Politikagenden (Themen, Inhalte, Wertungen) an die Wähler, und das Policy-Agenda-Setting, d.h. sie informieren die politischen Parteien über die ‚öffentliche Meinung‘. Den Parteien bleibt nur das Agenda-Building, also der Versuch, bestimmte Themen und deren Formung auf die Liste der Themen zu bekommen, denen sich die Medien als Agenda-Setter annehmen, und Interpretationsangebote zu unterbreiten. Im Policy-Agenda-Building-Prozess muss die politische Partei wiederum ihr Ohr an den Wähler halten; hier nun wird der gesamte Prozess reflexiv, denn die Policy-Orientierung der Wähler wird wiederum wesentlich durch das mediale Agenda-Setting bestimmt.

Tabelle 2: Interaktion von Medien, Parteien und Wählern

Wirkungsrichtung	Prozess
Parteien → Medien	Agenda-Building
Medien → Parteien	Policy-Agenda-Setting
Medien → Wähler	Agenda-Setting
Wähler (Lobbies) → Parteien	Policy-Agenda-Building

Die zentrale Rolle der Medien – gelegentlich wird bereits von Mediokratie gesprochen (z.B. Meyer 2001) – wird nun offensichtlich (sie sind in 3 von 4 Prozessen beteiligt), zumal die politischen Parteien faktischen keinen eigenen, ungefilterten Zugang zu den Wählern mehr haben, bzw. der Wähler fast keine Gelegenheit hat, sich Informationen ‚aus erster Hand‘ zu beschaffen. Die zentrale Rolle der Medien zwingt aber auch der (Wirtschafts-)Politik eine Unterordnung auf, die bereits als ‚Kolonisierung‘ beschrieben wird und den Agenda-Setting- wie Agenda-Building-Prozess zu einer Art ‚Politainment‘ (vgl. Dörner 2001) macht. Damit werden besondere Anforderungen an (Wirtschafts-)Politik gestellt, die jenseits jeder ökonomischen Zweckrationalität liegen:

Personenkreise, die in der Lage sind, einen definitiven Einfluss auf politische und ökonomische Entscheidungen zu nehmen; vgl. z.B. Bürklin u.a. 1997, Hartmann 2001.

- Inszenierungspotential der Politikinhalt (Symbole, Neuigkeitswert, etc.)
- Inszenierungsfähigkeit der politischen Eliten (Promotoren)
- Kampagnefähigkeit der politischen Partei als Organisation

Es rücken nun die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blickpunkt, unter denen der medial gesteuerte Agenda-Building- und Agenda-Setting-Prozess abläuft: Gesellschaftlich-hegemoniale Leit- bzw. Weltbilder (Makro-Klima) wie Kollektivismus oder Individualismus, Markt- oder Staatsskepsis, Solidarität oder Wettbewerbsorientierung müssen für den an Wahlzyklen orientierten Politikprozess zunächst als gegeben vorausgesetzt werden. Das Makro-Klima stellt so etwas wie einen Wahrnehmungsfiler, einen ‚Policy-Constraint‘ dar. Daneben existieren dominante ‚Themenrahmungen‘ bzw. Policy-Programme (Mikro-Klima) wie Angebots- oder Nachfragepolitik, Preis- oder Konjunkturstabilisierung, Defizit-spending oder Null-Defizit, an deren Formung die Medien wesentlich beteiligt sind. Zwischen Mikro- und Makro-Klima bestehen zwar klar erkennbare Bezüge innerer Konsistenz, doch keine direkten Abhängigkeiten.⁴²

Insgesamt sind der (wirtschafts-)politische Vermittlungsprozess und die Interaktion zwischen Politik und Ökonomie im Agenda-Modell deutlich komplexer als im Public Choice-Modell.

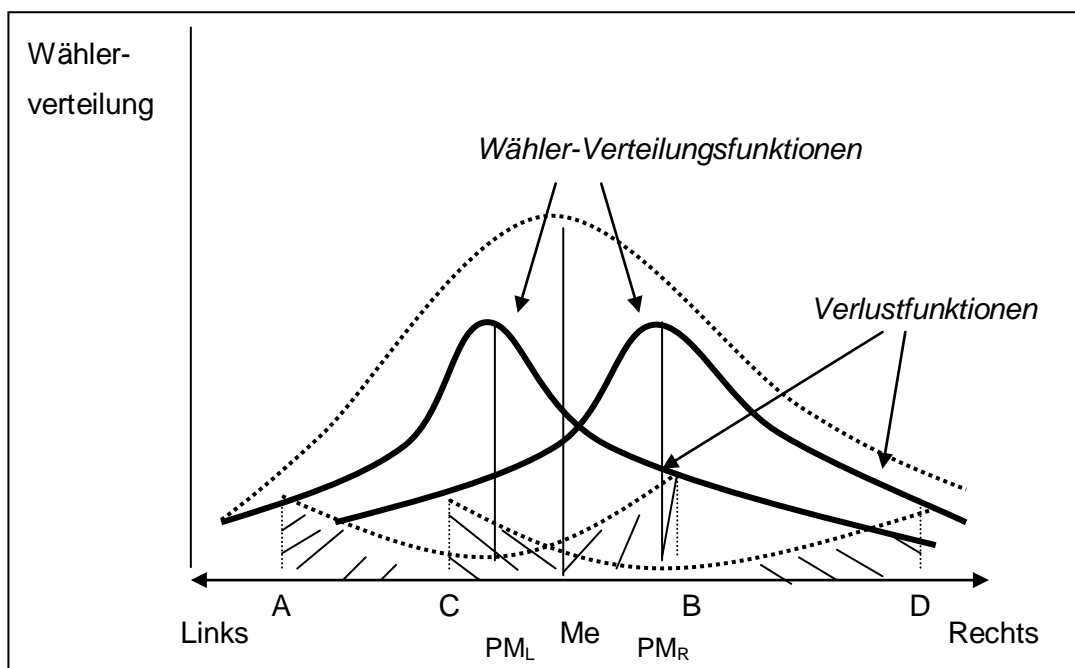
Das Konzept der Verlustfunktion

Sowohl das Public Choice-Modell als auch der Agenda-Ansatz abstrahieren in ihren Grundmodellen von der Möglichkeit der gezielten Nicht-Wahl, der Stimmenthaltung oder, wie es Albert O. Hirschman genannt hat, der Exit-Option des Wählers. In der Public Choice-Theorie ist dies auch noch einigermaßen nachvollziehbar, da unterstellt wird, dass sich der rationale Wähler immer für die ‚am nächsten stehende‘ Partei entscheidet – er nutzt also immer seine Voice-Option. In der Agenda-Theorie aber, die von auf Ideologien gestützte Lager ausgeht, zwischen denen die Wählerwanderung zumindest eingeschränkt ist, muss eine Exit-Option neben der Voice-Funktion entwickelt werden. Ich stütze mich hierbei auf die Arbeit von Siegfried F. Franke (2000: 53ff.) und den dort zitierten Grundlagen.

⁴² Merkel (2001) spricht davon, dass das Makro-Klima das ‚feasible set‘ der Policy-Orientierungen (des Mikro-Klimas also) beschränkt.

Ausgangspunkt soll wiederum eine bi-modale Verteilung im Links-Rechts-Spektrum sein. Neben den Wähler-Verteilungsfunktionen werden jetzt zusätzlich Verlustfunktionen eingeführt (gepunktete Linien in Abb. 4). Die Verlustfunktionen beschreiben die Reichweite einer Partei und das Ausmaß der Abwanderung (in die Nicht-Wählerschaft oder gar in die Wählerschaft einer anderen Partei) bei einer Differenz des individuellen Standpunktes und des Parteistandpunktes (der hier durch den Partei-Median-Wähler bestimmt sein soll). In Abb. 4 deuten die schraffierten Flächen jeweils den potentiellen Wähler-Verlust an, wobei die hier nur sehr kleine Fläche der Überschneidung als eindeutige Nicht-Wähler verstanden werden können, während die ‚Verlust-Wähler‘ der linken Partei zumindest im Rechts-Spektrum durchaus potenziell zu Wähler der rechten Partei werden können (Wechselwähler) und umgekehrt.

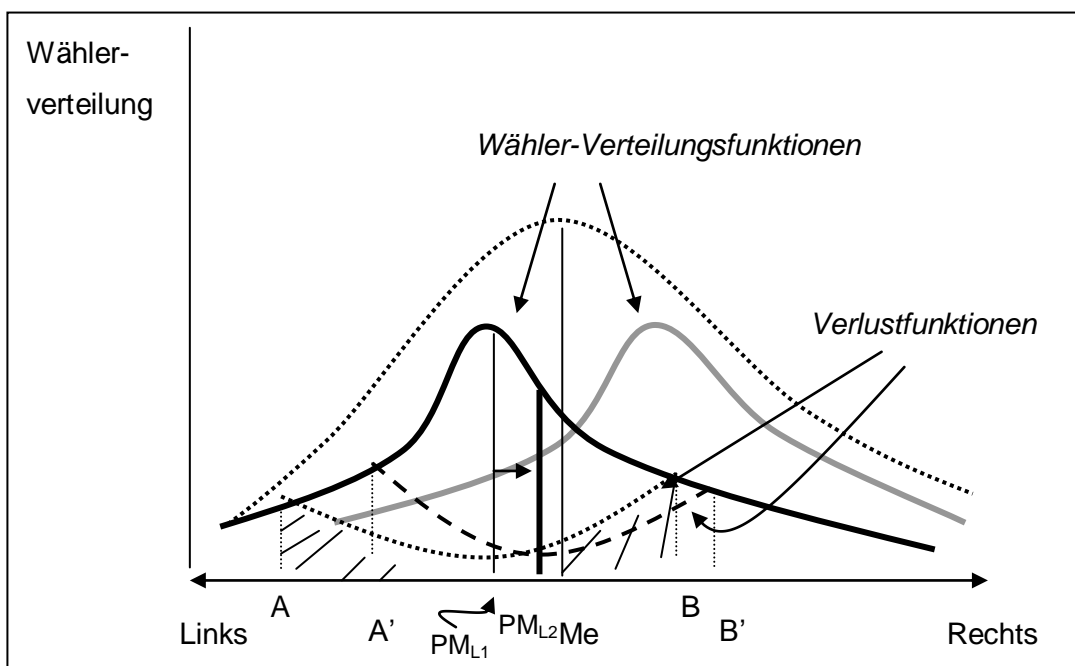
Abbildung 4: Bi-modale Wählerverteilung mit Verlustfunktion



In Abb. 5 sind nun die Auswirkungen einer Verschiebung der Partei-Ideologie von PML_1 zu PML_2 in Richtung auf den Median-Wähler Me dargestellt. Mit der ‚Vermittlung‘ der linken Partei ist eine Veränderung der Verlustfunktion (gestrichelte Linie) und eine Veränderung der Reichweite von AB nach $A'B'$ verbunden – hier sei unterstellt, dass die ideologische Mobilität der Parteimitglieder und Anhängerschaft recht gering ist wie dies für sachorientierte Mitglieder und Anhänger linker Parteien nicht unrealistisch scheint. Es ist nun unmittelbar einsichtig, dass der Wähler-Verlust – der sich überwiegend aus enttäuschten Wählern

zusammensetzt, die in die Nicht-Wählerschaft abwandern – den Wähler-Gewinn in der Mitte - der durch Ausweitung der Wählerschaft im Rechts-Spektrum und einer ‚Erweckung‘ von Nicht-Wählern bestimmt wird – deutlich übersteigt. Auch auf Wechselwähler aus den (hier nicht weiter betrachteten Potential der Rechts-Partei) darf nicht zu sehr gebaut werden, da die Verlust-Funktion der Rechts-Partei in diesem Spektrum (s. Abb. 4) gering ist.

Abbildung 5: Wählerverlust bei Veränderung der Partei-Ideologie



Das Framing-Konzept der Wirtschaftspolitik

In der Agenda-Theorie spielten zwei Begriffe eine besondere Rolle, deren genauere Betrachtung bislang unterblieb: das Makro-Klima und das Mikro-Klima. Als Makro-Klima hatte wir dominante Welt- und Leitbilder definiert, die als ‚political constraint‘ einen kurzfristig gegebenen Wahrnehmungsrahmen beschreiben, als Mikro-Klima wurde die wesentlich medial erzeugte ‚öffentliche Meinung‘, herrschende bzw. hegemoniale Policy-Programme umschrieben, die den Agenda-Setting-Prozess ausmachen. Das Framing-Konzept kann uns nun etwas Einblick gewähren in diesen Teil des wirtschaftspolitischen Marketings zwischen Agenda-Building und Agenda-Setting.

Unter ‚Framing‘ wird die „Vereinfachung komplexer Strukturen und deren Zuspitzung zu Entscheidungsalternativen“ (vgl. Seibel 2002: 225) oder eine „allgemeine(n) Konstruktion von Zuständen, Prozessen und Bewertungen einer gedachten konstruierten Realität“ (Ebert 2001: 251) verstanden. Das ‚Framing‘ ist also ein Kommunikationsprozess, der in einer unübersichtlichen, komplexen Welt (überbordende Informationsangebote bei begrenzter Verarbeitungskapazität) zwischen dem Auftreten von (ökonomischen) Problemen und deren (wirtschaftspolitischer) Bekämpfung die Problemwahrnehmung, die Probleminterpretation (auf der Policy-Ebene), die Instrumenten-Vermittlung und die Inszenierung stellt. Gewöhnlich werden nun verschiedene Frametypen als verschiedene, aufeinander aufbauende Vorstrukturierungen der konstruierten Realität differenziert:

Frametype I: Dies meint (wirtschafts-)politische Konzeptionen als Grundlinien der Realitätsinterpretation, wie sie sich aus dem Regierungshandeln direkt ergeben bzw. in deren Rahmen wir Regierungshandeln wahrnehmen.

Frametype II: Die handelnden Akteure – politische Parteien, deren Repräsentanten oder auch Verbände (Lobbies) – versuchen Interpretationssicherheit durch ideologische Differenzierungen, Wertprägungen etc. zu erreichen. Indem sie Konnotationen schaffen, leisten sie sich ein ‚Markenimage‘, dass in dem ‚Vertrauensmarkt‘ Politik Bindungen schafft.

Frametype III: Hierbei handelt es sich um die großen, gesellschaftlichen Grundwertvorstellungen, über die – zumindest im kurz- bis mittelfristig orientierten Politikprozess – nur selten explizit gesprochen wird, sondern über die es unausgesprochene Vorverständigungen gibt.

Der metakulturelle Frametype III entspricht weitgehend dem Makro-Klima, der Frametype II bestimmt die ideologische Verortung (und Vermarktung) der politischen Parteien – auch dieser Frametype zeigt ebenfalls großes Beharrungsvermögen, da eine ideologisch schwankende Partei wenig Interpretationssicherheit bieten kann und deshalb kaum Vertrauen gewinnen können. Allerdings können sich die Frametypen II mittel- bis langfristig durchaus verändern, wenn beispielsweise der Frametype III eine Wandlung der gesellschaftlichen Werte und Orientierungen festhält. Der Frametype I schließlich bestimmt den Wahrnehmungsrahmen, in dem (Wirtschafts-)Politik stattfindet bzw. nur

handlungsmächtig werden kann. Er beschreibt so etwas wie die Bildung eines ‚Common sense‘ als Interpretationsschema und Handlungsrationale. In Erweiterung des Agenda-Building-Prozesses kommt es also nicht nur darauf an, wirtschaftspolitische Probleme zu identifizieren und zu adressieren – also auf die politische Agenda (‚worüber man spricht‘ und wofür Lösungen erwartet werden) zu bringen -, sondern auch die Problemwahrnehmung zu formen (bzw. rahmen = framing) und damit Lösungsansätze und Frametypen II zu präjudizieren.

Der Erfolg eines weitgehend einheitlich neoliberalen Framing-Prozesses (Type I), der durch die Probleme eines alternativen (keynesianischen) Framings in der Stagflationsphase Ende der siebziger Jahre, die zunehmende Dominanz des neoklassisch-monetaristischen Paradigmas in der Wissenschaft und der Politikberatung (z.B. durch den Sachverständigenrat) und die immer einheitlichere Übernahme dieser Realitätsinterpretation durch die Massenmedien erklärt werden kann, zeigt sich schließlich auch darin, dass eine Reihe von neoliberalen Mythen – z.B. die Handlungsunfähigkeit nationale Makropolitik in Globalisierungszeiten, das Null-Defizit als finanzpolitische Leitregel, uvm. – quasi-religiöse Zustimmung bis weit hinein in sozialdemokratische Führungsgremien erhält (vgl. z.B. Meng 2002: 98ff.).⁴³

Kritische Bewertung

Die Agenda-Theorie der politischen Ökonomie durchtrennt weitgehend das Band zwischen zweckrationaler Policy-Orientierung und interessen- bzw. gesellschaftsgebundener Realität der (Wirtschafts-)Politik. Allerdings ist es nicht die Kommunikations- und Steuerungsunfähigkeit autopoietischer Subsysteme wie in der Luhmann'schen Systemtheorie, sondern die Kommunikations- und Inszenierungsmacht (Symbolpolitik; vgl. Edelman 1976) der Massenmedien, die diese Einsicht erzwingt. Deshalb wird hier auch nicht die grundsätzliche Steuerungsfähigkeit oder Steuerungsnotwendigkeit bestritten, sondern die Steuerungswilligkeit des (wirtschafts-)politischen Akteurs im Sinne einer zweckrationalen Orientierung (‚Gemeinwohl‘).

⁴³ „So trägt eine - ... - völlig funktional verstandene Religion, hier v.a. als ‚Sinnggebung durch Mythologisierung‘, wesentlich zur Stabilisierung jeder (...) Ordnung bei. Die religiöse Verbrämung – gleich welcher Art – verleiht der Faktizität der Herrschaft die Würde des Normativen“ (Hitzler 2002:

Das wesentliche Problem des Agenda-Ansatzes der Politischen Ökonomie liegt darin, dass es keine präskriptive Theorie zu liefern vermag, die klare Wahl(ausgangs-)prognosen oder Policy-Prognosen machen könnte. Es gelingt ihm deshalb allenfalls tentative Aussagen und wahltaktische Perspektiven zu liefern.⁴⁴ Damit ist er aber dennoch durchaus in der Lage, interessante Einsichten darüber zu liefern, inwieweit (wirtschafts-)politische Handlungsprogramme tatsächlich politik- bzw. wirkungsmächtig werden: Dies hängt wesentlich davon ab,

- ob und wie sich ein Politikprogramm (Policy-Ebene) dem Infotainment-Anforderungen der Medien unterwirft
- was den Interessen der Medien als Wirtschafts- bzw. Tendenzbetriebe dient. Je größer die wirtschaftliche Orientierung von Medien-Unternehmen (statt einer ideologischen Orientierung von Parteimedien oder religiösen Medien), desto stärker ist der unternehmensfreundliche Bias des Agenda-Setting-Prozesses (,systematisches Glück der Kapitalisten'; vgl. Dowding 1996: 71ff.)
- wie groß die Homogenität der meinungsmachenden Eliten in den Medien, Parteien, Verbänden ist. Je heterogener die soziale Herkunft und das soziokulturelle Umfeld, desto dissonanter das Mikro-Klima und ideologisch diffuser das gesellschaftliche Makro-Klima.

Die Sozialdemokratie zwischen Median-Wähler-Orientierung und Ideologisierung – einige strategische Ableitungen ...

(Wirtschafts-)Politik kann nicht als zweckrationale Durchsetzung von Notwendigkeiten unter sich dauernd verändernden Rahmenbedingungen verstanden werden. Dieser Einsicht dürften auch Polit-Profis wie Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement folgen. Ihr ständiger Bezug auf angebliche Notwendigkeiten darf deshalb nicht als Ausdruck fester Überzeugung an die sachorientierte Funktionalität von Regierungshandeln interpretiert werden, sondern ist Teil einer Kommunikations- und Marketing-Strategie: Hier wird der pragmatische Macher, der Modernisierer der ‚Deutschland AG‘ inszeniert und gleichzeitig innerparteiliche Zustimmung zu so genannten ‚hard choices‘ – politische Maßnahmen, die manchen (ehemaligen?)

42).

⁴⁴ Das allerdings entspricht den üblichen Anforderungen, die an Analysen des Wählerverhaltens bestensfalls gestellt werden können und z.B. in der Standardreferenz zur Sozialdemokratie (Kitschelt 1994) auch nur erfüllt werden kann.

Stamm-Wähler kurzfristig eher schädigen, denn besser stellen (vgl. Tab. 1) – eingefordert. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil sich hinter der Modernisierungs- und Reformpolitik der ‚neuen Mitte‘ nicht nur ein Wandel des wirtschafts- und sozialpolitischen Instrumentariums, sondern eine Neuinterpretation sozialdemokratischer Werte und Visionen verbirgt (vgl. Seeleib-Kaiser 2002).⁴⁵

Gerhard Schröder versucht die SPD auf einen Kurs zu führen, der deren langfristige Regierungsfähigkeit bewahren soll. Entsprechend seiner eigenen Lebenserfahrungen – und man sollte derart individuelle Momente bei der Formulierung von Regierungs- und Parteihandeln nicht gering schätzen (vgl. Meng 2002: 47ff.) – setzt er dabei auf stärker individualistische und meritokratische Elemente als es bislang in der Sozialdemokratie gewünscht war.⁴⁶ Er sieht darin den ‚feasible set‘ sozialdemokratischer Politik (Frametype II) in neoliberalen und globalisierten Zeiten (unter den Bedingungen hegemonialer neoliberaler Frametypen I und III) – also angesichts objektiver und subjektiver Veränderungen der Rahmenbedingungen und politischen Restriktionen (vgl. Merkel 2001). Schröder und die Politik bestimmenden Pragmatiker können sich nicht vorstellen, sich außerhalb des von fast allen gesellschaftlichen Eliten bestimmten Diskurses zu stellen (Frametype I) oder gar daran mitzuwirken, dass der gesellschaftliche Diskurs offen und plural verbleibt. Ist die Hinnahme der neoliberalen Hegemonie also der notwendige Weg der Sozialdemokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts⁴⁷? Muss die Partei die ‚hard choices‘, die Sachzwanglogik des Weltmarktes so akzeptieren wie die Godesberger Sozialdemokratie die endgültige Lossagung von ihren marxistischen Wurzeln als langfristiges Erfolgssignal benötigte – ohne dass es darüber zur endgültigen Spaltung der Partei gekommen wäre?

⁴⁵ Selbst die berühmte Revisionismus-Debatte des frühen 20. Jahrhunderts und die Diskussion um das Godesberger Programm waren wesentlich Diskussionen um Instrumente (Eigentum, Markt und staatliche Intervention), nicht aber Ziele der sozialdemokratischen Politik. Nach Peter Halls (1993) Kategorisierung handelte es sich also bislang um Veränderungen erster (Instrumenten-Setting) oder zweiter Ordnung (Instrumente), erst die ‚Politik der neuen Mitte‘ kann als Veränderung dritter Ordnung (Ziele) verstanden werden.

⁴⁶ Franz Walter (2003: 52) beschreibt diese Prägung folgendermaßen: „Eine Gruppe, die aus der unterlegenen Position zunächst sehr emanzipatorisch agiert, die sehr dezidiert und voller Energien in der Vertretung eigener Ziele auftritt, erreicht schließlich diese Ziele, steigt auf, verlässt die Subalternität, bildet fortan ein neues Establishment. Im Moment des eigenen Erfolges - ... - wird sie konservativ, verteidigt ihren neuen Status. Sie koppelt sich nicht nur mental und kulturell ab, sondern wird auch sozial aggressiv besitzstandswahrend – gegen diejenigen, die es nicht geschafft haben. Aggressiv distanzieren sich die neuen Aufsteiger von denen, die nicht mitgekommen sind. Und sie wollen die Abgehängten auch nicht alimentieren, weil man nichts dabei gewinnen kann.“

⁴⁷ So kann z.B. Kitschelt (1994: 297ff.) interpretiert werden.

Aus Sicht der Agenda-Theorie ist dieser Wandel der sozialdemokratischen Parteiideologie – der in der Annäherung an die Präferenzen des Median-Wählers auch als Ent-Ideologisierung verstanden werden darf – und des Handlungsprogramms mittlerer Reichweite (Agenda 2010) dann konsequent, wenn sich im Zuge der ‚Verbürgerlichung‘ der bundesdeutschen Gesellschaft tatsächlich ein neuer Partei-Median-Wählertyp herausgebildet hat, der sich in seinen Interessen (Präferenzen) deutlich vom einstigen Partei-Median-Wähler (der ‚kleine Mann‘, den die Volkspartei der 70er und 80er Jahre adressierte) unterscheidet (vgl. Dürr/Walter 2001) und sich dem (ideologisch ungebundenen) Median-Wähler annähert. Hiervon scheint die Schröder-SPD tatsächlich fest überzeugt, wenn sie in Strategiepapieren davon spricht, dass die Konzentration auf eben diesen ‚kleinen Mann‘ künftig keine Mehrheiten mehr beschaffen kann.⁴⁸ Die in Tab. 1 dargelegten Bestandteile der Wirtschafts- und Sozialpolitik der ‚Neuen Mitte‘ richten sich deshalb konsequent an den materiellen Interessen dieser neuen Klientel aus. Der gleichwohl zu verzeichnende Zustimmungsverlust lässt sich vor diesem Hintergrund damit erklären, dass bei Verlust der Parteiendifferentials als Folge der Konvergenz der Parteiideologien die handwerkliche Güte des Politikgeschäfts und – in einem Markt wie dem Politikmarkt besonders wichtig – das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der handelnden Akteure zunehmend wichtige Merkmale zur Differenzierung des eigentlich Ununterscheidbaren werden. Die lange Liste der handwerklichen Unzulänglichkeiten (‚die können es einfach nicht‘) und der Bruch von Wahlversprechen (z.B. wird das Versprechen, Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht zusammenzuführen im Rahmen der Agenda 2010 explizit gebrochen) führen dann zum (vielleicht nur kurzzeitigen) Entzug des Vertrauens.

Andererseits aber legen die Überlegungen des Agenda-Modells für die Sozialdemokratie nahe, dass die SPD ihrer programmatischen Diskussion wieder ein stärkeres Gewicht zukommen lassen sollte als von manchem führenden Pragmatiker behauptet wird: Gerade die SPD war immer eine sach- und wertorientierte Partei, die sich nicht nur als Machtbasis verstanden hat (vgl. Walter 2002: 259 und Kitschelt 1994: 164ff.). In diesem Falle aber sind

⁴⁸ „Im Wahlkampf von 1998 waren auch die sozialen Gruppen neu entdeckt worden, die diese Modernisierung tragen sollten: die Berufsgruppen der ‚neuen Mitte‘. Das SPD-Wahlprogramm nannte sie: ‚hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vorausschauende und engagierte Manager und Unternehmer, innovative und flexible Mittelständler, Handwerker und Freiberufler, mutige Existenzgründer, hervorragend ausgebildete InformatikerInnen, ÄrztInnen und IngenieurInnen, erfindungsreiche Techniker und Wissenschaftler“ (Vester 2000: 17f.).

klare gesellschaftspolitische Visionen wesentlicher Teil einer ‚Marke‘: Mit ‚Solidarität‘, ‚Chancengleichheit‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ verfügt die Sozialdemokratie seit über einem Jahrhundert über weithin bekannte und akzeptierte Werte, die auch in der heutigen Politiklandschaft als wesentliche Alleinstellungsmerkmale begriffen werden können. Allerdings muss zugegeben werden, dass die Interpretation dieser Werte im Zeitverlauf Änderungen unterworfen sein kann und die Profilierung der Partei wesentlich davon abhängen wird, in wie weit es gelingt, diese Interpretationen sicht- und nachvollziehbar und handlungsmächtig zu machen. Die Sozialdemokratie des Godesberger Programms warf klassenkämpferischen Ballast über Bord, in dem sie die obigen Werte durchaus innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft zu verwirklichen trachtete und statt der als zunehmend weltfremd empfundenen Systemfrage die Instrumentenfrage stellte: Mit ‚Sozialpolitik‘, ‚Vollbeschäftigung‘ und ‚Mitbestimmung‘ konnten die Werte konkretisiert und mit dem ‚institutionalisierten Keynesianismus‘ schließlich auch ein wirtschafts- und sozialpolitischer Instrumentenkasten angeboten werden – ein ‚Geschenk des Himmels‘ wie es Adam Przeworski (1985) einmal nannte.⁴⁹ Die Neuinterpretation dieser Werte durch die ‚Neue-Mitte-SPD im Sinne einer Verschiebung von der aktiven, ausgleichenden zur aktivierenden, soziale Differenzierungen verstärkenden Sozialpolitik, von der Vollbeschäftigung (employment) zur reinen Marktteilnahmechance (employability) und von der partizipativen Mitbestimmung zum ausschließlich standortgetriebenen Human-Resource-Management-Konzept hat bislang offenbar wenig Faszination verbreitet, wird mehrheitlich (noch) nicht als sinn- und identitätsstiftendes Projekt verstanden und konnte auch in der begrifflichen Ausgestaltung als ‚Zivilgesellschaft‘ bislang keine visionäre Kraft entfalten. Die Übergabe des Amtes des Parteivorsitzenden von Gerhard Schröder an Franz Müntefering kann deshalb als Versuch interpretiert werden, die Reform ‚dritter Ordnung‘ (Neuinterpretation der Werte) als notwendige Anpassung der Instrumente (Agenda 2010) an die weiterhin gültigen Werte (Reform ‚zweiter Ordnung‘) auszugeben, um so den Partei-Median-Wähler mit dem Median-Wähler zu versöhnen (also die ideologische Mobilität des Partei-Median-Wählers – nachgerade unterschwellig – zu erhöhen). Zumindest kurzfristig scheint das Kalkül noch nicht aufgegangen zu sein, doch kann jetzt noch nicht über die Erfolgchancen dieser Strategie geurteilt werden.

⁴⁹ In den Begrifflichkeiten der Agenda-Theorie bot die ‚traditionelle‘ sozialdemokratische Wirtschaftspolitik des Godesberger Programms den passenden Frametype II, der mit dem hegemonialen Leitbild solidarischen Kollektivismus der 60er und 70er Jahre (Frametype III) und der dominanten Realitätsinterpretation standardkeynesianischer Provenienz (Frametype I) bestens

... und eine alternative Interpretation

Gegen eine solche Interpretation sprechen allerdings einerseits die Wählerwanderungsanalysen der zurückliegenden, für die SPD sehr verlustreichen Wahlen: Statt massenhaften Überlaufes in das konservative politische Lager in der politischen Mitte wird vielmehr die Wahlenthaltung vieler traditioneller Stammwähler konstatiert.⁵⁰ Andererseits wird auch die Grundannahme des Wandels der Position des Partei-Median-Wählers heftig bestritten (vgl. Vester 1999). Und schließlich ist auch der Rücktritt von Gerhard Schröder als Parteivorsitzender kaum nachvollziehbar, wenn die ‚Politik der Neuen Mitte‘ tatsächlich das Abbild der Präferenzänderungen des Partei-Median-Wählers wäre.⁵¹ Es kann vielmehr gemutmaßt werden, dass es die in Abb. 4 angedeuteten Prozesse der Wähler-Wanderung – insbesondere zwischen der Stammwählerschaft und dem Nicht-Wähler-Lager – sind, die in Deutschland seit der Bundestagswahl des Jahres 2002 beobachtet werden. Auch die zahlreichen Parteiaustritte können als Ausdruck der Verschiebung der ‚Reichweite‘ der Partei und als protesthafte Nutzung der Exit-Option angesichts einer Verschiebung der Parteiideologie weg von den Präferenzen des Partei-Medians gedeutet werden.

Es wäre dann nicht allein der Versuch Schröders, die SPD wie ein Politikunternehmen von der Spitze her zu managen, der in weiten Teilen der Mitglied- und potentiellen Wählerschaft sauer aufstöße, es wäre auch der grundlegende Kurs – die ‚Agenda 2010‘ -, der zumindest nach den Überlegungen des Agenda-Modells Probleme aufwürfe: Mit der expliziten Preisgabe einer (eigenständigen) ideologischen Positionierung⁵² verzichtet das Politikmanagement auf ein notwendiges Alleinstellungsmerkmal, ohne das es schwer werden wird, eine ‚Marke‘ mit dauerhafter Bindungskraft zu positionieren. Dieses Manko ist besonders fatal, wenn die ‚Politikkonzeption mittlerer Reichweite‘ ganz wesentlich auf

harmonierte.

⁵⁰ In der Bundestagswahl 2002 sind auch enttäuschte ‚Mitte‘-Wähler zur CDU/CSU gewechselt (vgl. Franke 2001: 80). Der gegenwärtige, weit über die Verluste der Bundestagswahl 2002 (gegenüber der Bundestagswahl 1998) hinausgehende Popularitätsverlust ist aber wesentlich auf enttäuschte Nicht-Wähler zurückzuführen. In der bayerischen Landtagswahl hat die ohnehin schwache SPD z.B. ‚nur‘ etwa 190.000 Wähler an die CSU verloren, aber fast 340.000 an die Nicht-Wähler.

⁵¹ Dann hätte die Kommunikationsstrategie geändert, nicht aber das Personal gewechselt werden müssen.

⁵² Tatsächlich impliziert das ‚Ende der Ideologien‘ ja nur das Ende **konkurrierender** Ideologien.

Reformen als Selbstzweck, als Symbol der Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit abstellt. Gerade wenn die gesellschaftlichen Reformen im Sinne von ‚hard choices‘ Besitzstände angreifen und damit verteilungspolitische Wirkungen haben, ist es für eine sozialdemokratische Regierung überlebensnotwendig, dass ihr die Wahrung der sozialen Balance zugetraut wird – zumindest deutet gegenwärtig sehr viel darauf hin, dass der sozialdemokratische Partei-Medianwähler weiterhin diese Forderung erhebt (ideologische Immobilität; vgl. Tab. 1). Diese Wendung zum ‚Neue-Mitte-Wähler‘ wird (bislang) vom Partei-Medianwähler nicht nachvollzogen und mit Abwanderung ins Nichtwählerlager bestraft (vgl. Abb. 5). Ein Parteivorsitzender (Franz Müntefering) als neue Integrationsfigur wird dann gleichermaßen Probleme bekommen, wenn der Partei-Median-Wähler mutmaßt, dass er nur eine ‚Strohfigur‘ der ‚neuen Mitte‘ sei oder der umworbene Median-Wähler eine Abkehr von seinen Präferenzen befürchtet (z.B. durch ein symbolpolitisches Instrument wie die Ausbildungsplatzabgabe).

Das klare Bekenntnis zu einer ideologischen Alternative im Parteienspektrum ist im Agenda-Modell aber auch nur dann Erfolg versprechend, wenn diese Positionierung erfolgen kann, ohne die Reichweite der Partei am rechten Rand (die Mitte im ideologischen Spektrum; vgl. Abb. 3) zu sehr zu schwächen. Diese Gefahr aber besteht natürlich in einem ‚hostilen‘ Framing-Umfeld.⁵³ Wählt man also die Inszenierungsbedürfnisse der Medien zum Ausgangspunkt und lässt andererseits die allgemein neoliberale Themenrahmung (Frametype I) und das individualistisch-meritokratische Makro-Klima (Frametype III) unbestritten, dann muss sich die Sozialdemokratie wohl zumindest auf einen Modernisierungsdiskurs (Reform zweiter Ordnung) einlassen und darf nicht einfach zur Instrumentierung (d.h. bloßen Verteidigung) des ‚keynesianischen Wohlfahrtsstaates‘ alter Prägung zurückkehren. Dies beinhaltet gleichermaßen die Orientierung an einer distinkt distributiven Zielsetzung wie die Zuwendung zu neuen Instrumenten der makroökonomischen Intervention und sozialpolitischer Reformen und deren symbolträchtige Medieninszenierung. Neben einer inhaltlichen Füllung meint dies auch die Bereitschaft zur eigenständigen Formung von Themen – dies wird landläufig als ‚political leadership‘ bezeichnet und erfordert die Authentizität, die die Schröder-SPD im Rahmen des Irak-Konfliktes (letztlich Wahl entscheidend) einbringen konnte.

⁵³ Diese Erfahrung musste die SPD in der ersten Phase nach der Regierungsübernahme 1998 unter

Ein kurzes Fazit

Auf der Grundlage eines Agenda-Modells der politischen Ökonomie wurde der Versuch unternommen, den ideologischen Wandel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter Gerhard Schröder in Richtung einer ‚Neuen-Mitte-Positionierung‘ und die konkrete Ausgestaltung ihres Handlungsprogrammes mittlerer Reichweite (die Agenda 2010) unter den Bedingungen beschränkt rationaler Wähler in einer Medien-Demokratie und den parallele Zustimmungsverlust der SPD zu erklären.

Es zeigte sich, dass die Entwicklung konsequent ist, also mehrheitsfähige Politik nur noch innerhalb der von den Medien vorgegebenen (und zunehmend einheitlichen) Themenrahmungen möglich ist, wenn sie nicht nur den Standpunkt des Median-Wählers, sondern auch des Partei-Median-Wählers nachhaltig beeinflusst. Unter diesen Bedingungen ist der Wahlerfolg wesentlich von der Inszenierungskraft einer Partei abhängig und der Zustimmungsverlust auf massive innerparteiliche Kommunikationsprobleme und handwerkliche Schwächen zurückzuführen.

Allerdings wiesen empirische Überlegungen zu Wählerwanderungen und Parteiaustritten darauf hin, dass auch eine andere Interpretation möglich ist: Wenn die ideologische Mobilität des Partei-Median-Wählers – trotz medialer Indoktrination – beschränkt bleibt, kann die Aufgabe einer klaren ideologischen Verortung als Verzicht auf eine gesellschaftliche Kompass- und Signalfunktion verstanden werden, die mit dem Verlust der Markenbindung bestraft wird.

dem damaligen Parteivorsitzenden und Finanzminister Lafontaine machen.

C. Winter 2005

5. Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Das Wahl-Debakel vom 18. September 2005

Allenthalben wird davon gesprochen, dass die Bundestagswahl vom 18. September 2005 eine schwierige Situation geschaffen habe: Sie hat weder Gerhard Schröders Begehren unterstützt, seine Reformpolitik weiterzuführen – oder klarer: Die Mehrheit der Deutschen will keine Schrödersche ‚Weiterreform‘, was dieser in einem Anflug von sonnenkönighafter Selbstüberschätzung zunächst nicht wahrhaben wollte, schließlich aber auch begriff. Gerhard Schröder hat – trotz optimaler Rahmenbedingungen (als Amtsinhaber hatte er das Heft des Handelns in der Hand, mit Angela Merkel trat nicht nur eine Kanzlerkandidatin gegen ihn an, die seinem Inszenierungsgeschick hoffungslos unterlegen war, sondern auch eine Kandidatin, die im eigenen Parteilager torpediert wurde und endlos wahltaktische Fehler beging) das viertschlechteste Nachkriegswahlergebnis für die SPD zu verantworten und hatte dennoch die Chuzpe, sich als heimlicher Wahlsieger aufzuführen und, einmal mehr, diese Konnotation des Wahlergebnisses auch den Parteigremien aufzuzwingen. Andererseits hat das Wahlergebnis auch der Opposition aus CDU und FDP, die in klar formulierter Einmütigkeit einen Politikwechsel herbeiführen wollten, für dessen Radikalität der Juraprofessor Paul Kirchhof die Symbolik lieferte, klar vermittelt, dass sie weiterhin in der Opposition verbleiben solle. Hieraus wird nun medial flugs eine Stimmung der Unentschiedenheit, der Unklarheit oder der Unübersichtlichkeit gemacht.

Damit aber wird (aus Gründen, über die noch zu spekulieren sein wird) letztlich ein klares

Wahlergebnis vernebelt: Gegenüber dem Bundestags-Wahlergebnis von 2002 hat die Opposition etwa 400.000 Stimmen verloren⁵⁴, lediglich zwischen CDU/CSU und FDP gab es größere Wählerwanderungen, deren Ursache aber an dieser Stelle uninteressant sind. In jedem Fall lässt sich hieraus sicher kein Anspruch auf Regierungsarbeit ableiten. Die Parteien links von CDU/CSU und FDP haben gegenüber 2002 zwar ebenfalls 700.000 Stimmen verloren, ihre Anteilsmehrheit mit 51,1% im Bundestag aber exakt gehalten – daraus darf sehr wohl ein Regierungsanspruch abgeleitet werden und es erscheint unklar, worin die Unübersichtlichkeit oder Unklarheit bestehen soll. Wer dann die klare Wählerwanderung innerhalb des ‚Mitte-Links-Wählerlagers‘ am Wahltag und die Ergebnisse der Landtagswahlen zwischen August 2002 und September 2005 berücksichtigt, wird aber nicht umhinkommen, einen eindeutigen Linksrutsch – insbesondere im sozialdemokratischen Wählerpotential – zu konstatieren⁵⁵.

Versucht man sich also der Sache vorbehaltlos zu nähern – und nichts anderes sollte eine objektive Analyse tun –, dann gab der Wähler mehrheitlich den Parteien den Auftrag, eine Politik zu verfolgen, die als ‚Sozialdemokratisierung‘ verstanden werden kann: positive und pro-aktive Akzeptanz staatlicher Interventionsnotwendigkeit in fehlerhafte Marktprozesse, Verantwortungsübernahme für solidarische Sozialsicherung und ein klares Plädoyer für soziale Gerechtigkeit als Politikfokus. Es sind dies die ‚klassischen‘ Themen- und Ideologievorräte der Sozialdemokratie, die ihr in den Schröder-Jahren zunehmend abhanden gekommen sind – im täglichen Politik- und Regierungsgeschäft ebenso wie in der Rhetorik.

Die Wahlentwicklungen der letzten Jahre zeigen aber noch mehr: Wir leben keineswegs in einer Zeit ‚jenseits der Ideologien‘, keineswegs in einer Gesellschaft voller Wähler, die ihre Wahlentscheidung ausschließlich oder auch nur überwiegend am materiellen Eigeninteresse ausrichten und die klassische Parteibindung weitgehend verloren haben, wie dies gerade auch von sozialdemokratischen Politikberatern gerne behauptet wird.⁵⁶ Vielmehr zeigt sich weiterhin eine klare Trennung in separate Wählerlager mit sehr begrenztem

⁵⁴ Diese und die folgenden Zahlen sind entnommen: SPIEGEL (2005).

⁵⁵ Insbesondere die zunehmende Aggressivität der medienöffentlichen Angriffe von Vertretern des rechten ‚Seeheimer Kreises‘ in der SPD zeigen einerseits den Grad der Entfremdung, der in der Schröder-SPD entstanden ist, und ist andererseits der offensichtliche Versuch der Rechten in der SPD, dem drohenden Bedeutungsverlust durch Sicherung der Meinungs- und Deutungshoheit zu begegnen.

⁵⁶ Vgl. Giddens (1997) und Kitschelt (1994).

Wähleraustausch (Rechts-Links-Spektrum) und die Ausprägung von Politikpräferenzen, die durchaus vom eigenen Portemonnaie getrennt werden können. Gesellschaftliche Visionen (Ideologien) sind hierbei notwendige Alleinstellungsmerkmale in einem politischen Markt, der von großer Unsicherheit (Informations(verarbeitungs-)mängel und offene Präferenzstrukturen der Wähler) geprägt ist. Daraus folgt aber gerade nicht, einen imaginären ‚Mitte-Wähler‘ mit seinen vermeintlichen Präferenzen (durch Marktforscher aus seiner sozioökonomischen Situation herauskristallisiert) ins Zielfadenkreuz der eigenen Politik zu nehmen, sondern innerhalb des eigenen Wählerlagers durch überzeugende, vertrauenswürdige Visionen und Handlungskonzepte anhaltende Parteibindungen zu erstreben und gleichzeitig die Reichweite (Größe des Wählerlagers) zu erhöhen.⁵⁷ Dies erfordert sicherlich große Inszenierungs- und Organisationskraft einer Partei, vor allem aber überzeugende Positionen, die nicht als ‚alternativlos‘ geradezu aufgezwungen erscheinen dürfen.

Und hier schließlich bietet das Wahlergebnis vom 18. September weitere interessante Erkenntnisse: Erstens wird deutlich, dass Wähler auch in einem medialen Umfeld, das der neoliberalen Dominanz Rechnung trägt (bzw. diese maßgeblich befördert), in der Lage sind, sich eigenständige Vorstellungen zu entwickeln und diese in einem von wenigen Politikanbietern (Parteien) beherrschten Markt so auszudrücken vermögen, dass Nuancen jenseits der reinen Zustimmung-Ablehnungs-Dialektik sichtbar werden – dies zeigen die Wählerwanderungen innerhalb eines Wählerlagers (und, nicht zu vergessen, die Nicht-Wähler), die grundsätzliche Loyalität beinhalten, gleichwohl aber auch Korrekturen einzufordern vermögen. Solche Formen des ‚Voice-Mechanismus‘ als ‚Protestverhalten‘ zu interpretieren wird der Sache nur dann gerecht, wenn die Parteien – und hier vor allem die Schröder-SPD – durch Kommunikations- und Diskussionsverlust innerhalb der Partei (und der Wählerschaft) ihre Integrationsfähigkeit verloren haben.⁵⁸

Agenda 2010: des Übels Ursprung

Im August 2002 gewann die rot-grüne Regierungskoalition mit 47,1 % der Stimmen

⁵⁷ Diese Ideen sind in verschiedenen Aufsätzen vertieft und empirisch überprüft worden: Heise (2004), Heise (2005a); Heise (2005b).

⁵⁸ Dies mag es sein, was Franz Walter meint, wenn er das Ende der Volkspartei SPD nahen sieht; vgl. Walter (2005).

(gegenüber 47,6% im Jahre 1998) die Bundestagswahlen. Die SPD bekam mit 38,5 % zwar weniger Stimmen als 1998 (40,9%), dafür aber zeigten sich die Grünen erstarkt und sicherten den Wahlerfolg. In einer Bewertung der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün verwies ich (Heise 2002) darauf, dass die Schröder'sche ‚linke Angebotspolitik‘ – bestehend aus der weitgehenden Akzeptanz neoliberal inszenierter Herausforderungen (Globalisierung erzwingt standortpolitische Politikprogramme, Arbeitslosigkeit erzwingt eine arbeitsmarktpolitische Mikrologik) kombiniert mit einem korporatistischen Politikprozess (‚Bündnis für Arbeit‘) – weder hinreichende visionäre (bzw. ideologische) Überzeugungskraft entwickelt hat, noch ‚wahrheitskontrollierte Erfolge‘ (vgl. Habermas 1973: 24) beibringen konnte: Schröder wollte ja eigentlich nur wiedergewählt werden, wenn seine Regierungsarbeit die von Helmut Kohl übernommene Arbeitslosigkeit deutlich reduziert hätte – was nachweislich misslungen war. Ich sah Schröders pragmatische ‚Kunst des Machbaren‘ in Zeiten neoliberaler Hegemonie schon damals in dem Sinne als gescheitert an, dass ich die Wiederwahlchancen von Rot-Grün als gering erachtete. Ich hatte die Rechnung ohne den Wettergott und Schröders phänomenales Wahlkampftalent gemacht – und doch konnte das Wahlergebnis meine grundlegende Kritik am Schröderschen Kurs der Sozialdemokratie nicht widerlegen. Ich schloss mit einer Bemerkung Schröders von einem SPD-Kongress Anfang 2002, worin ich Verständnis und Umdenken vermutete: „Wir haben gelernt, dass man auch gegen gesellschaftliche Widerstände etwas schaffen kann“ (Schröder 2002). Sollte sich Schröders politischer Instinkt gegen seine frühere Überzeugung, nur mit der (und nicht gegen die) weitgehend neoliberal berichtende Medienlandschaft Politik betreiben zu können, durchsetzen und ein Kurswechsel im Sinne einer ‚Re-Sozialdemokratisierung‘ bevorstehen?

Tatsächlich aber verfuhr Schröder, wie er immer verfahren war: Ohne hinreichende innerparteiliche Diskussion – was ihn den Parteivorsitz kostete – setzte er unter starkem medialen Druck im Frühjahr 2003 eine Politikkonzeption durch – die Agenda 2010 -, deren Orientierung und Vision nur als Bruch mit bislang gültigen Interpretationen sozialdemokratischer Werte verstanden werden konnte: War das Godesberger Programm von 1959 der Versuch einer ‚Politik innerhalb von Märkten‘ (Policies within Markets) gegenüber der bis dahin gültigen, marxistischen Programmatik der ‚Politik gegen die Märkte‘ (Policies against Markets), so erleben wir unter der Hand eine ‚Veränderung dritter Ordnung‘ (d.h. der Politikziele; vgl. Hall [1993]): ‚Politik zur Förderung von Märkten‘ (Policies favouring Markets). Am besten lässt sich dieser Ideologiewechsel in der Schwerpunktsetzung und Rhetorik des Blair-Schröder-Papiers von 1999 (vgl. Schröder/Blair 1999) festmachen, dessen manifester Ausdruck die Agenda 2010-Politik um die Hartz-Gesetze war. Dabei ging

es im Kern nicht um die ‚Fördern und Fordern‘-Logik. Es ging und geht darum, dass die Schröder-SPD die bis dahin in der deutschen Sozialdemokratie gültige Balance von Markt- und Staatsversagen verändert hatte, um sie der neoliberalen Hegemonie anzupassen: Gehörte es für Sozialdemokraten bis dahin zu den Axiomen ihres Ökonomie- und Gesellschaftsverständnisses, dass der kapitalistische Markt höchst fehlerhaft funktioniert – und insbesondere dauerhaft keine Vollbeschäftigung sichern kann – und zu intolerablen Einkommens- und Vermögensverteilungsergebnissen führt, so wurden fortan die Leistungen des Marktes als Motor der Entwicklung und des Wohlstandes deutlich höher gewichtet und stattdessen die Fehlerhaftigkeiten und beschränkten Fähigkeiten staatlicher Einflussnahme thematisiert. Um dies konkret zu machen: An der Hartz-IV-Gesetzgebung ist ja nicht wirklich problematisch, dass Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammengeführt werden. Und auch die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau führt zweifellos zu manch intergenerationeller Ungerechtigkeit und scheint Ostdeutschland stärker zu betreffen als Westdeutschland, vielleicht aber hätte eine solche Maßnahme auch innerhalb der Sozialdemokratie kommuniziert werden können, wenn Sie in ein konsistentes Paket einer wachstumsorientierten Restrukturierung der öffentlichen Haushalte in Richtung Innovation, Technologie, öffentliche Investitionen und verteilungsgerechte Steuerpolitik eingebunden gewesen wäre. Stattdessen wurden Unternehmen steuerlich entlastet und der Höchststeuersatz mehrfach gesenkt und eine Begründungsrhetorik gewählt, die die Verantwortung für Arbeitslosigkeit den betroffenen Selbst und – insbesondere im unteren Qualifikationssegment – der zu üppigen Sozialsicherung anlastete.⁵⁹ Und dies waren keineswegs Kommunikationsfehler, sondern entsprach – ebenso wie die konsequenterweise nachgelieferte Reinterpretation sozialer Gerechtigkeit als ‚Teilhabe-Gerechtigkeit‘ statt der bislang gültigen ‚ausgleichenden oder Ergebnis-Gerechtigkeit‘ – zumindest dem Verständnis der ‚Modernisierer‘ in der Funktionselite der SPD um Gerhard Schröder, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück. Die leistungsorientierten, aufstiegsfixierten Menschen im Segment der hochqualifizierten Facharbeiter, ‚neuen Freiberufler‘ und Akademiker – kurz: die ‚Neue Mitte‘ – wurde als dauerhaft zu gewinnendes Klientel ausgemacht (vgl. Vester 2000) und nur in ihr eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit unter den Bedingungen sozioökonomischer und

⁵⁹ Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Niemand in der SPD – auch nicht ‚Modernisierer‘ oder die Rechten des ‚Seeheimer Kreises‘ – plädieren für eine weitgehende Aufgabe des Sozialstaates, wie es allfällig in den Bezeichnungen der ‚Deform‘ von manchem Kritiker insinuiert wird. Aber Fakt bleibt, dass die Schröder-SPD sich einem anderen Verständnis von Staatlichkeit im allgemeinen (aktivierend statt aktiv) und Sozialstaatlichkeit im besonderen (sozialinvestiv statt sozialkonservativ) zuwandte, das insbesondere von Beratern aus dem Umfeld des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung propagierte wurde; vgl. z.B. Hauer (2004); Heinze (2004); Streeck/Heinze (1999).

soziostruktureller Entwicklungen um die Jahrhundertwende gesehen.

Dieses Konzept der ‚Neuen Mitte‘ ist zumindest als strategische Neuausrichtung der SPD vorerst gescheitert. Es ist der SPD nicht gelungen, für eine noch ziemlich unkonturierte Variante eines die individuelle Leistungskraft des Menschen in den Mittelpunkt stellende, gleichwohl eine paternalistische Solidarität⁶⁰ gewährende und den Staat vornehmlich als ‚Ermöglicher‘ denn ‚Gewährleister‘ verstehende Vision Akzeptanz zu gewinnen. Der SPD-Stammwähler scheint (noch) andere Anforderungen an sozialdemokratische Visionen zu stellen (vgl. Heise 2005b), für weniger gebundene Wähler zwischen den Parteilagern (die deshalb als ‚Mitte-Wähler‘ verstanden werden können) scheint das Alleinstellungsmerkmal ebenso wenig ersichtlich zu sein wie das Vertrauen in die handwerkliche Arbeit einer SPD-geführten Bundesregierung vorhanden wäre.

Die bisherige Argumentation stellt auf die politische Rationalität ab – selbstverständlich kann es sein, dass der Wähler – und hier vielleicht gerade der bisherige Stammwähler der SPD (oder müsste man sagen: der Stammwähler der bisherigen SPD?) – schlicht die Handlungsanforderungen, -zwänge und -notwendigkeiten des Staates falsch einschätzt und damit auf Ideologie- und Handlungsprogrammen besteht, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr umsetzbar sind. Muss dann nicht ein verantwortungsvoller Staatsmann, aber auch der weit blickende Parteiführer selbst gegen die noch bestehenden Vorbehalte in der eigenen Partei vorweg gehen und ‚Leadership‘ beweisen? Wird sich nicht über kurz oder lang – auch wenn eine Durststrecke über mehrere Wahlschlappen hinzunehmen ist – doch die ‚Macht des Faktischen‘ und der Realitätssinn bei Wähler und Parteimitgliedern durchsetzen? Steht die SPD nicht vor einem neuen ‚Godesberg‘, das zumindest langfristig die Regierungsfähigkeit der SPD hergestellt hat? Vieles spricht dafür, dass solche oder ähnliche Überlegungen für Gerhard Schröders Regierungspolitik der Alternativlosigkeiten grundlegend waren. Hier soll nicht über die Richtigkeit dieser Strategie vor dem Hintergrund politischer Rationalität spekuliert, sondern die Prämisse in Frage gestellt werden: Weder war die ‚Agenda 2010-Politik‘ alternativlos (dazu mehr im nächsten Abschnitt), noch kann sie als ökonomisch funktional in dem Sinne verstanden werden, die unbestreitbaren Probleme Deutschlands – Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit,

⁶⁰ Reisz (2004) spricht von ‚asymmetrischer‘ Solidarität, die nicht auf Gleichwertigkeit und Gegenseitigkeit basiert, sondern auf fürsorgliches, aber eben paternalistisches Geben der Starken und einseitiges Nehmen der Schwachen; vgl. auch Vester (2005: 18).

Staatsverschuldung – in irgendeiner Form erfolg versprechend adressiert zu haben. Hätte die Agenda-2010-Politik auch nur ansatzweise und mit der mittelfristigen Aussicht auf Erfolg in der immer wieder versprochenen Weise gewirkt, vielleicht hätte sich das Wahl- und Parteivolk tatsächlich früher oder später von Politikformeln wie ‚Sozial ist, was Arbeit schafft‘ – auch wenn es zunehmende soziale Differenzierung und eine positivere Adaption der Marktlogik impliziert – ansprechen lassen. Allein, nichts davon ist zu sehen und empirisch scheinen die Kritiker der Balanceverschiebung von der Markt- zur Staatskepsis recht zu behalten: Die Arbeitslosigkeit ist tendenziell gestiegen, weil das Wirtschaftswachstum keinerlei Impulse erhalten hat und die Staatsverschuldung konnte dann, trotz intensiver Sparbemühungen, nicht begrenzt werden. Hinzu kommt, dass Deutschland – zugegebenermaßen auf absolut sehr niedrigem Niveau – die schlechteste Armutsentwicklung in der Europäischen Union aufweist.

Wirtschaftspolitische Alternativen

Eine visionäre Leitidee, die den ‚nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat‘ (das Geschenk des Himmels für die Sozialdemokratie der 70er Jahre, wie Adam Przeworski (1985) einst befand) sinnstiftend und wählerbindend ersetzen könnte, haben die ‚Modernisierer‘ der Schröder-SPD nicht liefern können (und, vor dem Hintergrund ihres Pragmatismus vielleicht auch nicht liefern wollen), das Handlungs- und Regierungsprogramm der Schröder-Regierung hat strategisch und ökonomisch-funktional versagt. Wer hieraus den Schluss zieht, als Juniorpartner in einer großen Koalition sich erst einmal weiterhin über Regierungsverantwortung zu freuen, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, alle Optionen zum Wohle der Sozialdemokratie und im Auftrage des Wahlvolkes durchdacht zu haben.

Hiermit soll weder einer Re-Traditionalisierung der SPD, noch einer Erneuerung in der Opposition das Wort geredet werden. Ersteres wäre kaum erfolgversprechender, letzteres nicht dem Wählervotum entsprechen. Doch der Rekurs auf den ‚nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat‘ der siebziger Jahre zeigt, worauf es ankommt, um sozialdemokratische Politik in einer Mediendemokratie mehrheitsfähig zu machen: Es gilt ein Ideologie- und Handlungsprogramm zu entwerfen, das sich in seiner Themenformungskapazität (‚Framing‘) passgenau in die Umgebung herrschender Weltbilder (‚Makro-Framing‘) und dominanter Policy-Vorstellungen (‚Mikro-Framing‘) einfügt. Vor dem Hintergrund eines stark individualistischen, materialistischen Makro-Framings und zweifellos durch die Medien

transportierter, dominanter neoliberaler Policy-Vorstellungen erscheint die Schröder'sche ‚neue Mitte-Politik‘ zwar nachträglich plausibler, doch ist sie an der Nicht-Akzeptanz durch die sozialdemokratische Stammwählerschaft gescheitert. Deshalb muss dieser Handlungsrahmen offensichtlich anders ausgefüllt werden: Einerseits muss auf die zunehmende Individualisierung und Heterogenisierung der Gesellschaft – über alle Politiklager hinweg – zweifellos ebenso Rücksicht genommen werden, wie ‚Reformnotwendigkeit‘ als Politikanspruch mittlerweile fest in den Köpfen der Wähler verankert ist und gut mit deren Lebenserfahrungen korrespondiert. Andererseits zeigen zumindest die beiden letzten Bundestagswahlergebnisse, dass daraus keine Anbiederung an den neoliberalen Zeitgeist folgen muss, sondern vielmehr – und vor allem von der Sozialdemokratie – erwartet wird, dass ‚Leadership‘ in dem Sinne mehrheitsfähig werden kann⁶¹, dass sich Staatlichkeit (als institutionelle Ausgestaltung) und Politik (als Raum der politischen Akteure) wieder auf eigen definierte Handlungsspielräume (Karl Mannheim) konzentriert und nicht als medial ferngesteuert und paternalistisch empfunden wird.

Die ‚Reformbereitschaft‘ könnte in eine zur Bürgerversicherung reformierten Sozialstaatlichkeit mit größeren Anteilen an Steuerfinanzierung (‚Beveridge-Modell‘), größerer Betonung staatlich geförderter Eigenversorgung (‚Cappuccino Modell‘), gleichzeitig aber systematischer Aufrechterhaltung des symmetrischen Solidaritätsbegriffs (Versicherungs- statt Versorgungsprinzip) einfließen. Damit würde einerseits das deutsche Sozialstaatsmodell in der EU wettbewerbs- und anschlussfähiger, andererseits der schleichenden Untergrabung der intergenerationalen Solidarität entgegen gewirkt⁶². Von grundlegenderer Bedeutung aber dürfte es sein, dass die Sozialdemokratie wieder eine klare, nachvollziehbare Stellung zum Verhältnis von Markt und Staat findet. Will sich die SPD wesentlich auf die positive Konnotation marktlicher – und d.h. individueller, dezentraler –

⁶¹ Schröders Nachweis des ‚Leaderships‘ in Sachen Opposition zum Irak-Krieg, gewiss nicht die dominante Position der medialen Leitartikler im Spätsommer 2002, dürfte einer der Gründe für seine Wiederwahl bei den Bundestagswahlen 2002 gewesen sein.

⁶² Insbesondere in der Linkspartei ist das Argument beliebt, dass niemand selbst bei zunehmender Alterung der Gesellschaft und Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Versorgungsniveaus absolut schlechter gestellt werden müsse, solange es nur Wirtschaftswachstum gebe – die steigende Produktivität erhöht folglich die Umverteilungsspielräume. Dies ist zwar grundsätzlich richtig, fraglich bleibt aber, wie die Beitrags- und Steuerzahler die relative Schlechterstellung (immer größere Teile des Zuwachses müssten umverteilt werden) empfinden und darauf reagieren – per ‚Voice-Mechanismus‘ können sie dagegen stimmen, per ‚Exit-Mechanismus‘ können sie versuchen, ihre Einkommen der Besteuerung zu entziehen. Diese Art von ‚erzwungener‘ Solidarität scheint mir tatsächlich eine Umverteilungsbereitschaft voraussetzen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts illusionär ist.

Koordination wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aktivitäten und eine grundlegende Skepsis gegenüber staatlicher Intervention – also eine ‚Politik zur Förderung von Märkten‘ - einlassen, um so der Dominanz entsprechender Weltbilder und medial gesteuerter Diskurse entgegenkommen zu können oder hält die Sozialdemokratie an ihrer historisch gewachsenen Vision einer ‚Res Publica‘ – also eines gesellschaftlichen Raumes, der sich der totalen Ökonomisierung entzieht und die intervenierende Aktivität des Staates zur Sicherung eigenständig definierter gesellschaftlicher Ziele offensiv vertritt – fest? Ersteres war der Versuch der Schröder-SPD, der an der ideologischen Immobilität der Stammwähler, aber auch der Schwierigkeit gescheitert ist, hinreichende Differenzen zu anderen Parteien sichtbar zu machen, die längst für eine ‚Politik zur Förderung von Märkten‘ stehen.⁶³ Letzteres aber erfordert nicht nur die grundsätzliche Befähigung zur aktiven Marktintervention, sondern auch ein glaubhaftes Handlungsprogramm. Zweifellos ist bis tief in sozialdemokratische Milieus hinein eine Verunsicherung darüber entstanden, ob in Globalisierungszeiten noch etwas anderes als Standortpolitik betrieben werden kann. Und auch die Vorstellung keynesianischer Nachfragepolitik erweckt in Zeiten hoher Staatsverschuldung breite, intuitive Zurückhaltung. Natürlich ist die Sozialdemokratie mit daran Schuld, dass alternative wirtschaftspolitische Ansätze heute keinen Öffentlichkeitsraum mehr finden: Wer eine TINA-Politik betreibt und auch seine Regierungsverantwortung nicht dazu nutzt, zentrale Schaltstellen medienwirksamer Diskursrahmung z.B. im Sachverständigenrat, in den Wissenschaftlichen Beiräten verschiedener Bundesministerien oder bei der Besetzung von Direktorenposten zentraler Wirtschaftsforschungsinstitute so zu besetzen⁶⁴, dass abweichenden Meinungen mehr Gehör geschenkt werden muss, darf sich nicht wundern, sich einem sehr weit reichenden ‚Pensée Unique‘ gegenüber gestellt zu sehen.

Trotz alledem: Die Globalisierung reduziert zwar die Handlungsspielräume nationaler Wirtschaftspolitik durch das Überschwappen von Nachfrageimpulsen auf andere Länder (Importe) und die zunehmende Kapitalmobilität, doch gibt es keinerlei plausible empirische

⁶³ Seeleib-Kaiser (2002) zeigt auf, dass die Agenda-2010-Politik eigentlich eher dem anderen politischen Lager entspringen könnte.

⁶⁴ Erst die Gewerkschaften schickten einen ausgewiesenen Kritiker der herrschenden Orthodoxie in den Sachverständigenrat, die Position des Direktors des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) – einst der ‚keynesianische‘ Gegenspieler zum ‚neoliberalen‘ Institut für Weltwirtschaft (IfW) – wurde mit einem Hardliner besetzt, der dabei ist, jegliche heterodoxe Spuren in seinem Hause zu verwischen und schließlich ließen es sich sozialdemokratische Regierungsmitglieder nicht einmal nehmen, sich als Aushängeschilder der ganz explizit von der

oder theoretische Gründe, weshalb eine relativ große Volkswirtschaft wie Deutschland nicht weiterhin ‚gemanaged‘ werden könnte⁶⁵. Bei immer noch deutlich eingeschränkter internationaler Finanz- und Realkapitalintegration verbleibt nationale Finanzpolitik durchaus wirksam, je nach Rahmenbedingungen erhöht sich gar die Wirksamkeit der Geldpolitik.⁶⁶ Allerdings zeigt das Beispiel Geldpolitik einerseits deutlich, dass zumindest in der Europäischen (Währungs-)Union die nationale Politikebene durch eine EU-Ebene ergänzt werden muss, andererseits die Möglichkeiten des ‚Demand Managements‘ eingeschränkt werden, wenn es nicht gelingt, die großen makroökonomischen Politikbereiche – Geld-, Finanz- und Lohnpolitik – aufeinander abzustimmen. In der Schaffung eines modernen, makroökonomischen Governance-Systems liegt also der eigentliche Reformbedarf der deutschen (und europäischen) Wirtschaftspolitik. Die Schillersche Vorstellung einer Globalsteuerung hat nichts von ihrer grundlegenden Berechtigung angesichts mannigfaltiger Fehlentwicklungen kapitalistischer Märkte verloren, allein die Ausgestaltung muss die Erfahrungen der letzten 30 Jahre und die Erkenntniszuwächse der jüngeren (post-)keynesianischen Forschungen aufgreifen: Es bedarf der institutionellen Anreize, um eine Koordinierung von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik in einer Art zu gewährleisten, die zwar keine hydraulische Machbarkeit einstiger Steuerungseuphorie, wohl aber die Gestaltbarkeit von Marktconstellations in qualitativem Sinne ermöglicht. Dazu muss auf nationaler und ebenfalls auf europäischer Ebene ein Koordinationsinstrument – der Makro-Dialog (vgl. Heise 2001: 52ff.; Priewe 2002; Bartsch/Hein/Truger 2002) – geschaffen werden, das die Kommunikation, die verbindliche Festlegung von Politikregeln und die Überprüfung der Kooperation erlaubt⁶⁷. Auf EU-Ebene existiert ein derartiger Makro-Dialog als Teil des europäischen Economic Governance bereits – er wurde auf dem Kölner EU-Gipfel Anfang 1999 auf Initiative des damaligen SPD-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Oskar Lafontaine initiiert. Mit dessen Rücktritt und dem angebots- und konsolidierungsorientierten Schwenk der Schröder-Regierung verlor diese Erfolg versprechende Governance-Struktur

deutschen Wirtschaft gesteuerten ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ anzudienen.

⁶⁵ Zumal es in anderen Ländern – z.B. in Großbritannien und den USA – auch in den 1990er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts durchaus gelungen ist, mithilfe eines makroökonomischen Policy-mix eine wachstums- und beschäftigungsförderliche Marktconstellation zu schaffen; vgl. z.B. Fritsche et al. (2005).

⁶⁶ Vgl. z.B. Heise (2005c: 315ff.).

⁶⁷ Die mittlerweile modisch gewordene Spieltheorie liefert die Methodik zur Untersuchung von strategischen Handlungssituationen und erklärt, weshalb die Schillersche ‚Konzertierte Aktion‘ des bis heute gültigen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (StWG), aber auch das Schrödersche ‚Bündnis für Arbeit‘ keine hinreichenden Institutionalisierungen darstellten, um Kooperationen zu ermöglichen; vgl. Heise (2001: 144ff.)

völlig an Momentum und Handlungsmacht.

Eine Reform des ökonomischen Governance-Systems auf den eben beschriebenen Grundlinien könnte nicht nur den makroökonomischen Rahmen für eine sozialdemokratische Reform der Sozialsicherungssysteme bieten, sondern die Modernisierung der ‚Res Publica‘ im Sinne der Ideologievorräte der deutschen Sozialdemokratie beschreiben: Der Staat muss nicht nur finanzpolitisch aktiv sein, um Wachstum und Konjunktur zu stabilisieren, er muss die Kooperation verschiedener kollektiver Akteure zu Nutzen der Gesellschaft (inklusive der an der Kooperation beteiligten Akteure⁶⁸) organisieren und die Voraussetzungen für die Wahrung der komparativen Vorteile des spezifischen deutschen Kapitalismusmodells schaffen⁶⁹: dazu gehören die Arbeitsbeziehungs- und Arbeitsmarktstrukturen ebenso wie ein unbedingter Erhalt der Tarifautonomie und konsensual orientierter, korporatistischer Sozialpartner. Letztlich wird es der ökonomische Erfolg – gemessen an steigender Beschäftigung, steigenden Realeinkommen, Konsolidierung der Staatsschuldenquote trotz (bzw. wegen) einer aktiven Finanzpolitik⁷⁰, Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens, Preisstabilität unter den Bedingungen sicherer Arbeitsverhältnisse, partizipativer Arbeitsbeziehungen und stabiler, wenn auch stärker individualisierter Sozialsicherung – sein, der die Zustimmung zu einem derart erneuerten sozialdemokratischen Modell erzeugt. Wer hierin nur unerfüllbare Träumereien zu erblicken glaubt, möge einen Blick nach Großbritannien und die skandinavischen Länder wagen – vielleicht sollte die gegenwärtig besonders modisch gewordenen ‚Best Practice-Verfahren‘ nicht immer nur bei Deregulierungs- und Liberalisierungsprozessen angewendet werden.

⁶⁸ Kooperationen gegen die Wünsche der Kooperationspartner organisieren zu wollen, ist vergebene Liebesmüh. Allerdings lässt sich zeigen, dass auch die an einem Makro-Dialog beteiligten Akteure letztlich ihren Nutzen erhöhen können, wenn alle kooperieren.

⁶⁹ Tatsächlich sind es die deutschen Arbeitsmarkt- und Arbeitsbeziehungsstrukturen, die die höhere Produktivkraft deutscher Unternehmen gegenüber den Unternehmen im liberalen Kapitalismus angelsächsischer Prägung begründen – einer der Gründe, weshalb 16 lange Jahre Kohl-Regierung keine tiefgreifenden Veränderungen gebracht haben.

⁷⁰ Die strukturelle Neuverschuldung wird zwar tendenziell erhöht, bei investiver Nutzung aber können Wachstumsgewinne erzielt werden und die Schuldenstandsquote sogar gesenkt werden. Jüngst haben die USA und Großbritannien eine solche ‚Wachstumsoption‘ genutzt.

Mediendemokratie oder Meritokratie?

Alternativen sind zweifellos möglich – auch vor dem Hintergrund alternder Gesellschaften und zunehmender Globalisierung. Allzu oft wird an dieser Stelle auf die fehlende Politikmächtigkeit solcher Alternativen in Zeiten neoliberaler Hegemonie verwiesen. Denkbar ja, ökonomisch plausibel vielleicht auch noch, aber eben nicht mehrheitsfähig. Muss also erst die Deutungshoheit der Staats skeptiker, Privatisierungs- und Liberalisierungsbefürworter gebrochen werden, bevor – vielleicht nach langer, schmerzhafter Zeit in der Opposition – über die Umsetzung von Alternativen nachgedacht werden kann? Das Wahlergebnis vom 18. September 2005 legt diesen Schluss nicht nahe: Selbst unter beständiger medialer Berieselung mit ewig gleicher neoliberaler Indoktrination, millionenschwerer PR-Kampagnen für die ‚Neue Soziale Marktwirtschaft‘ und Argumentationsunterstützung durch internationale Organisationen wie OECD, IWF oder der EU-Kommission hat sich erneut eine Mehrheit entschlossen, eine andere Politik einzufordern. Dies ist nicht nur eine Chance, dies ist ein klarer Auftrag. Nun wäre es sicher naiv anzunehmen, dieser Auftrag können problemlos durch ein Zuwendung der SPD zur Linkspartei (und den Bündnisgrünen) umgesetzt werden – dafür sind die persönlichen Spannungen zwischen wichtigen Protagonisten auf beiden Seiten zu stark, dafür ist aber auch die Linkspartei noch zu wenig einschätzbar. Andererseits wäre es ebenso naiv, vorhandene Handlungspotentiale nicht zu nutzen, es wäre unprofessionell, sich von persönlichen Emotionen leiten zu lassen und es wäre strategisch aus Sicht der SPD unklug, die neue Kraft im linken Wählerspektrum durch die Ignoranz des – vor allem eigenen – Wählerauftrags erst recht stark zu machen.

Die künftige Aufstellung der SPD kann natürlich nicht unabhängig vom laufenden Regierungsgeschäft geschehen. Selbst ohne die Schrödersche Durchsetzung von Leitgedanken ‚von oben‘ wird die Regierungszusammensetzung – große Koalition oder Mitte-Links-Bündnis – eine Vorentscheidung für die künftige Positionierung sein. Die Re-Sozialdemokratisierung der SPD im oben beschriebenen Sinne ist in einer großen Koalition schwer vorstellbar. Es muss deshalb die zwingende Schlussfolgerung dieser Ausführungen sein, dass eine große Koalition nicht als zukunftsweisende Strategie für eine SPD angesehen werden kann, die ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit bewahren will. Dennoch ist eine große Koalition denkbar, wenn alle anderen Optionen geprüft und vor dem Hintergrund der Durchsetzungswahrscheinlichkeit sozialdemokratischer Positionen verworfen wurden. Schwer nachvollziehbar ist allerdings, dass keine andere als die große Koalition überhaupt

geprüft, geschweige denn ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Dies muss als Hinweis darauf verstanden werden, dass die alte Führungsmannschaft der SPD, die ihre Partei in die hier diskutierte schwere Ausgangssituation gebracht hat, weiterhin den Kurs vorgibt und keinerlei Lernprozesse erkennen lässt. Vor diesem Hintergrund muss auch Schröders dreister Anspruch, der heimliche Sieger der Bundestagswahlen zu sein, verstanden werden als die politische Vorlage, die Meinungsführerschaft in der Partei zu behalten – unabhängig von der Person Schröders. Die Einmütigkeit, mit der die große Koalition aus Sicht der SPD als einzige Option der Regierungsbeteiligung nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch außerhalb durch die Medien transportiert wurde, lässt erahnen, wie eisern der Griff der Meritokratie⁷¹ ist. Es wird Zeit, dass die SPD wieder auf ihre Wähler hört, sonst dürfte ihr Ende als Volkspartei gekommen sein.

⁷¹ Die neoliberalen Politikprogramme laufen immer darauf hinaus, Marktergebnissen stärker zum Durchbruch zu verhelfen. Dies impliziert, ausgelöst durch eine Veränderung der Primärverteilung, unterstützt durch die Rückführung der Umverteilungswirkung des Steuer-, Sozial- und Transfersystems, eine Erhöhung der Einkommensungleichheit. Gewinner dieser Politik („cui bono“) sind also jene Menschen, die aufgrund ihrer Ausstattung mit Finanz-, Real- oder Humankapital als ‚Leistungselite‘ (Meritokratie) bezeichnet werden können. Auch die Agenda-2010-Politik der Schröder-SPD läuft darauf hinaus, dieser ‚Leistungselite‘ zu dienen (vgl. Heise 2003).

6. Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung

Bereits in den achtziger Jahren hatte Ralf Dahrendorf das ‚Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts‘ prognostiziert und – wie man mit Blick auf die Wahlerfolge der SPD und anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts zu sagen geneigt ist – scheinbar völlig daneben gegriffen. Aber wohin zielte Dahrendorf eigentlich mit seiner Prognose? Sah er die Sozialdemokratie nicht an ihrem eigenen Erfolge scheitern? Drohte mit der Verwirklichung des deutschen (und europäischen) Wohlfahrtsstaates nicht das alte, seit Generationen verfolgte Ziel einer besseren, gerechteren Gesellschaft so weitgehend in die Realität umgesetzt zu werden, dass das sozialdemokratische Movers erlahmte? Und konstatiert der SPD-Kenner und -Biograph Franz Walter (2002: 262) nicht genau diese Lethargie, wenn er schreibt: „Die einzigartige Lebens- und Überlebenskraft der Sozialdemokratie hing an dem moralischen Überlegenheitsgefühl, der programmatischen Sicherheit und der stabilen Identität der sozialdemokratischen Mitglieder und Aktivisten. Davon ist nicht viel übriggeblieben. Die Sozialdemokraten erscheinen heute eher verzagt, verunsichert und kleinmütig.“ Und ist mit der ‚Sozialdemokratisierung‘ der Gesellschaft vielleicht auch jene politische Differenzierung verschwunden, die ehemals als ‚Links‘ und ‚Rechts‘ charakterisiert wurde? Bedeutende Vordenker einer ‚neuen Sozialdemokratie‘ wie Anthony Giddens (1997) zumindest glauben daran und postulieren das post-ideologische Zeitalter, in dem Parteien nur mehr zu Dienstleistern in Sachen einer klassenfreien, verbürgerlichten zweiten Moderne jenseits der politischen Korrektheit werden. Nicht mehr das Projekt einer ‚gerechten, solidarischen Gesellschaft‘ im Umfeld divergierender Interessen und bedeutend unterschiedlicher wirtschaftlicher Möglichkeiten, sondern die Neuinterpretation traditionell sozialdemokratischer Werte wie ‚soziale Gerechtigkeit‘ und die Aussöhnung mit dem Markt als Wohlstand erheischendem Ordnungsmechanismus und sozialer Differenz als Momentum marktlicher Dynamik werden zu den Eckpfeilern einer Sozialdemokratie für die ‚Neue Mitte‘ erklärt.

Das historische Tief der SPD

Sowohl Tony Blair als auch Gerhard Schröder, die beiden real existierenden Proponenten der neuen Sozialdemokratie, haben ihre Wahlerfolge, die nach langen Phasen konservativer politischer Dominanz im Umfeld eines dezidiert neoliberalen Zeitgeistes zunächst nur als ‚Ermüdungsbruch‘ konservativen Regierens verstanden werden mochten, wiederholen können und begründen damit eine Zeitepoche, mit der sich andere politische Richtungen auseinander zu setzen haben (vgl. Hirscher/Sturm 2001). Allerdings ist Blairs Wiederwahl vor dem Hintergrund vollständiger Führungslosigkeit der britischen Konservativen zu sehen und Schröders zweite Amtszeit wäre wohl ohne einige Zufälligkeiten, die fast an Wunder grenzen, nicht zustande gekommen. In jedem Fall dürfen sie nicht ohne weiteres als Bestätigung für die ‚Politik der Neuen Mitte‘ bzw. die ‚Dritte-Weg-Sozialdemokratie‘ angesehen werden. Dafür spricht zumindest in der Bundesrepublik auch, dass die SPD in den Popularitätsbefragungen auf Werte gesunken ist, die nicht mehr mit dem nicht ganz ungewöhnlichen Nach-Wahl-Durchhänger früherer Regierungen zu vergleichen sind: Selbst die enthusiastisch gestartete Schröder-I-Regierung im Tandem mit Oskar Lafontaine musste Popularitätsverluste hinnehmen, die nach Lafontaines Rücktritt im Frühjahr 1999 und dem sich abzeichnenden programmatischen Schwenk in Richtung ‚Neue Mitte‘ noch zunahmen und zu fürchterlichen Wahlschlägen in den Landtagswahlen von Hessen, im Saarland und Thüringen führten. Damals wie heute blies der Schröder-Regierung ein heftiger medialer Wind entgegen, der sich zu Beginn der Schröder-I-Legislaturperiode wesentlich gegen Lafontaines Kurs einer makroökonomischen Steuerung, gegen Trittins undiplomatischen AKW-Ausstieg und diverse handwerkliche Fehler richtete, was mittlerweile einem breiten ‚Sie können es einfach nicht‘ gewichen ist – die Medien-Eliten⁷² machten im Winter 2002/2003 nur allzu deutlich, dass sie einen Kanzler Schröder nicht favorisiert hatten und nun dem Wähler ihr ‚Fehlverhalten‘ vor Augen zu führen gedachten.

Die 25%-ige Zustimmung zur Politik der gegenwärtigen Schröder-Regierung, die im Sommer 2004 von den Demoskopern gemessen wurde und sich in einem ähnlichen Wahlergebnis bei der Europa-Wahl 2004 manifestierte, sollte aber ernsthaft Anlass zum Nachdenken geben – dies vor allem auch, weil sich diese Werte trotz der überwältigenden Zustimmung der

⁷² Nachfolgend wird häufiger von ‚Eliten‘ gesprochen. Gemeint ist damit jener Personenkreis, der direkt (z.B. über Ämter) oder indirekt (z.B. durch Agenda-Setting) in der Lage ist, politische Entscheidungen merklich zu beeinflussen.

Bevölkerung zu Schröders Außenpolitik (Anti-Irak-Kriegskurs) und der deutlichen Unterscheidung zu CDU-Positionen in diesem Politikfeld ergeben. Hier ist offensichtlich ein tief sitzendes Misstrauen zwischen den Wählern und der SPD entstanden, dessen Analyse und konstruktives Entgegenwirken nicht nur über die Wiederwahlchancen der SPD bei den nächsten Bundestag- und, vorher, diversen Landtagswahlen, sondern auch über die langfristige Bedeutung als wichtigste reformerische Kraft in der politischen Landschaft Deutschlands entscheiden könnte.

Veränderte Rahmenbedingungen ...

Ausgangspunkt für eine Diskussion um die künftige Strategie einer Sozialdemokratie, die dauerhaft Wahlen gewinnen kann – also strukturell mehrheitsfähig ist –, ist die Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter denen heute Politik betrieben wird. Dahrendorf ging offensichtlich davon aus, dass die feste Verankerung des Wohlfahrtsstaates in den Argumentations- und Handlungsweisen der politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Eliten dazu führen müsste, dass die Identifikations- und Organisationskraft der SPD dauerhaft leiden könnte, indem auch die andere große Volkspartei eine im wesentlichen sozialdemokratische Politik anbieten müsste. Tatsächlich hat sich der vor allem von der Medienelite vorangetriebene öffentliche Diskurs weitgehend von diesem ‚historischen Konsens‘ (vgl. Streeck 1998: 218f.) Stück für Stück verabschiedet, wird der Abbau des Wohlfahrtsstaates längst unter den Orwell’schen Begriffen ‚Umbau‘ und ‚Modernisierung‘ thematisiert. Hieran ist zunächst zweierlei bemerkenswert: Einerseits sind einst feste Säulen Nachkriegsdeutschlands – die Mitbestimmung, die Tarifautonomie, das Sozialversicherungssystem, der prinzipielle Schutz der (schwächeren) Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt – längst diskussionswürdig geworden und von fast allen Medien als eigentliche Ursachen der stagnierenden Wirtschaftsentwicklung gebrandmarkt, andererseits wird die öffentliche Meinung heute fast ausschließlich von Medien gemacht – die so genannten ‚Agenda-Setter‘ –, die nicht länger religiöse oder politische Weltbilder prägen wollen, sondern miteinander konkurrierende Wirtschaftsunternehmen sind, die ihren Profitinteressen folgen (bei der Auswahl und Aufbereitung der Themen) und im Zweifel ihre Interessen als Unternehmen (bei der Formung von Themen) zum Maßstab der Berichterstattung machen. Dieser als ‚Mediokratie‘ (Meyer 2001) oder ‚Politainment‘ (Dörner 2001) bezeichneten Vor- und Verformung der öffentlichen Meinung durch wenige, einseitig argumentierende Eliten muss die Politik sowohl bei der Auswahl ihrer Themen – dem Agenda-Building – zweifellos

ebenso Rechnung tragen wie bei der Inszenierung ihrer Inhalte und dem personellen Transport zum Wähler – sonst droht ein Negativimage oder, schlimmer noch, der Wahrnehmungsverlust (Schmitt-Beck 2002: 127ff.).

Von besonderer Bedeutung in jeder Diskussion um die künftige Positionierung der SPD ist die Hypothese von der veränderten sozialen Strukturierung der Gesellschaft: Mit dem strukturellen Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, mit dem technischen Fortschritt und den sich daraus ergebenden Anforderungen an die Qualifikation der Menschen, mit dem gestiegenen Einkommen und den in einer modernen Wohlfahrtsgesellschaft erschaffenen Aufstiegschancen unabhängig von der sozialen Herkunft seien traditionelle Milieus aufgebrochen, ideologisch tief greifende Bindungen an Parteien gesprengt und eine Neuorientierung am modernen, besser qualifizierten Mittelstand mit durchschnittlichem bis gehobenem Einkommen – der ‚Neuen Mitte‘ eben – notwendig, wenn ein Abgleiten in die 30%-Partei – als Ausdruck traditionell weniger privilegierter Schichten (der ‚Frustrierten und Abgehängten‘, wie Dürr/Walter (2001:183) sie nennen), die als Stammwähler gelten können – verhindert werden soll. Das Tandem Schröder-Lafontaine des Wahlkampfes 1998 war der personifizierte Ausdruck einer Strategie, die Stammwähler (Lafontaine) und ‚Neue-Mitte-Wähler‘ (Schröder) gleichzeitig ansprechen sollte, ‚Innovation und Gerechtigkeit‘ der dazu passende Wahlslogan. So unbezweifelbar der soziale Wandel moderner Gesellschaften auch ist, so wenig selbsterklärend ist die darin verpackte Botschaft, dass Wähler überwiegend nach ihrem materiellen Nutzen abstimmen. Diese Voraussetzung nämlich muss man machen, will man die Bedeutung des ‚Neuen Mitte‘ (oder in wissenschaftlicher Terminologie: Medianwähler) behaupten. Und mehr noch: Nicht nur müssen die Wähler überwiegend materialistisch-egoistisch abstimmen, sie müssen ausreichend informiert sein (über die Wahlprogramme, die Einzelmaßnahmen, deren gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen, etc.), um einigermaßen rational entscheiden zu können. Tatsächlich sprechen zu viele logische⁷³ wie empirische⁷⁴ Anomalien gegen die Gültigkeit dieser Annahmen, als dass die ‚Vermittlung‘ der Gesellschaft allzu viel über Erfolg versprechende Strategien einer sozialdemokratischen Partei auszusagen

⁷³ Aufgrund der Kenntnis des marginalen Einflusses einer einzelnen Stimme auf das Wahlergebnis wäre es eigentlich rational, überhaupt keine Informationen zu sammeln (da dies mit Kosten und Mühe verbunden ist, die nicht durch entsprechenden Nutzen ausgeglichen werden) – es entstünde das Phänomen des ‚rationalen Ignoranten‘.

⁷⁴ So lässt sich nicht erklären, weshalb gerade die mittleren Einkommensbezieher steuerlich besonders hoch belastet sind.

vermag. Vester (1999) zeigt die Vielfältigkeit sozialer Milieus moderner Gesellschaften, die mit einer einheitlichen Strategie unmöglich abgedeckt werden könnte. Er verweist aber gleichermaßen auf die grundsätzliche Disposition der Mehrheit der ‚Arbeitnehmergesellschaft‘ für eine sozial gerechte, mündige Teilhabe an einem durchaus fürsorglichen Gemeinwesen – jenseits der Leistungsbereitschafts-Disposition der ‚Neuen Mitte‘ nach dem Motto ‚Leistung gegen Teilhabe‘ oder ‚Leistung soll sich wieder lohnen‘. Mit dem Aufbrechen alter Milieus lockert sich also die traditionelle Bindung von soziostrukturell und soziokulturell bestimmten Stammwählerschaften zu ihren Parteien (vgl. Merkel 2001: 69), dies heißt aber zunächst nur, dass ertümliche Bindungen heute umso mehr durch überzeugende Politikangebote ersetzt werden müssen – der häufig gezogene Schluss einer Entideologisierung ‚jenseits von Rechts und Links‘ kann so nicht begründet werden (vgl. Kitschelt 1994: 284f.).

Schließlich wird die Globalisierung als dramatische Veränderung der Rahmenbedingungen angeführt, die zu einer Neuorientierung der Handlungsanforderungen an einen sozialdemokratisch regierten Staat führen müsste. Und selbstverständlich wird niemand bestreiten, dass es seit langer Zeit eine beständig steigende kapital- und güterzirkulierende Durchdringung innerhalb der Triade Amerika-Europa-Asien gibt, die mit dem Fall des ‚eisernen Vorhangs‘ Ende der achtziger Jahre nochmals einen Schub erhielt und auch nach dem Platzen der ‚New Economy‘-Blase weiter fortschreiten wird – aber bedeutet dies tatsächlich das Ende nationaler Interventions- und Steuerungsfähigkeit oder ist es nur ein allzu gefälliger Verweis, jene angebotspolitischen Maßnahmen weiterhin als unverzichtbar unter dem Schlagwort ‚Standortsicherung‘ verkaufen zu können, die bereits in den achtziger Jahren zunehmend an Attraktivität verloren hatten und – so könnte spekuliert werden – zu einem früheren Ende der Ära Kohl hätte führen können, wäre nicht das Jahrhundertereignis der deutschen Einheit dazwischen gekommen? Auf diese Frage gibt es ehrlich gesagt keine eindeutige, theoretisch fundierte Antwort: Eine multiparadigmatische Wirtschaftswissenschaft kann keine allgemein akzeptierte Position formulieren, die empirischen Befunde sind alles andere als eindeutig und schließlich hängt die Antwort zweifellos auch von den besonderen Eigenschaften einer Volkswirtschaft ab: Kleine offene Volkswirtschaften wie die Niederlande oder die skandinavischen Ländern müssen vermutlich größere Beschränkungen ihrer wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeiten hinnehmen als größere, weniger offene Volkswirtschaften wie Deutschland oder Frankreich und erst recht die USA oder die Europäische Union (vgl. z.B. Iversen 1999: 119ff.). Die Sozialdemokraten Deutschlands sind also zumindest in einer noch vergleichsweise privilegierten Situation, können allerdings auch

nicht die Augen vor den Konsequenzen des bedeutsamsten Teils der Globalisierung – nämlich der ‚Integration vor der eigenen Haustür‘, also der Europäischen Integration – die Augen verschließen: Seit die Europäische Währungsunion aus den (12 von 25) Ländern der Europäischen Union quasi eine Binnenwirtschaft gemacht hat, hat der Druck auf die funktionale Harmonisierung von Arbeitsmarkt-, Sozial-, Steuer- und Politiksysteme zugenommen – was angesichts der institutionellen Heterogenität und der Pfadabhängigkeiten von Institutionen sowie der starken Niveauunterschiede der Leistungskraft der einzelnen Mitglieder eine Herkulesaufgabe sein muss – dies umso mehr, wenn die ideologische Ausrichtung der europäischen Akteure (Europäischer Rat und die Ministerräte) häufig stark differiert. Dies mag auch erklären, weshalb der Modus der ‚negativen Integration‘ (Abbau nationaler Regulierungen oder Standards ohne Ersatz auf EU-Ebene) im Prozess des europäischen Zusammenwachsens häufiger anzutreffen ist als der Modus der ‚positiven Integration‘ (Setzung EU-weiter Regulierungen).

Rieger/Leibfried (2001) haben schließlich auf ein weiteren Aspekt aufmerksam gemacht, der in der Globalisierungsdiskussion allzu häufig vergessen wird: Es gibt einen hohen Gleichlauf zwischen dem Ausbau sozialstaatlicher Sicherung und dem Voranschreiten der Globalisierung seit Ende des 19. Jahrhunderts. Der Wohlfahrtsstaat wird hier wesentlich als ‚Wohlfahrtsdemokratie‘ –oder, um ein Wortspiel zu verwenden: der Sozialstaat als Sozial-Demokratie – verstanden. Wachsende Risiken aufgrund zunehmender Geschwindigkeit des strukturellen, betrieblichen, kulturellen und gesellschaftlichen Wandels durch Globalisierung, so die einleuchtende Argumentation, erzeugt mehr und keineswegs weniger Sicherheits- und Sicherungsbedürfnis. Diese muss zwar nicht zwangsläufig kollektiv befriedigt werden, verlangt aber einen sensiblen Umgang mit Lebensrisiken, die nicht nur die Ränder der Gesellschaft erfasst, sondern ein integraler Teil des ‚modernen Lebens‘ geworden sind.

...und die Positionierung der SPD

Gelegentlich wird der Eindruck vermittelt, nicht mehr Politikinhalt stehen im Mittelpunkt des politischen Vermittlungsprozesses von Parteien zu Wählern, sondern nur mehr die Vermarktung einer ‚Ware‘ Politik, die sich den Konsumgewohnheiten einer Fernseh- und Eventgesellschaft anzupassen habe (vgl. Kuhn 2002; Schmidt-Deguelle 2002; Jun 2001). Die zunehmende Anlehnung an amerikanische Formen der Politikinszenierung, die Konzentration auf Personen und Symbole (vgl. Edelman 1976) scheint diese Überlegungen

zu bestätigen. Aber auch Marketing-Experten verweisen mit Nachdruck darauf, dass allein der Schein noch nicht das politische Sein bestimmt (vgl. Grafe 2003): Zwar kann im Wirtschaftsjargon davon gesprochen werden, dass Politik als ‚Marke‘ wahrnehmbar werden muss, doch impliziert dies mehr als ausschließlich Inszenierungspotential und Rituale. Dies lässt sich gut begreifen, wenn die Besonderheiten des ‚politischen Marktes‘ und der ‚Ware‘ Politik bedacht werden: Der politische Markt ist ein ‚winner takes it all‘-Markt, der durch die binäre Alternative Regierung-Opposition gekennzeichnet ist. Und die ‚Ware‘ Politik ist ein typisches Erfahrungs- oder Vertrauensgut, dessen konkreter Nutzen für den Wähler erst nach der Entscheidung (Wahl) oder vielleicht sogar nie vollständig bekannt wird und deshalb besonders viel Wert auf klare, deutliche Konnotationen und stimmige Bilder legen muss, die Vertrauen beim Wähler und somit Bindungsfähigkeit erzeugen. Die Dyade Regierung-Opposition erfordert außerdem ein hohes Maß an Unverwechselbarkeit, wie es nur die Akzeptanz einer grundsätzlichen Differenzierung im Rechts-Links-Spektrum bringen kann. Auch wenn dieser Schluss zuweilen bestritten wird (vgl. Raschke 2001)⁷⁵, so sollten die Parallelen zwischen dieser notwendigen ‚Markenausprägung‘ als Alleinstellungsmerkmal und einer klaren ideologischen Positionierung doch nicht übersehen werden: Eine Ideologie ist eben kein Instrument atavistischer Grabenkämpfer, mit dem der Blick auf die Realitäten vernebelt werden soll, sondern die notwendige Realitätsinterpretation in einer zunehmend komplexen gesellschaftlichen Umwelt. Niemand kann ernsthaft ohne solche Deutungsmuster auskommen, für ‚rationale‘ Wahlentscheidungen fehlen nicht nur Informationen und Informationsverarbeitungskapazitäten, sondern vermutlich auch die Disposition: Menschen wählen mehrheitlich nicht nach ihrer Geldbörse, sondern nach soziotropischen Motiven, die durchaus durch politisches Marketing beeinflusst werden können. Wer heute von ‚post-ideologischem Zeitalter‘ spricht und die Ausrichtung der Politik an scheinbar objektiven Notwendigkeiten anmahnt – die Rhetorik reicht dann von ‚Alternativlosigkeit‘ bis zu den ‚hard choices‘, vor denen die Politik stünde – hat entweder das Wesen der Politik nicht wirklich verstanden oder, schlimmer noch, unterwirft sich wissentlich oder unwissentlich einer herrschenden Ideologie (Welterklärung). Es ist doch gänzlich unsinnig anzunehmen, dass in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Differenzierung ein über Partikularinteressen schwebendes ‚Allgemeinwohl‘ bestimmt werden könnte, dass es mit staatsmännischem Furor zu verfolgen gelte (das ‚System Schröder‘ vgl Meng 2002). Gesellschaftliche Ziele sind immer Ausdruck von Interessen und Motiven, die politische Parteien bündeln, vermarkten und – wenn sie mehrheitsfähig geworden sind – in konkretes Regierungshandeln übersetzen

⁷⁵ Eine interessante Untersuchung zur weiterhin überragenden Bedeutung der ‚Links-Rechts-Schematik‘ legte Fuhse (2004) vor.

müssen.

Was heißt das für die Sozialdemokratie? Einerseits wird klar, dass die SPD ihrer programmatischen Diskussion wieder ein stärkeres Gewicht zukommen lassen sollte als von manchem führenden Pragmatiker behauptet wird: Wenn der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Clement sagt, 'Wer Visionen hat, muss zum Arzt gehen', zeugt dies von einem besorgniserregenden Mangel an strategischer Fertigkeit. Gerade die SPD war immer eine sach- und wertorientierte Partei, die sich nicht nur als Machtbasis (Kanzlerwahlverein) verstanden hat. In diesem Falle aber sind klare gesellschaftspolitische Visionen wesentlicher Teil einer ‚Marke‘: Mit ‚Solidarität‘, ‚Chancengleichheit‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ verfügt die Sozialdemokratie seit über einem Jahrhundert über weithin bekannte und akzeptierte Werte, die auch in der heutigen Politiklandschaft als wesentliche Alleinstellungsmerkmale begriffen werden können. Allerdings muss zugegeben werden, dass die Interpretation dieser Werte im Zeitverlauf Änderungen unterworfen sein kann und die Profilierung der Partei wesentlich davon abhängen wird, in wie weit es gelingt, diese Interpretationen sicht- und nachvollziehbar und handlungsmächtig zu machen. Die Sozialdemokratie des Godesberger Programms warf klassenkämpferischen Ballast über Bord, in dem sie die obigen Werte durchaus in einer kapitalistischen Gesellschaft zu verwirklichen trachtete und statt der als zunehmend weltfremd empfundenen Systemfrage die Instrumentenfrage stellte: Mit ‚Sozialpolitik‘, ‚Vollbeschäftigung‘ und ‚Mitbestimmung‘ konnten die Werte konkretisiert und mit dem ‚institutionalisierten Keynesianismus‘ schließlich auch ein wirtschafts- und sozialpolitischer Instrumentenkasten angeboten werden – ein ‚Geschenk des Himmels‘ wie es Adam Przeworski (1985) einmal nannte. Die Neuinterpretation dieser Werte durch die ‚Neue-Mitte‘-SPD im Sinne einer Verschiebung von der aktiven, ausgleichenden zur aktivierenden, soziale Differenzierungen verstärkenden Sozialpolitik, von der Vollbeschäftigung (employment) zur reinen Marktteilnahmechance (employability) und von der partizipativen Mitbestimmung zum ausschließlich standortgetriebenen Human-Resource-Management-Konzept hat bislang wenig Faszination verbreitet, wird nicht als sinn- und identitätsstiftendes Projekt verstanden und konnte auch in der begrifflichen Ausgestaltung als ‚Zivilgesellschaft‘ bislang keine visionäre Kraft entfalten. Diese Schlüsse können gezogen werden, wenn die Wählerwanderungsanalysen der letzten Landtags- und Europawahlen in dem Sinne richtig gedeutet sind, dass der viel umworbene ‚Neue-Mitte‘-Wähler nicht dauerhaft gebunden werden konnte, aber auch die breite sozialdemokratische Stammwählerschaft – die keineswegs nur ein Milieu, sondern eher eine Disposition beschreibt – in Apathie (also latente Nicht-Wählerschaft) verfallen ist.

Neben die ideologische Positionierung muss allerdings, dass wissen die Pragmatiker besser als die Programmatiker, auch eine Konzeption mittlerer Reichweite treten, die die ideologischen Visionen in kurz- bis mittelfristiges Regierungshandeln übersetzen. Die mit dem Regierungshandeln transportierten Bilder müssen dabei zur ideologischen Positionierung stimmig passen, sie müssen allerdings auch kommunizier- und inszenierbar sein – hier beginnt die Aufgabe der Parteistrategen und Marketingexperten (vgl. Machnig 2002). Was so einfach nieder geschrieben werden kann, ist im politischen Alltag zweifellos Kernerarbeit: Erstens haben die Parteien weitgehend die Fähigkeit verloren, die politische Agenda zu bestimmen. Längst haben sie es aus der Hand gegeben, Themen zu formen und eigenständig zu besetzen, auch die Themenauswahl liegt nur noch selten in ihrer Hand. Zumeist sind es Medien, die hier die Kommunikation bestimmen. In extremer Form hat sich der ‚Medienkanzler‘ Schröder dieser Logik unterworfen und weitgehend auf sein Inszenierungstalent gesetzt. Das Ergebnis war allerdings ein ziel- und konzeptionsloses Mäandern zwischen arbeitgeber- und arbeitnehmerfreundlichen Positionen, zwischen traditionellen und ‚Neue-Mitte‘-Positionen – je nachdem, wo die Medien gerade Defizite auszumachen glaubten. Damit aber gewinnen Wähler und Parteimitglieder den Eindruck, die Politik der Partei werde von den Medieneliten und eben nicht der Parteideologie bestimmt – Machtstreben als Füllung der konzeptionell-ideologischen Sinnentleerung. Hiergegen rebelliert nun ganz offen ein Teil der Partei. Diese Art der Unterwerfung unter den medialen Zeitgeist übersieht, dass es einen internen Kommunikationsapparat gibt, der über die hunderttausendfache Multiplikatorwirkung der Parteimitglieder auch im Medienzeitalter noch ungeahnte Potentiale hat (Vester 1999: 55). Außerdem zeigt das Beispiel ‚Irak-Konflikt‘, dass auch eine Profilierung gegen den medialen Mainstream durchaus möglich ist, wenn nur Authentizität der Positionen und die Bereitschaft zur Formung von Themen miteinander gepaart werden. Allerdings können auch Probleme im Regierungsalltag entstehen, die nicht selbstverschuldet sind: Koalitionspartner können ebenso politische Kompromisse erzwingen, die Parteideologie und Regierungshandeln divergieren lassen wie die häufig unsichtbare Nebenregierung des Bundesrates – allerdings sind dies allgemein bekannte Spielregeln, die auch dem Wähler transparent zu machen sind.

Wie aber geht die Sozialdemokratie mit den Einschränkungen des nationalen Steuerungspotentials wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Prozesse um? Muss sie nicht allein aus diesem Grund der These der ‚Modernisierer‘ folgen, wonach die Zeit des Ruderns vorbei sei und sich stattdessen ein sozialdemokratisch geführter Staat, wie eben auch ein

konservativ dominierter Staat wesentlich auf das Lenken, soll heißen: Anreize setzen, beschränken müsste? Und ist nicht aus diesem Grunde auch die strategische Positionierung richtig, die SPD als den besseren Fahrersmann im wilden Strudel der durch die Globalisierung erzwungenen Modernisierung zu positionieren (vgl. Heil/Stender 2003)? Oder sollte die Sozialdemokratie vielleicht der Empfehlung des früheren Clinton-Beraters Dick Morris folgen, wonach wirtschafts- und insbesondere beschäftigungspolitische Themen nicht länger als zentrale Kompetenz- und Identifikationsbereiche betrachtet werden sollten, weil die nationale Steuerungskompetenz zu sehr geschwunden sei, um erfolgswährte Strategien zu ermöglichen. Also Abschied nicht nur von Vollbeschäftigungszielen als Kern sozialdemokratischen Politikhandelns und sozialdemokratischer Programmatik, von den ‚Arbeit, Arbeit, Arbeit‘-Losungen vergangener Wahlkämpfe? Und stattdessen Konzentration auf Normen der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ (vgl. Bartels 2003)? Beide Wege, die unkritische Hinnahme der neoliberalen Hegemonie wie auch das vermeintlich ‚ehrliche‘ Eingeständnis politischer Machtlosigkeit, können kaum als tragfähig angesehen werden: Letzteres aus dem schlichten Grund nicht, weil die Wähler mit ihrer Wahlentscheidung nun mal auch eine Verantwortlichkeit übertragen – dies bedeutet nicht das Nachhängen naiver Machbarkeitsvorstellungen, wohl aber die Handlungsfähigkeit in zentralen (wirtschafts-)politischen Fragen. Mit der ex- oder impliziten Zurückweisung dieser Verantwortlichkeit würde die Politik ihre Legitimation verlieren. Und die Akzeptanz im Kern neoliberaler Problembetrachtungen – die Schröder-I-Regierung hatte mit dem ‚Bündnis für Arbeit‘ immerhin noch ein Politikverfahren, das in seiner korporatistischen Orientierung als genuin sozialdemokratisch verstanden werden konnte (Esser/Schroeder 1999), nach dem Scheitern dieser Gesprächsrunden ist die Differenzierung zur Opposition weiter geschwunden – wird aus dreierlei Gründen langfristig nicht erfolgreich sein: (1) Die Medieneliten werden trotz aller Anbiederungsversuche an der Kommunikationsfolge ‚Sie können es einfach nicht‘ festhalten; (2) Soziotropisches Verhalten erfordert langfristige Erfolgsbewährung – neoliberale oder ‚linke‘ Angebotspolitik (vgl. Priddat 2001) löst das drängendste gesellschaftliche Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht (vgl. Heise 1997). Dies wäre aber der notwendige Gegenwert, den zumindest eine sozialdemokratische Politik für den Preis des Sozialabbaus (als wesentlicher Teil der Angebotspolitik) präsentieren müsste; (3) Mit der Aufgabe einer eigenständigen gesellschaftlichen Vision verliert die Sozialdemokratie ihr Movens, löst sich die Unterscheidbarkeit zur anderen großen Volkspartei im Kern auf, fehlt der Regierung-Opposition-Dyade die grundsätzliche politische Entsprechung. Dieser strategische Schritt wäre nur dann zu rechtfertigen, wenn die Prägung der öffentlichen Meinung als so weitgehend empfunden würde, dass kritische, anders lautende Verbreitungen ausschließlich als sektiererische Bekundungen jenseits eines akzeptierten gesellschaftlichen Konsens

aufgenommen würde. Die PDS scheint zumindest in Westdeutschland in einer vergleichbaren Position, die führende Regierungspartei sollte allerdings in der Lage sein, mitzubestimmen, wie weit der gesellschaftliche Konsens reicht. Oder anders: Je mehr auch in der SPD der kritische Diskurs verstummt, desto enger wird die Basis politischer Denkbarkeiten.

Das Ende der Sozialdemokratie...

... und ihr Anfang

Gerhard Schröder führt die SPD auf einen Kurs, der die langfristige Regierungsfähigkeit bewahren soll. Entsprechend seiner eigenen Lebenserfahrungen – und man sollte derart individuelle Momente bei der Formulierung von Regierungs- und Parteihandeln nicht gering schätzen – setzt er dabei auf stärker individualistische und meritokratische Elemente als es bislang in der Sozialdemokratie gewünscht war. Er sieht darin den ‚feasible set‘ sozialdemokratischer Politik in neoliberalen und globalisierten Zeiten – also angesichts objektiver und subjektiver Veränderungen der Rahmenbedingungen und politischen Restriktionen (vgl. Merkel 2001). Schröder und die Politik bestimmenden Pragmatiker können sich nicht vorstellen, sich außerhalb des von fast allen gesellschaftlichen Eliten bestimmten Diskurses zu stellen oder gar daran mitzuwirken, dass der gesellschaftliche Diskurs offen und plural verbleibt. Hier stehen mittlerweile die Gewerkschaften weitgehend allein auf weiter Flur und sie laufen Gefahr der politischen Marginalisierung. Ist die Hinnahme der neoliberalen Hegemonie also der notwendige Weg der Sozialdemokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts? Muss die Partei die ‚hard choices‘, die Sachzwanglogik des Weltmarktes so akzeptieren wie die Godesberger Sozialdemokratie die endgültige Lossagung von ihren marxistischen Wurzeln als langfristiges Erfolgssignal benötigte – ohne dass es darüber zur endgültigen Spaltung der Partei gekommen wäre? Müssen Schröder und Clement nun ihr Heil in der ‚Macher-‘, oder ‚Modernisierer-Pose‘ suchen, den ideologischen Tabubruch als Ausweis der Gemeinwohlorientierung gegenüber kleingeistiger Interessenvertretung und Besitzstandswahrung stilisieren? Sicher ist, dass ein solcher Weg grundsätzlich nur gangbar ist, wenn den Kommunikations- und Partizipationsbedürfnissen der Partei stärker als bisher Rechnung getragen wird – derart zentrale Weichenstellungen können in keiner Partei und schon gar nicht in der SPD von oben herab dekretiert werden. Natürlich kollidiert dies mit dem ‚Macher-Image‘ des Kanzlers, muss deshalb vom Parteiapparat übernommen werden. Wie verheerend die Fehleinschätzung der Gefolgschaft der Partei war, zeigt das bislang in

ihrer Geschichte einmalige Verfahren eines Mitgliederbegehrens und die Abwahl von Schröder-treuen Landesvorständen.

Aber es ist nicht allein der Versuch Schröders, die SPD wie ein Politikunternehmen von der Spitze her zu managen, der in weiten Teilen der Mitglied- und potentiellen Wählerschaft sauer aufstößt, es ist auch der grundlegende Kurs – der neuerdings als ‚Agenda 2010‘ einen Namen bekommen hat –, der einige absolute ‚don'ts‘ übersieht: Mit der expliziten Preisgabe einer ideologischen Positionierung verzichtet das Politikmanagement auf ein notwendiges Alleinstellungsmerkmal, ohne das es schwer werden wird, eine ‚Marke‘ mit dauerhafter Bindungskraft zu positionieren. Dieses Manko ist besonders fatal, wenn die ‚Politikkonzeption mittlerer Reichweite‘ ganz wesentlich auf Reformen als Selbstzweck, als Symbol der Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit abstellt. Gerade wenn die gesellschaftlichen Reformen im Sinne von ‚hard choices‘ Besitzstände angreifen und damit verteilungspolitische Wirkungen haben, ist es für eine sozialdemokratische Regierung überlebensnotwendig, dass ihr die Wahrung der sozialen Balance zugetraut wird. Wer in einer solchen Situation von Alternativlosigkeit und überideologischen Notwendigkeiten spricht, zeigt nicht gerade, dass er Politik als Prozess des Aushandelns von Kompromissen zwischen verschiedenen Interessenlagen verstanden hat und signalisiert zumindest dem sozialdemokratischen Wählerpotential, dass es seinen Interessen keine besondere Bedeutung beizumessen geneigt ist.

Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Preisgabe der traditionellen Dyade ‚Selbstregulierung des Marktes versus Marktintervention‘, die dem ideologischen Rechts-Links-Schema die wirtschaftspolitische Grundierung gab. Gerade in Zeiten überbordender Kommerzialisierung aller möglichen Lebensbereiche wird der Wunsch nach einer Interventionsmacht lauter, die sich über die Regeln des Marktes zu erheben vermag und dem Markt seine Grenzen aufzuzeigen verspricht. Wer gerade unter solchen Rahmenbedingungen das sozialdemokratische Credo der Begrenztheit des Marktes aufgibt und die Marktverlierer (Arbeitslose) noch an den Pranger stellt, kann nicht eben behaupten, die gesellschaftliche Avantgarde oder auch nur die mehrheitlich solidarisch disponierten Menschen zu vertreten. Das als ‚Agenda 2010‘ bezeichnete Elaborat aus Ideologie verzichtendem Pragmatismus wird eigentlich nur einem ‚don't‘ gerecht: Es thematisiert den Wandel, die Anpassung, die Veränderung, die sich thematisch durch alle Diskurse ziehen, die sich aber auch besser medial inszenieren lassen als Stillstand, Verteidigung von

erreichten Positionen und Institutionen. Wer in den – begründeten oder unbegründeten – Verdacht gerät, eine ‚Es soll so bleiben wie es ist‘-Stellung zu beziehen, also der ‚Stützpfeiler der alten Ordnung‘ (Kesselman 1996: 147) zu sein, verliert zu recht Glaubwürdigkeit und Legitimation. Diese Erkenntnis beinhaltet aber noch nicht jenen ‚Modernisierungskurs‘ der Schröder-SPD, der wohl zu recht als meritokratisch verzerrt und deshalb im Kern als nicht-sozialdemokratisch empfunden wird. Die Menschen in Deutschland, auch die SPD-Mitglieder und potentiellen Wähler haben durchaus verstanden und akzeptiert, dass sich Liebgewonnenes, Altbekanntes, auch als bewährt empfundenes verändern muss und vielleicht auch mit Belastungen (z.B. Selbstvorsorge) oder geringerer kollektiver Hilfeleistung (z.B. Arbeitslosengeld, Rente) verbunden sein kann. Gerade aber in derart dynamischen Zeiten ist es zumindest für eine sozialdemokratische Regierung absolut vital, den Wunsch nach sozialer Balance und institutioneller Sicherheit zu befriedigen (vgl. Priddat 2000) – ein Umbau des wohlfahrtsstaatlichen Gefüges als ernsthafte Sicherung des ‚Systems‘ gegen Angriffe Merz’scher Dimensionen würde zweifellos honoriert werden und könnte auch – bei aller Detailkritik – als ‚Kunst des Machbaren‘ mobilisierend vermarktet werden. Genau dieses Vertrauen aber haben die ideologielosen Pragmatiker der SPD-Führung verloren, indem sie zunehmend Politikinhalt für unverzichtbar verkünden, die sie – wie etwa den Abbau des Kündigungsschutzes oder die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau – noch vor wenigen Monaten (vor der Wahl) als unvereinbar mit sozialdemokratischen Werten erachteten. Wer nimmt dieser Sozialdemokratie denn ab, dass sie wirklich der Garant des (abgespeckten) Sozialstaates ist?

Vielleicht muss die Erkenntnis daraus sein, dass es ‚kein richtiges Leben im falschen gibt‘, um Adorno zu paraphrasieren. Vielleicht kann die Akzeptanz und Unterordnung unter einen unkritisch hingenommenen neoliberalen Diskurs im Sinne einer ‚Politik des Machbaren‘ für eine sozialdemokratische Regierungspartei eben nicht aufgehen, auch wenn man auf politisches Führungspersonal mit Charisma und ausgeprägter Inszenierungsfähigkeit zurückgreifen kann? Vielleicht muss sich die Sozialdemokratie über einige Essentials bewusst werden, die die Veränderung des alten ‚keynesianischen Wohlfahrtsstaates‘ genauso zulässt, wie es die klare ideologische Differenz zu den konservativen Marktapologeten aufrecht erhält und die rekonstruierte Interventionsmacht der Politik gegen die Macht der Märkte und Unternehmen und die Interessen der Leistungselite verteidigt.⁷⁶

⁷⁶ Der ‚Think Tank‘ von Blairs ‚New Labour‘ hat gerade in einer Studie die Anregung gegeben, dass ein nachhaltiges Verständnis von sozialer Gerechtigkeit für die künftigen Wahlerfolge der Partei

Wenn es der Sozialdemokratie gelänge, ein makroökonomisches Governance-System auf nationaler und EU-Ebene voranzubringen, dessen Kern eine (Wieder-)Belebung und Institutionalisierung des Makrodialogs zwischen der Europäischen Zentralbank (bzw. der Deutschen Bundesbank), den Sozialpartnern und der Finanzpolitik wäre (vgl. Heise 2002), könnten die ökonomischen Rahmenbedingungen für Deutschland und die EU in einer Weise verbessert werden, dass eine Neujustierung der sozialpolitischen Balance zwischen individueller und kollektiver Sicherung und, vielleicht wichtiger und drängender, eine allmähliche Harmonisierung der EU-Sozialsysteme auf Basis des Beveridge-Systems ohne die ‚Keule der Arbeitslosigkeit‘ möglich würde. Die Ausdehnung der deutschen Geldverfassung auf die Europäische Union hat in der Vorbereitung auf die Europäische Währungsunion vielen europäischen Partnern große Anpassungsanstrengungen abverlangt, nun liegt es an der Bundesrepublik, sich vom abgabenfinanzierten (Sozial-)Versicherungssystem nach Bismarck zugunsten eines steuerfinanzierten Vorsorgesystems nach Beveridge zu trennen. Dies wären wahrlich zukunftsweisende Reformprojekte, in denen eine sozialdemokratische Bundesregierung nicht nur hinreichend damit beschäftigt wäre, ein Absinken des Sicherungsniveaus auf individuell perforierte Fürsorge (wie in den angelsächsischen Ländern) zu verhindern, sondern auch eine weiterhin dem Leistungsfähigkeitsprinzip geschuldete Finanzierung durchzusetzen hätte – zweifellos Herkulesaufgaben mit zahlreichen Politikfallen und Blockierungspotential. Dennoch: Ein postkeynesianisch reformierter Wohlfahrtsstaat, der mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat der siebziger Jahre wohl die Werte und Ziele solidarischer Zuwendung, nicht aber die Instrumente und Institutionen gemein hätte, und doch als klare Alternative zum meritokratischen Wettbewerbsstaat des politischen Konservatismus stände, könnte ein ‚neuerliches Geschenk des Himmels‘ für eine Sozialdemokratie werden, die bereit und fähig ist, sich den ton- und meinungsmachenden Eliten entgegen zu stellen (vgl. Heise 2003). Denn das sollte klar sein: Wer immer sich den Interessen der Leistungselite verweigert, muss nicht nur in diesem Land mit unerbittlichem medialen Gegenwind rechnen. Doch auch darin kann man sein Profil schärfen.

entscheidend sein werden – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die zugangsorientierte Interpretation von sozialer Gerechtigkeit in Großbritannien zu zunehmend prekär empfundener Einkommensungleichheit und Armut geführt hat; vgl. Paxton/Dixon 2004.

7. Er muss da raus!

Schröder macht die SPD kaputt

Sachsens SPD-Spitzenkandidat Thomas Jurk bezeichnete das Abschneiden seiner Partei als „achtbares Ergebnis“.

Die „standfeste Politik“ der SPD hingegen zahle sich aus. Durch das Wahlergebnis stabilisiere sich die SPD (Klaus Uwe Benneter).

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering sieht seine Partei nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg gestärkt. Es sei „in einer schwierigen Situation ein insgesamt erfreulicher Tag für die SPD“, sagte er am Sonntag in Berlin.

(SPD-Homepage am 20.September 2004)

Wahlergebnis in Sachsen: CDU: 41,1; SPD: 9,8; NPD 9,2

Wahlergebnis in Brandenburg: CDU: 19,4, SPD: 31,9; PDS: 28,0

Die Geschichte ist bekannt: Der junge Abgeordnete Gerhard Schröder soll nach einem fröhlichen Abend im Kollegenkreis am Zaune des Bundeskanzleramtes in Bonn gerüttelt und seine Absicht bekundet haben, ‚da rein‘ zu wollen. Er hat es bekanntlich geschafft, wenn auch das Bundeskanzleramt jetzt in Berlin steht. Nach fast 6 Jahren Kanzlerschaft Schröder muss sich endlich die Partei (symbolisch) am Zaun des Bundeskanzleramtes versammeln und rufen: ‚Er muss da raus‘!

Was ist geschehen, dass ich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein derart ungebührliches, sicher unübliches und gewiss einmaliges Verhalten nahe lege, den eigenen

Bundeskanzler in die Wüste zu schicken? Es ist nicht in erster Linie die Politik der von ihm geführten Bundesregierung, die unter der Marke ‚Agenda 2010‘ verkauft wird und vor allem in der Ausprägung ‚Hartz-Gesetze‘ zu einer Protestwelle in der Republik geführt hat, wie sie seit den Beschlüssen zur Nachrüstung Anfang der 80er Jahre nicht mehr gesehen wurde. Wahrscheinlich wird erst mit einem größeren zeitlichen Abstand wirklich bemessen werden können, welche langfristigen Auswirkungen diese Politik für die Gesellschaft und Volkswirtschaft der Bundesrepublik wirklich hatte – die Debatten darüber, die ja erstaunlicherweise nicht zwischen Bundesregierung und konservativ-liberaler Opposition geführt werden, sondern zwischen verschiedenen Lagern innerhalb der Sozialdemokratie, zeigen jedenfalls an, dass hier Verständnisprobleme massiven Ausmaßes entstanden sind, die nicht allein mit einem ‚Vermittlungsproblem‘ umschrieben werden können.

Meine eigentliche Sorge ist deshalb eine andere: Diese Bundesregierung und, allen voran, Bundeskanzler Gerhard Schröder machen die Sozialdemokratie kaputt und bringen damit die politische Stabilität in Deutschland gefährlich ins Wanken. Die politische Zustimmung zur SPD hat in Westdeutschland historische Tiefststände erreicht, in Ostdeutschland ist die Partei dabei, den Status der Volkspartei einzubüßen. Wer ein einstelliges Wahlergebnis – wie in Sachsen dieser Tage – und 30 % - wie in Brandenburg, wo nur ein ungeheuer populärer Ministerpräsident überhaupt ein solches Ergebnis ermöglichte – als ‚Konsolidierung in schweren Zeiten‘ schönredet (Generalsekretär Benneter), hat wohl den Bezug zur Realität längst verloren.

Besorgniserregend daran ist, dass diese Entwicklung klar erklärt werden kann und dennoch keine korrigierende Reaktion aus der Mitte der Sozialdemokratie erfährt: Die Politik der Schröder-SPD, die von den Meinungsführern aus Wirtschaft und Medien wesentlich geprägt wird, hat die Sozialdemokratie in ihrem ureigensten Verständnis getroffen: bei der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität. Die soziale Gerechtigkeit, die darauf basiert, Marktergebnisse durch staatliche Eingriffe zu korrigieren (Ergebnisgerechtigkeit), gehört zu den Grundbeständen sozialdemokratischer Weltanschauung, Schröder hingegen verweist in konservativ-liberaler Manier auf die Unzulänglichkeiten staatlicher Eingriffe und propagiert die verstärkte Marktteilnahme als ‚moderne Interpretation‘ sozialer Gerechtigkeit (Teilnahmegerechtigkeit). Dass ein solcher Schwenk in ideologischen Grundvorstellungen zumindest an der Parteibasis und im Wählervolk zu enormer Verunsicherung führen muss, wird niemand ernsthaft bestreiten, aber gegebenenfalls durch verstärkte

Kommunikationsanstrengungen kompensiert werden können. Wer aber, wie Gerhard Schröder mit seiner pauschalierten Verurteilung von ‚Versorgungs- und Mitnahmentalität‘, die Grundfesten der gesellschaftlichen Solidarität in Frage stellt, stellt sich endgültig außerhalb sozialdemokratischer Grundwerte: Über ein Jahrhundert lang hat die SPD gegen die konservative Verunglimpfung staatlicher Umverteilungsleistungen im Besonderen, für den Staat als Instrument des Kampfes gegen gesellschaftliche Ungerechtigkeiten im Allgemeinen und gegen seine Instrumentalisierung als chauvinistisches, elitäres Machtinstrument gekämpft, jetzt kommt ein durch Machtbewusstsein und mediales Geschick in der Sozialdemokratie emporgestiegener Opportunist⁷⁷ daher und delegitimiert die Inanspruchnahme der eh ständig von weiteren Kürzungen gefährdeten staatlichen Leistungen ganz offen. Abgesehen davon, dass die Schröder’schen Anwürfe ja eigentlich nur die Unfähigkeit der Politik beschreiben würden (wenn sie denn inhaltlich berechtigt wären), staatliche Leistungen zielgenau (‚den tatsächlich Bedürftigen‘) zuweisen zu können, zeugen sie doch von einem zutiefst unsozialdemokratischen Staats- und Bürgerverständnis. Der Staat ist nicht Ermöglicher und Überwacher von gesellschaftlicher Kooperationen unter Berücksichtigung ungleicher individueller Leistungsfähigkeit gleichberechtigter und sozial engagierter Bürger, sondern der paternalistische Besserwisser, der nur um den eigenen Vorteil bedachten Bürgern nach Gutdünken Gunst gewährt, entzieht oder verweigert. Der allweise Bundeskanzler (‚es gibt keine Alternative‘, ‚sie müssen begreifen‘) als ‚wohlmeinender Gönner‘ oder gar als Platon’scher ‚Philosophenkönig‘. So irrsinnig diese Vorstellung ist, so sehr scheint Schröder – die Wahlniederlage 2006 vor Augen – geneigt, wahlpolitisches Kalkül oder gar parteipolitische Überlegungen um der eigenen Stellung in der Geschichte willen vollständig zu ignorieren.

Die Mitglieder der SPD müssen sich dagegen wehren, dass das emanzipatorische Projekt ihrer Partei von einem Opportunist zerstört wird. Es geht hier nicht um einen temporären Zustimmungsverlust, der vielen Mandatsträgern den Job in Landesparlamenten und – regierungen kostet. Es geht darum, dass die Sozialdemokratie ihre Identität, ihren Ideologievorrat und damit strukturell und langfristig ihre Existenz als aufklärerische, linke Volkspartei auf’s Spiel setzt. Vor allem aber werden die Ränder des politischen Spektrums attraktiver, wenn die politische Mitte immer spitzer auf die Interessen der

⁷⁷ Spiegel-Redakteur Jürgen Leinemann charakterisiert Schröder folgendermaßen: „Keine Werteskala, keine Prioritäten-Hierarchie, kein inneres Gelände und kein äußeres. Nur Ehrgeiz. Und Chuzpe.“ DER SPIEGEL Nr. 39/2004, S. 152

meinungsmachenden, gesellschaftlichen Elite der selbsternannten Leistungsträger zuläuft und SPD-Stichworte immer häufiger ‚Mitnahmentalität‘, ‚Leistungsbereitschaft‘, ‚...nur die wirklich Bedürftigen...‘, ‚...geht so nicht weiter...‘, ‚Abzocker‘, etc. sind. Deshalb, liebe SPD-Mitglieder, die ihr euch vor dem Vertrauensbruch mit eurem Bundeskanzler und ehemaligen Parteivorsitzenden aus gut nachvollziehbaren Gründen bisher gescheut habt und alle Kröten, die euch dieser Bundeskanzler und die Parteispitze seit 6 Jahren zu schlucken gegeben hat, immer verdrießlicher heruntergewürgt habt, zieht endlich die Notbremse und wagt den Neuanfang, der nur ein Zurück zu sozialdemokratischen Grundüberzeugungen sein kann.

8. Wie Schröder die Wahl gewinnen kann und anderen das Regieren überlassen muss

Am 22. Mai, dem Tag der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, erhielt der angeschlagene Boxer den Niederschlag – nach vorherigen 9 harten Schlägen streckte dieser zehnte Treffer den Titelverteidiger nieder: Gerhard Schröder kündigte in der ihm bekannten Art – also ohne Rückversicherung mit der eigenen Partei oder dem Koalitionspartner genommen oder auch nur den Bundespräsidenten vorher informiert zu haben – an, mithilfe einer verfassungsrechtlich zumindest dubiosen Vertrauensfrage den Weg zu Neuwahlen freimachen zu wollen.

Allgemein wird dieser Vorgang als ‚Handtuch-Werfen‘ interpretiert: Schröder ist zwar noch nicht k.o., aber er kommt der offenen Konfrontation in der eigenen Partei oder einer vernichtenden Wahlniederlage in 2006 zuvor, indem er durch die Vertrauensfrage und die vorgezogene Neuwahl die Abweichler in der SPD in die Pflicht nimmt und die Opposition überrascht und zumindest soweit schwächt, dass statt des endgültigen Knock Outs eine ehrenvolle Punktniederlage daraus wird. Er könnte dann als Staatsmann abtreten, der sogar seinen Posten zum Wohle des Landes zur Verfügung gestellt hat.

Schröder, der Medienkanzler

Gehört Gerhard Schröder also zu der seltenen Spezies der allein am Allgemeinwohl orientierten Politiker, die sogar die eigene Partei zugrunde richten und den eignen Posten zur Verfügung stellen, um zu tun, was getan werden muss? Möglich. Sicher jedenfalls sieht sich Schröder gern in dieser Rolle. Vielleicht steht ja aber auch etwas anderes dahinter und es könnte sogar aufgehen⁷⁸: Schröder war nicht nur von seiner Mission überzeugt, das Land modernisieren zu müssen, sondern er wollte auch seine Partei in eine Position bringen, die dauerhaft die Regierungs- und Mehrheitsfähigkeit der SPD sicherte – sozusagen ein

⁷⁸ Die theoretische Basis der folgenden Spekulation bietet die Agenda-Theorie, vgl. Heise, A.; Einführung in die Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Institutionen, Paradigmen, München 2005.

‚Godesberg von oben‘. Unterstützt durch zahllose wissenschaftliche Berater, aber auch resultierend aus seinen eigenen Erfahrungen und Dispositionen glaubte er angesichts einer neoliberalen Prägung politischer Themen durch alle Eliten, vor allem aber durch die Medien, die Parteiideologie der SPD deutlich in Richtung einer markt- und wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung verrücken zu müssen (man denke an das Blair-Schröder-Papier). Damit wollte er nicht nur scheinbaren wirtschafts- und sozialpolitischen Notwendigkeiten in einer zunehmend globaleren Welt Rechnung tragen, sondern auch die SPD an den gesellschaftlichen Wandel in Form von Individualisierung und klassenloser Vermittlung anpassen. Sich, quasi in historischer Einheit mit seiner Partei, außerhalb der tonangebenden Eliten in Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Medien zu stellen, war für den Medienkanzler und Aufsteiger Schröder völlig undenkbar.

Schröders verheerende Fehleinschätzung

Bis heute ist Schröder von der Richtigkeit dieses Vorgehens im Kern überzeugt – sonst würde er, wenn er denn nicht jeglichen Respekt vor seiner Partei verloren hat, jetzt zurücktreten und Andere retten lassen, was noch zu retten ist – und ist allenfalls bereit, sein überfallartiges Vorgehen unter ‚Kommunikationsfehler‘ zu verbuchen und Franz Müntefering die Rolle des Parteivorsitzenden spielen zu lassen. Tatsächlich aber zeigen alle Wahlniederlagen bis zum 22. Mai, dass hier nicht mangelnde Überzeugungsarbeit zur dauerhaften Bindung einer konservativer, leistungsbefürwortender und individueller gewordenen Wähler- und Parteianhängerschaft das Grundproblem darstellt, sondern genau diese Grundannahme als fatale Fehleinschätzung gewertet werden muss: Alle Wahlen bis zum 22. Mai gingen verloren, weil die Bindungs- und Mobilisierungskraft bei den Stammwählern im Allgemeinen und dem linken Teil im Besonderen erheblich gelitten hat. Die Abwanderung in das politisch konservative Lager der Opposition, in dem man dauerhaft die Mehrheiten für die SPD vermutete, hielt sich trotz grober handwerklicher Fehler in der alltäglichen Regierungspolitik und den zunehmend unterschiedsloseren Positionen von Schröder oder Clement zu Stoiber oder Merkel in Grenzen. Die massive Abwanderung (etwa vier Mal soviel wie Übertritte ins Oppositionslager) in das Lager der Nicht-Wähler schadete der SPD erheblich. Hier haben große Teile der SPD-Stammwählerschaft das Vertrauen verloren, bei aller Bereitschaft zu politischen Reformen in der SPD einen ehrlichen Makler der Interessen der ‚kleinen Leute‘ zu sehen – auch die historisch einmalige Austrittswelle aus der SPD weist in die gleiche Richtung.

Müntefering und die ‚Kapitalismus-Kritik‘

Franz Müntefering, treuer Schröderianer und Wehner-Schüler („Opposition ist Mist“) einerseits, bodenständiger Sozialdemokrat mit Gespür für die Parteibasis andererseits, hat den Strategiefehler Schröders erkannt, weiß aber auch, dass in medial geprägten Wahlkämpfen die SPD (kurzfristig) auf Gerhard Schröder angewiesen ist. Also paart er Agenda-2010-Durchhalteparolen mit einer Kapitalismus-Kritik, die eigentlich eine Unternehmens-Ethik-Kritik ist. Damit gelingt immerhin der Spagat, eine Politik zu betreiben, die der Macht der Märkte (Kapitalismus) vertraut, andererseits aber den unternehmerischen Umgang damit zu kritisieren (Kapitalismus-Kritik). Die hiermit verbundene Hoffnung, aber auch die darin liegenden Gefahren für die SPD sind klar und bereits am 22. Mai deutlich zu tage getreten: Es sollen jene Stammwähler mit der SPD versöhnt werden, die sich nach einer politischen Kraft sehnen, die die Kälte des Kapitalismus anspricht und politische Wärme in Aussicht stellt. Andererseits sollen aber auch die Mitte-Wähler (also am rechten Wähler-Rand der SPD) nicht allzu sehr verschreckt werden, sondern durch das Festhalten an der Agenda-2010-Politik wird – fast augenzwinkernd – signalisiert, dass sich in der konkreten Politik nicht viel ändern wird.

Fehlerhafte Taktik in NRW

Die Taktik ist, wie wir wissen, in der NRW-Wahl vollkommen daneben gegangen: Tatsächlich konnte die SPD zwar einen Teil der Nicht-Wähler zurückgewinnen, doch lag dies vor allem an der erhöhten Wahlbeteiligung angesichts der großen Bedeutung dieser Wahl. Bereinigt man die Wählerwanderungsanalyse um die höhere Wahlbeteiligung, dann ist wieder eine beträchtliche Anzahl von SPD-Stammwählern zu Hause geblieben – allerdings prozentual weniger als in den Wahlen davor. Offensichtlich hat Münteferings ‚Kapitalismus-Kritik‘, die sich der Schröder-Mann und Ministerpräsident Peer Steinbrück schnell zu eigenen gemacht hatte, jene Anhänger angesprochen, die sehnlichst auf ein ‚sozialdemokratisches‘ Zeichen von der SPD warteten, um wieder guten Gewissens die SPD wählen konnten. Insgesamt aber konnte der Vertrauensverlust im linken Wählerspektrum der SPD nicht wettgemacht werden – zu sehr roch man das taktische Manöver. Andererseits hat Münteferings plötzlicher Vorstoß doch jene Mitte-Wähler verunsichert, die grundsätzlich wenig Parteibindung haben

und das augenzwinkernde Agenda-2010-Angebot nicht mehr für überzeugend hielten.

Schröders Sieg bei den Bundestagswahlen

Wie kann aus dieser Lage, die scheinbar auf Bundesebene ganz ähnlich aussieht, nun doch noch zu Schröders Wahlsieg werden? Einerseits muss die SPD ihre kurzfristigen ‚komparativen Vorteile‘ nutzen – und diese liegen sicher im Wahlkampfgeschick Schröders und der relativen Schwäche Angela Merkels (die Debatte zur Vertrauensfrage im Bundestag war nur ein Vorgeschmack, bei jedem direkten Fernsehduell dürfte Schröder punkten). Zweifellos ist Gerhard Schröder damit in der Lage, die Verluste in der politischen Mitte relativ gering zu halten und insgesamt für die SPD wenigstens ein Wahlergebnis von über 30 % zu erzwingen. Andererseits muss sie darauf hoffen, dass es der neuen Linkspartei tatsächlich gelingt, das Vakuum am linken Wählerrand zu füllen und an die Wahlurnen zu bringen – selbst Größenordnungen von über 12 % für die Linkspartei sind keineswegs ausgeschlossen. Wenn dann noch – ggf. ausgelöst durch die bayerischen Machos, die sich auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch keine Frau als Bundeskanzlerin vorstellen können – ein Mobilisierungsproblem bei den Konservativen entsteht, ließe sich zumindest vorstellen, dass CDU/CSU und FDP zusammen keine absolute Stimmen- und Sitzmehrheit erhalten werden, sondern hinter die Parteien ‚links von der Mitte‘ knapp zurückfallen.

In einer solchen Konstellation, dass legen die Aussagen Schröders nahe, wäre natürlich auch eine große Koalition denkbar – und vielleicht, was Schröder eh immer gewollt hatte. Aber einerseits wäre dies das Ende der Kanzlerschaft für Schröder, weshalb also sollte er für eine derartige Konstellation kämpfen? Um die SPD in Regierungsverantwortung zu halten, und die Reichweite der Partei im linken Spektrum weiter und dauerhaft zu verringern? Die SPD würde dann zweifellos langfristig zur 20%-Partei werden und ähnlich wie Helmut Schmidt müsste Gerhard Schröder dann angelastet werden, durch seine Politik eine Parteigründung ermöglicht zu haben, die sich wesentlich aus dem Wählerpotential der SPD bedient.

Eine neue Koalition

Würde es hingegen zu einer Koalition der ‚Parteien links der Mitte‘ kommen, bestünde nicht nur die Chance, weiterhin den Kanzler der Bundesrepublik zu stellen, sondern mit einer veränderten Politik, die eine solche Koalition allerdings erfordern würde, die Reichweite der SPD im linken politischen Spektrum wieder zu erhöhen und jene Glaubwürdigkeit zurückzuerlangen, die gegenwärtig verspielt wurde. Damit könnte das Wählerpotential der neuen Linkspartei – das ja überwiegend aus enttäuschten Sozialdemokraten besteht – ausgetrocknet werden und die SPD langfristig eine 30 – 40%-Partei bleiben. Allerdings geht dies wohl nicht mit Gerhard Schröder. Einerseits kann er nicht glaubwürdig für einen solchen Politikwechsel stehen, andererseits würde eine solche Koalition (es wäre dann wieder die Troika Schröder-Lafontaine-Fischer, die 1998 antrat und 1999 durch Lafontaines Rücktritt gesprengt wurde) nie unter seiner Führung zusammen kommen. Wieso sollte also Schröder unter diesen Bedingungen für eine solche Konstellation kämpfen? Er müsste dies aus Respekt vor seiner Partei tun, aber auch aus Respekt vor seinem Land, das eine bessere Politik als in den letzten 7 Jahren verdient hat. Dies setzt allerdings voraus, dass er eine Reihe seiner TINA-Mythen⁷⁹ als ebensolche erkennt – vielleicht hilft hierbei eine schonungslose ‚Soll-Ist‘-Analyse der eigenen Politik und ein Blick in die kritische sozialwissenschaftliche Literatur.

Ob eine solche Koalition ‚links von der Mitte‘ tatsächlich erfolgreich sein kann⁸⁰, hängt dann ganz entscheidend davon ab, ob eine Balance zwischen gewiss allzu blauäugigen (und populistischen) Vorstellungen der Linkspartei, der Notwendigkeit zur Modernisierung (z.B. der Sozialsysteme und der makroökonomischen Globalsteuerung) und einer gegen die Eliten voranzutreibenden Solidarpolitik gefunden wird. Hierfür zu (wahl)kämpfen, lohnt sich jedenfalls.

⁷⁹ Das Akronym TINA steht für ‚There is no alternative‘, also jene Formel, mit der Denkalternativen ausgeschlossen wurden.

⁸⁰ Wer glaubt, mit einer in der politischen Gestaltung unerfahrenen Partei wie der neuen Linkspartei können man keine Politik betreiben, übersieht die große Politikerfahrung vieler ihrer Protagonisten (Lafontaine, Gysi).

9. Die SPD muss wieder zur Realität zurückfinden

Als Helmut Kohl 1998 abgewählt wurde, hatte man den Eindruck, er empfinde das Wählervotum als Majestätsbeleidigung – wie hatte der Wähler ihn, den Vollender der deutschen Einheit, so schmäzlich im Stich lassen können? Immerhin, er akzeptierte, was nicht zu bestreiten war: die Wähler wollten ihn mehrheitlich nicht länger als Kanzler haben.

Wer Gerhard Schröder am Wahlabend in der ‚Elefantenrunde‘ der Parteivorsitzenden gesehen hat, musste den Eindruck gewinnen, der ‚Sonnenkönig‘ hadere nicht etwa mit den Wählern, die ihn gerade mehrheitlich abgewählt haben, sondern er akzeptiert schlicht die Realität des Wählervotums nicht! Mit gerade 34% der Stimmen für die SPD und 8% der Stimmen für die Grünen hat die Regierungskoalition nicht nur klar die absolute Mehrheit verfehlt, sie liegt auch deutlich hinter der bisherigen Opposition von CDU/CSU und FDP. Und wer gesehen hat, wie Schröder aus einem der miserabelsten Ergebnisse für die SPD in den letzten 4 Jahrzehnten einen Sieg und Führungs- bzw. Regierungsanspruch zu machen versuchte, der mag seine Chuzpe bewundern und den eigenwilligen Auftritt einer Überdosis Adrenalin am Ende eines spannenden Wahlkampfes zuschreiben, der Realitätsverlust immerhin des amtierenden Bundeskanzlers ist besorgniserregend.

Schlimmer aber ist die Tatsache, dass nicht nur Schröder, sondern offensichtlich die gesamte SPD-Führung völlig den Überblick verloren hat. Wie anders lässt es sich erklären, dass sich die SPD in Person ihres Vorsitzenden Münteferings geradezu krampfhaft an der Führungspersönlichkeit Schröder festhält und dazu versteift, nur mit einem Bundeskanzler Schröder eine Regierungsbeteiligung anstreben zu wollen. Sicher war es schwer beeindruckend, wie der Wahlkämpfer Schröder instinktsicher jede politische Vorlage der am Ende völlig verunsicherten CDU-Mannschaft um Angela Merkel verwandelte und so, um im Bild zu bleiben, aus dem 0:5 zehn Minuten vor Spielende noch ein 4:5 machte. Aber darüber kann doch nicht vergessen werden, dass Schröder mit Eigentoren (Agenda 2010) zunächst für den großen Rückstand selbst gesorgt hatte und letztlich ein 4:5 auch eine Niederlage ist. Schröder kann vorne gar nicht so viele Tore schießen – erst recht nicht, wenn der Gegner sich einmal wieder gesammelt hat und weniger Lücken in der eigenen Deckung präsentiert – wie er hinten zulässt.

Die SPD muss endlich erkennen, dass ‚Schröder hat fertig‘. Er ist politisch daran gescheitert, seine Politik nicht mehr als sozialdemokratisch an die eigene Stammwählerschaft gebracht, vor allem aber das Land in einem miserablen Zustand hinterlassen zu haben – gewiss war das nicht nur Schröders Fehler, schließlich hat er nach 16 Jahren Kohl-Regierung ein wahrlich schwieriges Erbe übernommen. Nur Schröder hat eben nichts besser und noch nicht einmal, was die SPD-Wählerschaft zumindest erwarten konnte, etwas grundlegend Anders gemacht. Im Gegenteil: Nie ist der Anteil der in Armut lebenden Menschen in Deutschland schneller angewachsen als unter dieser sozialdemokratischen Regierung, nie ist die Einkommensungleichheit schneller gestiegen. Inhaltlich hat Gerhard Schröder die SPD in die völlig falsche Ecke regiert, das zeigt das Wahlergebnis klar: Insgesamt sind die Wähleranteile der beiden politischen Lager im Vergleich zur 2002-Wahl fast unverändert geblieben, lediglich innerhalb der Lager hat es klare Verschiebungen gegeben. Und am auffälligsten ist eben der dramatische Verlust der SPD und der entsprechende Zugewinn der neuen Linkspartei. Hat sich die SPD wirklich damit abgefunden, eine 20-Prozent-Partei zu sein, die unter besonderen Umständen und besonderer Begabung des Führungspersonals auch mal über die 30 Prozent geraten kann? Die euphorisierten Reaktionen von Franz Müntefering und anderen deutet darauf hin.

Die SPD ist schlecht beraten, sich noch weiter von Gerhard Schröder vorführen zu lassen. Es gilt, sich jetzt von ihm zu trennen. Die Zeit ist äußerst günstig: Schröder kann mit Stolz geschwellter Brust abtreten – er hat im Wahlkampf getan, was er konnte und das war erstaunlich viel. Er übergibt jetzt eine Partei, die die Chance hat, in Regierungsverantwortung einiges wieder gutzumachen. Das geht allerdings nur, wenn sie nicht nur den Politikwechsel verhindert, den Merkel, Westerwelle und Co. anstreben, sondern selbst andere Schwerpunkte als bisher setzt: Revision der Hartz-Reformen, Reform des makroökonomischen Governance-Systems, Reform der Sozialsysteme ohne Verteilungswirkungen zulasten der Gering- und Middleinkommensbezieher... Dies geht nur ohne Gerhard Schröder und wahrscheinlich in keiner Konstellation mit CDU/CSU oder FDP. Es bleibt also nur ein Bündnis ‚links der Mitte‘.

Natürlich: Die Linkspartei zielt sich. Und besonders verlockend scheint ein Bündnis mit einer Partei, die noch nicht einmal wirklich existiert und folglich unberechenbar erscheint, nun wirklich nicht. Aber was bleibt denn anderes übrig? Ohne Identitätsverlust ist eine große

Koalition oder auch eine Ampelkoalition nicht vorstellbar, zu wenig gemeinsamen Politikvorrat gibt es – da hilft auch der Verweis auf die grundsätzliche Koalitionsfähigkeit demokratischer Parteien nichts. Ein Bündnis ‚links der Mitte‘ zeigt sicher die größeren gemeinsamen Politikschnittmengen – und könnte dazu beitragen, dass die Partei am linken Spektrum nicht ausufert. In jedem Fall aber darf die Linkspartei nicht ausgegrenzt werden – dies würde sie nicht nur dauerhaft stärken, sondern stabile politische Verhältnisse jenseits von CDU/CSU und FDP auf lange Zeit verhindern. Daran kann die SPD kein Interesse haben, vor allem aber müsste die politische Kultur in Deutschland erheblichen Schaden nehmen.

Das Wahlergebnis hat keine Sicherheiten geschaffen – die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die Legislaturperiode keine vier Jahre umfassen wird. Die SPD muss endlich beginnen, zur Realität zurückzufinden und mit der Neuausrichtung beginnen.

10. Was will die SPD?

Die Chaos-Wahl...

Die Bundestagswahl 2005 ist jetzt über zwei Wochen her und noch ist keine Regierungskoalition absehbar. Weniger noch: Bis heute ist umstritten, wie denn dieses Wahlergebnis zu interpretieren ist. Hat der Souverän nun der rot-grünen Regierungskoalition eine Absage erteilt oder hat er sich der schwarz-gelben Alternative ausdrücklich verschlossen? Will er, dass Schröder weiter reformiert oder dass Merkel den Politikwechsel einleitet? Oder will er eben nicht, dass Schröder weiter reformiert, aber gleichfalls nicht, dass Merkel den Politikwechsel einleitet? Hat der SPIEGEL also recht, wenn er konstatierte: „Keine Macht für niemand: Der Souverän hat keinen klaren politischen Auftrag erteilt, sondern für weitere Unklarheiten gesorgt“ (Spiegel 2005: 6).

... bringt doch Klarheiten

Wer vorbehaltlos an das Wahlergebnis herangeht, muss doch wohl zu anderen Ergebnissen kommen: Die Opposition von CDU/CSU und FDP, die mit einer klaren Koalitionsaussage und der Kanzlerkandidatin Angela Merkel angetreten ist, hat zusammen 45,0 % der Stimmen erhalten und damit nicht nur die Stimm(und Sitz-)mehrheit klar verfehlt, sondern 0,9 Prozentpunkte weniger eingefahren als bei der verlorenen Bundestagswahl 2002! Hieraus kann sicher nicht die Folgerung abgeleitet werden, die Deutschen wünschten den Politikwechsel unter Kanzlerin Merkel! Andererseits hat die rot-grüne auch nur 42,4% der Stimmen erhalten und ebenfalls keine Mehrheit erhalten. Bei einem Anteilsverlust von 4,7 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl (und vor dem Hintergrund von 9 verlorenen Landtagswahlen, die einhellig als ‚Protestwahlen‘ interpretiert wurden), kann zweifellos auch nicht behauptet werden, dass der Wähler eine Fortführung der Regierungskoalition unter Gerhard Schröder will. Damit ist ja aber das Wahlergebnis noch nicht vollständig: Mit der

Linkspartei.PDS ist eine weitere Partei in den Bundestag eingezogen, die sich zu einem weitgehend sozialdemokratischen Wahlprogramm⁸¹ bekannt hat und deren Wähler zu fast einem Drittel enttäuschte Rot-Grün-Wähler sind⁸².

Tabelle 1: Kernaussagen der Wahlprogramme von SPD, CDU/CSU, Bündnis90Die Grünen und Linkspartei.PDS

	Arbeitsmarkt	Steuern	Rente	Krankenversicherung
SPD	<ul style="list-style-type: none"> * Festhalten an Hartz IV + leichte Korrekturen * Einführung von Mindestlöhnen * Aufstockung der öffentl. Investitionen 	<ul style="list-style-type: none"> * Erhöhung der Erbschaftssteuer * Erhöhung des Spitzensteuersatzes * Absenkung der Körperschaftssteuer (auf 19%) * EU-weite Mindestbesteuerung 	<ul style="list-style-type: none"> * Förderung der Privatvorsorge 	<ul style="list-style-type: none"> * Bürgerver-sicherung
CDU/ CSU	<ul style="list-style-type: none"> *Senkung des Beitragssatzes zur AL-Versicherung *Aufweichung der Tarifautonomie <i>*Reduktion des Kündigungsschutzes</i> *Einführung von Kombilöhnen 	<ul style="list-style-type: none"> *Senkung von Eingangs- und Spitzensteuersatz *Senkung der Körperschaftssteuer (auf 22 %) <i>*Abbau von Steuer- vergünstigungen</i> *Strikte Sparpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> *Förderung der Privatvorsorge 	<ul style="list-style-type: none"> *Systemwechsel zur Gesundheits-prämie *Bezuschussung bei niedrigen Einkommen
Bündnis90/ Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> *Korrekturen an Hartz IV *Einführung von 	<ul style="list-style-type: none"> *Anhebung des Spitzensteuersatzes (auf 45%) 	<ul style="list-style-type: none"> <i>*Systemwechsel zur Bürgerversicherung mit allgemeinem</i> 	<ul style="list-style-type: none"> *Einführung einer Bürgerver-sicherung

⁸¹ Wer den Internet basierten ‚Wahl-O-Mat‘ (www.wahlomat.de) kontaktiert und bei der Zustimmung/Ablehnung zu 30 Thesen ‚sozialdemokratischen‘ Programm vorrat präferiert, wird in fast identischer Weise als SPD- und Linkspartei-Wähler und, mit leichten Abstrichen, als grüner Wähler eingeschätzt.

⁸² Von den 2,03 Mio. Stimmen, die die Linkspartei.PDS mehr erhalten hat, als 2002 die PDS, kamen 1,57 Stimmen von früheren SPD- oder Grüne-Wählern bzw. aus dem Nicht-Wählerlager; vgl. Spiegel (2005: 62).

	Mindestlöhnen <u>*Einführung von Kombilöhnen</u> <u>*Ausweitung sozialer Dienstleistungen über 2. Arbeitsmarkt</u>	<u>*Einführung einer Vermögenssteuer</u> *Einführung einer Tobin-Tax	<i>Grundeinkommen</i> *Förderung der Privatvorsorge	
Links-partei.PDS	<i>*Abschaffung von Hartz IV</i> *Einführung von Mindestlöhnen <u>*Einführung von Kombilöhnen</u> *Arbeitszeitverkürzungen *Ausweitung der öffentlichen Investitionen <u>*öffentliche geförderte Beschäftigungssektoren</u>	*Erhöhung der Spitzenbesteuerung (auf 50%) <u>*Einführung einer Vermögensbesteuerung</u> *Erhöhung der Erbschaftsteuer	<u>*Bürgerversicherung</u> *Erhöhung der Grundsicherung	*Solidarische Bürgerversicherung

Anmerkungen: *Kursiv* = Problembereiche zum Koalitionspartner SPD; **KursivFett** = starke Konfliktbereiche zum Koalitionspartner SPD; **Fett**: Grundsätzliche Übereinstimmungen mit dem Koalitionspartner SPD; Unterstrichen = Übereinstimmungen zwischen Bündnis90/Die Grünen und Linkspartei.PDS

Quelle: W/DIW (2005)

Vergleicht man nicht Parteien, sondern politische Lager bzw. Strömungen, so hat das konservativ-liberale Wählerlager gegenüber der 2002er Bundestagswahl um 0,9 Prozentpunkte abgenommen, während das Mitte-Links-Wählerlager mit einem Stimmanteil von 51,1% exakt konstant geblieben ist. Die Verschiebungen innerhalb der Lager – zugunsten der FDP im konservativ-liberalen und zugunsten der Linkspartei.PDS im Mitte-Links-Wählerlager – zeigt einerseits, dass die konservative, männliche Wählerschaft immer noch Schwierigkeiten damit hat, eine Frau aktiv ins Bundeskanzleramt zu wählen. Andererseits wird klar, dass der sozialdemokratische Stammwähler den Schröder-Kurs der SPD nicht länger mittragen kann. Zusammengenommen kann dies nur heißen, dass die Wählermehrheit keinen Politikwechsel unter einer Bundeskanzlerin Merkel, aber auch keine Weiterreform unter Bundeskanzler Schröder will, sondern eine sozial ausgewogenere,

sozialdemokratischere Politik links von CDU/CSU und FDP.

Oder ist der Wählerwille doch eine große Koalition von CDU/CSU und SPD mit immerhin 69,5% der Stimmen? Hiergegen spricht nicht nur, dass eine derartige Konstellation von keiner Partei gewollt oder gar angestrebt worden war und deshalb eine einfache Addition der Stimmanteile nichts über den wirklichen Wählerwillen aussagt – ansonsten hätte es noch immer eine große Koalition geben müssen. Zeigen aber nicht neuere Umfragen, dass die Mehrheit der Wähler eine große Koalition allen anderen Regierungskonstellationen vorzieht? Nach diesen Umfragen hätte aber auch schon längst Frau Merkel Bundeskanzlerin sein müssen! Wenn die große Koalition denn tatsächlich den Wählerpräferenzen entsprechen würde, dann doch wohl nur dann, wenn die Wahlprogramme beider Parteien größere inhaltliche Kongruenz aufweisen als die Wahlprogramme anderer möglicher Koalitionskonstellationen – ansonsten müsste festgehalten werden, dass Wähleranteile über ‚Lagergrenzen‘ hinweg nicht einfach addiert werden können, um Wählerpräferenzen sinnvoll zu aggregieren.

Schnittmengen und Bündnisse

Tab. 1 fasst wichtige Kernaussagen der Wahlprogramme der zur Koalitionsbildung aus Sicht der SPD in Frage kommenden Parteien zusammen und stellt dar, wo es grundsätzliche Übereinstimmungen, Problem- und starke Konfliktbereiche gibt.⁸³ Die politischen Schnittmengen einer großen Koalition sind gering, die Problem- bzw. Konfliktbereiche hingegen zahlreich. Ganz anders sieht das Bild aus, wenn ein Mitte-Links-Bündnis betrachtet wird: Auch hier gibt es Problem- und Konfliktbereiche, aber insgesamt zeigt sich doch eine große grundlegende inhaltliche Kongruenz.⁸⁴ Und betont Franz Müntefering nicht immer, dass es bei Koalitionsüberlegungen immer darum gehen muss, möglichst viel vom eigenen Politikverständnis durchzusetzen – dies dürfte sicher leichter in einem Mitte-Links-Bündnis der Fall sein, in der die SPD die deutlich stärkste Kraft ist. Allerdings: Die Hartz-4-Gesetze

⁸³ Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wurden von ZDF und dem Tagesspiegel beauftragt, die Wahlprogramme der großen Parteien zu untersuchen und zu bewerten. Dabei stützten sich beide Institute auf wirtschaftspolitische Kernaussagen, weil sie diese für besonders wahlrelevant erachteten – ich übernehme diese Gewichtung.

⁸⁴ Vgl. ZDF (2005)

sind zweifellos ein wesentlicher Stolperstein für ein Mitte-Links-Bündnis, denn so eindeutig die Linkspartei.PDS sich für eine Abschaffung dieser Art der Arbeitsmarktpolitik einsetzt, so sehr hat sich die Schröder-SPD nach einem schmerzhaften Prozess dazu bekannt. Und doch kann allein hieran doch wohl ein ansonsten fruchtbares Bündnis nicht scheitern, denn die politischen Differenzen zur CDU/CSU – als einzige Alternative – sind ja wohl nicht kleiner. Oder wäre die SPD tatsächlich eher dazu bereit, sich auf die Aufweichung der Tarifautonomie, eine weitere Einschränkung von Arbeitnehmerschutzgesetzen und den Einstieg in den Systemwechsel bei der Krankenversicherung und in der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit einzulassen, als zuzugestehen, dass die Absenkung der Lohnersatzleistungen und die Kürzung der Bezugsdauer eben keinen nachhaltigen Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung haben, wohl aber die individuelle Lebenslage extrem beeinträchtigen kann und der Armutsentwicklung in Deutschland Vorschub geleistet hat.

Kann es sein, dass eine inhaltlich sinnvolle Koalition tatsächlich daran scheitern sollte, dass das Führungspersonal nach zurückliegenden Verletzungen nicht mehr miteinander kann? Abgesehen davon, dass dies unglaublich unprofessionell wäre, stellt sich das Problem eigentlich nicht, denn es dürfte nach den jüngsten Wahlergebnissen klar sein, dass Gerhard Schröder nicht länger der Kanzler einer SPD-geführten Mitte-Links-Koalition sein kann. Einerseits steht er symbolisch für den Niedergang der SPD, andererseits ist er mit seiner Politik klar gescheitert (siehe oben) und schließlich kann ja niemand von ihm verlangen, eine Politik zu machen, die – wie er selbst sagte – er nicht kann! Und auch Oskar Lafontaine wird einsehen, dass er in einer Koalition mit der SPD kein Regierungsamt übernehmen kann.

Oder liegt es daran, dass sich in der SPD – außer Gerhard Schröder – niemand zutraut, einer SPD-geführten Bundesregierung vorzustehen? Tatsächlich mag dem außen stehenden Betrachter nicht sofort ein passender Kandidat einfallen, aber wenn von der medialen Öffentlichkeit bereits Namen wie Christian Wulff oder Roland Koch als mögliche CDU-Kanzleramtsanwärter ins Spiel gebracht werden, ohne dass ein Raunen durch die Republik geht, dann sollte doch wohl auch die SPD einen Alternativkandidaten aufbauen können.

Strategie oder Interessen?

Schließlich bleibt noch zu überlegen, ob es aus Sicht der SPD einen strategischen Vorteil

hätte, statt einem Mitte-Links-Bündnis eine große Koalition anzustreben – schließlich geht es einer Partei letztendlich um die langfristige Regierungsfähigkeit. Einigermmaßen einmütig wird aber betont, dass es der SPD in einer großen Koalition nicht nur schwerer fallen wird, ihr eigenes Profil zu stärken als in einer Mitte-Links-Koalition, sie läuft auch schwere Gefahr, zwischen der konservativen Mitte (CDU/CSU) und der ‚linken Sozialdemokratie‘ (Linkspartei.PDS) zerdrückt zu werden – dies könnte mittel- bis langfristig das Ende der SPD als Volkspartei bedeuten.

Zusammenfassend bleiben wenig rationale Gründe, die aus Sicht der SPD für eine große Koalition sprechen. Wenn es dennoch dazu kommen sollte, fällt es einigermaßen schwer zu glauben, diese Entscheidung wäre als ‚Dienst am Vaterland‘ zu verstehen oder ein Sieg der (welcher?) Vernunft⁸⁵.

⁸⁵ Ist es interessenpolitisch zu deuten, wenn insbesondere Wirtschaftsvertreter wie BDA-Präsident Dieter Hundt oder der Vorsitzende des VDMA Dieter Brucklacher die große Koalition für den vernünftigsten Weg halten? Vgl. Spiegel Online (2005) und Bild.T-Online (2005).

D. Sommer 2007

11. Sind Berlin und Weimar vergleichbar?

Was die SPD aus ihrer Geschichte lernen sollte

In einem jüngsten Artikel in der ZEIT (v. 5. Juli 2007) fragt sich Hans-Ulrich Wehler, was die Sozialdemokratie aus den Erfahrungen der Geschichte für ihre gegenwärtig schwierige Lage lernen kann. Zum Verständnis: Hans-Ulrich Wehler ist Historiker und scheint als solcher über Qualifikationen und Kompetenzen zu verfügen, die gestellte Frage beantworten zu können. Und die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Sozialdemokratie sind hinreichend bekannt: Mitglieder und Wähler sind der SPD in Scharen davon gelaufen, seit Gerhard Schröder als Bundeskanzler und zeitweiliger Parteivorsitzender der SPD eine ‚Reform- oder Modernisierungspolitik‘ aufgezungen hat, die in weiten Teilen nicht mit den Ideologie- und Traditionsbeständen zu vereinbaren sind, wie sie sich im noch gültigen Berliner Parteiprogramm finden. In ihrer internen Zerrissenheit und externen Bedrohung durch eine neue linke (‚sozialdemokratische‘) Partei einerseits und die bürgerliche Mitte andererseits erinnert die SPD zu Beginn des 21. Jahrhunderts tatsächlich an jene Partei, die während des 1. Weltkrieges und in der kurzen Zeit der Weimarer Republik mehrere Abspaltungen – zuerst der USPD, später der SAP – hinnehmen musste und schließlich so sehr an Wählerzustimmung und politischem Einfluss verlor, dass sie die Regierungsgeschicke jener Republik kaum mitbestimmen konnte, deren wesentliche Stütze sie eigentlich war.

Wehlers Überlegung ist nun denkbar einfach: Damals hat sich die SPD strategisch falsch entschieden. Statt sich als Reformpartei für einen modernen Verfassungs-, Rechts- und Sozialstaat einzusetzen, optierte sie in den 1920er Jahren fatalerweise für ein Festhalten am utopischen Marxismus und am Klassenkampf – um (offensichtlich erfolglos) weitere Mitglieder- und Wählerverluste an die KPD zu verhindern. Diesen geschichtlichen Fehler, so Wehler, darf die SPD des 21. Jahrhunderts nicht wiederholen. Sie darf sich keineswegs der Versuchung hingeben, den von Schröder so mutig begonnen ökonomischen und

gesellschaftlichen Reformprozess dadurch in Frage zu stellen, dass sie an ‚Traditionsresten festhält, die im 21. Jahrhundert nicht mehr weiterhelfen‘ – was nur bedeuten kann, dass die SPD den begonnenen Prozess der eigenen Neoliberalisierung vorsetzen und nicht etwa innehalten soll, um bewährte sozialdemokratische Gerechtigkeits- und Solidaritätskonzepte (symmetrischer Sozialstaat, Mitbestimmung, wirtschaftspolitische Marktintervention) zu modernisieren.

Man kann Hans-Ulrich Wehler vielleicht nicht vorhalten, dass er die teilweise fatalen Folgen der Schröder'schen Reformpolitik – eine zunehmende Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Zunahme der Einkommensungleichheit und Armut, ohne irgendwelche nachhaltigen Wachstums- und Beschäftigungseffekte auszulösen(!) – nicht recht überblicken kann. Er ist ja kein Ökonom. Und auch die ganz offensichtliche Schwächung der Sozialdemokratie in der Wählerbindung durch die ‚Reformpolitik‘ Schröders kann als strategisch sinnvolle Ausrichtung der Sozialdemokratie ja wohl nur jemand befürworten, der entweder der Sozialdemokratie schaden will oder, wohlwollend gedacht, auf einen langfristigen Lernprozess der Wähler setzt. Eine Schädigung der Sozialdemokratie möchte ich Hans-Ulrich Wehler nicht unterstellen, die Hoffnung auf langfristige ‚Einsichten‘ potentieller SPD-Wähler setzt allerdings eine deutliche Änderung der Präferenzen des sozialdemokratischen Stammwählers voraus, die ich zumindest gegenwärtig nicht erkennen kann.

Problematisch aber wird die historische Einschätzung, die Hans-Ulrich Wehler seinen Überlegungen zugrunde legt und die, seine Kompetenz als Historiker nutzend, seine Empfehlungen an die gegenwärtige SPD legitimieren sollen. Einerseits scheinen mir die Umstände der Weimarer Republik und der Berliner Republik so unterschiedlich, dass sich ein Vergleich verbietet. Damit spiele ich nicht nur auf die historisch ungefestigte erste demokratische Republik in den Grenzen des Deutschen Reiches und die ökonomischen und gesellschaftlichen Turbulenzen Ende der 1920er Jahren an, sondern einerseits auf die gravierenden sozio-strukturellen Unterschiede zwischen einer früh-industriell, polarisierten und einer post-industriell, verbürgerlichten Gesellschaft. Parteien waren damals keine Volksparteien, die aus allen Gesellschaftsschichten schöpfen konnten, sondern Milieu gebundene Klientelparteien, die Wählerbindung über Institutionen und demonstrative Klientelpolitik erreichten. Andererseits bestand in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, anders als zu Beginn des 21. Jahrhunderts, nie eine strukturelle Wählermehrheit für eine

Politik, die auf einen solidarischen, sozial- und wirtschaftspolitisch intervenierenden Staat setzte. Anders als Hans-Ulrich Wehler behauptet, hatte die SPD sich nämlich tatsächlich längst für diesen ‚revisionistischen‘ (oder einfach pragmatischen) Kurs in der konkret verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik entschieden und eben nicht mehr an der ‚heilsgeschichtlichen Utopie des Marxismus‘ (Wehler) und am Klassenkampf festgehalten. Zwar kann das Heidelberger Programm von 1925 noch als marxistisch fundiert (‚Verstaatlichung der Schlüsselindustrien‘) interpretiert und in dieser Ausrichtung auch als ‚traditioneller‘ betrachtete werden als das 1921 verabschiedete ‚Görlitzer Programm‘ der (M)SPD, aber selbst hier findet sich in den pragmatischen (wirtschaftspolitisch orientierten) Programmteilen bereits eindeutig die Handschrift des ‚Revisionisten‘ Eduard Bernstein. Dementsprechend hat natürlich auch die von Wehler als verpasste Chance angemahte politische Zusammenarbeit der SPD mit den bürgerlich-konservativen und liberalen Parteien in der Endphase der Weimarer Republik – insbesondere in der Regierung Preußens, aber auch in der Unterstützung der Brüning-Regierung – gegeben. Es soll hier nicht darüber spekuliert werden, ob eine andere strategische Ausrichtung der SPD besser geeignet gewesen wäre, die Weimarer Republik zu stabilisieren. Wichtiger ist, dass die SPD sich schon damals von den Interessen der eigenen Klientel ab- und den Interessen einer konservativen Klientel zugewandt hat. Sie mag damals keine ernsthaften Alternativen gehabt haben, jedenfalls aber können die historischen Erfahrungen nicht wirklich für die heutigen Fragen zur programmatisch-strategischen Positionierung herangezogen werden.

Die SPD tut gut daran, sich offensiv mit der Linkspartei auseinanderzusetzen. Die potentielle Wählerwanderung zwischen SPD und Linkspartei ist viel größer als zwischen SPD und CDU – dies liegt einfach daran, dass SPD und Linkspartei aus dem gleichen Wählerlager schöpfen, während SPD und CDU sehr unterschiedliche Wählerlager ansprechen, die nur geringe Wander- bzw. Wechselwähler verbinden. Vor diesem Hintergrund erscheint einerseits eine Fortführung der ‚Politik der Neuen Mitte‘ – womöglich durch den Druck der Linkspartei gar noch verschärft – als wenig erfolgversprechend. Vielmehr sollte die SPD ihre Positionierung anhand der Achse ‚Solidarität, Gerechtigkeit, Intervention zur Korrektur von Marktversagen‘ deutlich schärfen, dann wird sie auch ihr angestammtes Wählerlager wieder besser ausschöpfen können, von denen viele bereits zur Linkspartei abgewandert sind, viele aber auch noch in Loyalität, aber Wahlabstinenz (Nicht-Wähler) verharren. In der Umsetzung von Politik und der Bildung von Koalitionen sollte sich die Sozialdemokratie künftig davon leiten lassen, was die größte Aussicht bietet, eigene Politiken durchzusetzen. Dabei dürfte schnell offenbar werden, dass der eigentliche politische Gegner dort sitzt, wo andere

Interessen vertreten werden, und nicht etwa dort, wo persönliche Animositäten bestehen.

12. Programmatischer Linksruck? Hat die SPD die Zeichen der Zeit erkannt?

Seit wenigen Tagen liegt die Beschlussempfehlung der Programmkommission der SPD für das neue, auf dem Parteitag Ende Oktober zu beschließende ‚Hamburger Grundsatzprogramm‘ vor⁸⁶. Insbesondere das von Parteichef Kurt Beck medienwirksam verkündete Bekenntnis zum ‚Demokratischen Sozialismus‘ hat den Anspruch der SPD untermauert, eine – nein, die – linke Volkspartei in Deutschland zu sein. Nachdem die Partei sich in der letzten Zeit bei der ‚Sonntagsfrage‘ auf historischen Tiefständen verfestigt hat, gleichzeitig die LINKE beständig und scheinbar mühelos auf über 10% gehandelt wird und sich die verschiedenen Lager innerhalb der SPD mit Buch-Präsentationen für die Programmdiskussion positioniert haben, schien es Kurt Beck wichtig zu sein, die Partei eindeutig und auch gegen den Widerstand einflussreicher Parteikreise um Vize-Kanzler Franz Müntefering ‚links‘ zu verorten. Die zu untersuchende Fragen bleiben, ob dies erstens eine Erfolg versprechende Strategie ist und 2) die tatsächliche Empfehlung der Programmdiskussion – insbesondere im Vergleich zum so genannten ‚Bremer Entwurf‘ aus dem Vorjahr – diesen Anspruch auch bestätigen.

Auf der Suche nach der Wählerschaft

Wahl- und Parteienforscher machen immer mehr Wechselwähler aus und folgern daraus, dass der Wähler an sich immer flatterhafter und das Lager der ‚stabilen Stammwähler‘ immer kleiner wird. Die Empfehlungen an die SPD sind dann auch schnell bei der Hand: Nicht ‚links‘ liegen die Wählerpotentiale, sondern in der bürgerlichen Mitte – allerdings hier natürlich besonders hart umkämpft, denn auch die CDU/CSU und FDP sprechen insbesondere diese

⁸⁶ Programmkommission der SPD: Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Beschluss vom 22. 09.2007

Wählerschichten an. Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück⁸⁷ und die Netzwerker in der SPD stehen für diesen Weg, den Franz Walter als die Ausrichtung auf die ‚Gewinner der ersten Bildungsreform‘ nennt⁸⁸.

Bei genauerer Analyse der Wählerwanderungen wird man allerdings feststellen, dass zwar die Zahl der Wechselwähler zugenommen hat, keineswegs aber die immer noch sehr stabile Teilung der Wählerschaft in ein linkes, partizipativ-solidaritätsorientiertes und ein rechtes, paternalistisch-konservatives Wählerlager. Die Bindungen innerhalb der Lager scheinen tatsächlich abzunehmen – und genau darunter leidet die SPD seit geraumer Zeit –, die Mobilität zwischen den Lagern nimmt aber keineswegs zu. Vor diesem Hintergrund scheint nun die Ausrichtung der SPD an der imaginären ‚Neuen Mitte‘ wenig Erfolg versprechend: traditionelle Stammwähler gehen in Richtung GRÜNE, vor allem aber in Richtung LINKE und Nicht-Wähler verloren, die Leistungsstarken in der Mitte der Gesellschaft verbleiben gleichwohl entweder ganz überwiegend im konservativen Wählerlager oder, wo sie trotz materiellen Aufstiegs die solidarische Grundhaltung nicht gegen eine meritokratische Perspektive getauscht haben, distanzieren sich eher von der SPD.

Der ‚Ruck nach links‘ scheint deshalb strategisch durchaus konsequent, zumal Kurt Beck als Parteivorsitzender sicher auch eine grandiose Fehlbesetzung wäre, wenn er eine Partei personifizieren müsste, die den Steinmeiers und Steinbrücks vorschwebt – diese Diskrepanz dürfte es auch sein, die in der Vergangenheit sowohl Kurt Beck als auch der SPD geschadet hat. Ist der Partei damit jetzt endlich der viel beschworene Befreiungsschlag gelungen? Die Frage wäre wohl mit ja zu beantworten, wenn erstens die Steinmeiers und Steinbrücks, die ja die Politik gestalten, für die die SPD grade stehen muss, diesen Kurswechsel mitmachen würden. Angesichts deren völlig anderen Einschätzung der Lage erscheint die notwendige Loyalität kaum vorstellbar und, in der Realpolitik, dann wohl auch ein Ende der Großen Koalition absehbar. Zweitens aber müsste sich der Linksruck auch wirklich im neuen ‚Hamburger Programm‘ substantiieren und, worauf Franz Walter völlig zurecht hinweist, dann auch in aktueller Politik sichtbar werden. Hierauf wollen wir etwas genauer blicken.

⁸⁷ In der Politik werden ‚Köpfe‘ gegenüber reinen Inhalten immer bedeutungsvoller – deshalb erscheint es mir sinnvoll und notwendig, hier die Anonymität reiner politischer Standpunkte aufzugeben und explizit Namen zu nennen.

Auf der Suche nach einer neuen Vision

Franz Walter macht den Linksruck am Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus im Beschlussentwurf der Programmkommission fest und kritisiert gleichzeitig, dass natürlich niemand mehr in der SPD tatsächlich im ‚Sozialismus‘ einen Richtungsanzeiger sehen würde⁸⁹ – also alles nur Placebo. Richtig ist zunächst einmal, dass der Begriff des ‚Demokratischen Sozialismus‘ im ‚Bremer Entwurf‘ auf 65 Seiten nur ein Mal – fast beiläufig – vorkommt, während er im Beschlussentwurf der Programmkommission deutlich mehr Platz einnimmt und als Grundüberzeugung so etwas wie der visionäre Fernblick der Partei sein soll. Allerdings erscheint es tatsächlich undenkbar, dass dieser ‚Demokratische Sozialismus‘ etwas mit jener Konzeption zu tun haben sollte, die auf Gesellschaftsveränderung und Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems abzielte. Deshalb wird jener Absatz des Beschlussentwurfs, der mit dem ‚Demokratischen Sozialismus‘ begann, mit dem Verweis auf die ‚soziale Demokratie‘ als Handlungsprinzip abgeschlossen. Zwar ist mit dem Begriffswandel an sich noch nicht viel erhellt, aber doch klargestellt, dass auch die SPD des ‚Hamburger Programms‘ nicht wieder die ‚Systemfrage‘ stellt.

Wo aber steht den die SPD nach dem ‚Hamburger Programm‘? Nur eine klare Positionierung kann Orientierung vermitteln, die ja im Schlagwort von der ‚linken Volkspartei‘ deutlich werden sollte. Um es vorweg zu nehmen: Eine konsistente Perspektive bietet dieser Programmentwurf nicht. Der verzagte Globalisierungskritiker wird genauso bedient wie der zupackende Globalisierungsrealist. Wer stolz auf die Hartz-Gesetzgebung ist, wird sich in den Formulierungen zum ‚vorsorgenden Sozialstaat‘ ebenso wiederfinden können, wie der Kritiker von Hartz-IV darin zumindest eine vorsichtige Rückkehr zu Armut verhindernder Solidarität erblicken können. Es fehlt die klare Linie zur Einschätzung unserer ökonomischen Realität: Statt einer stringenten Gesellschaftsanalyse – sei es im Sinne der Schröderschen ‚Marktsozialdemokratie‘ oder im Sinne einer fundierten, linken Marktkritik jenseits der marxistischen Systemfrage – wird mit dem unregulierten internationalen Kapitalmarkt nur ein Strohmännchen geboten, auf den sich prima einschlagen lässt. Damit läuft die SPD keine Gefahr, ihre Positionen zur nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik allzu sehr schärfen zu müssen,

⁸⁸ Walter, Franz: Schutzmacht der Neuen Mitte, in: Die Tageszeitung v. 25. 09. 2007

⁸⁹ Vgl. Walter, Franz. a.a.O.

denn die linke Kritik kann an den internationalen ‚Heuschrecken‘ festgemacht werden. Und zweifellos sind die Auswüchse des ‚Casino-Kapitalismus‘ Anfang des 21. Jahrhunderts zu kritisieren⁹⁰, doch ersetzt dies nicht die klare Positionierung zur ‚Marktfrage‘: Impliziert das angemahnte Primat der Politik über die Ökonomie nun eine grundsätzliche Marktkorrektur oder nur eine Marktergänzung und, höchstensfalls, eine Marktregulierung? Um diese Entscheidung drückt sich die Partei herum, dem Programm merkt man es an, wenn eine ‚moderne Dienstleistungs-‘ und strategische und ökologische Industriepolitik als Herzstücke sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik angeboten werden. So jedenfalls wird die Orientierung nicht zu leisten sein, die die Partei so dringend braucht: Weder für die verunsicherten Stammwähler, noch für die handelnden Politiker, die ‚Rente mit 67‘ und das Festhalten an den sozialen Einschnitten der Hartz-IV-Gesetzgebung tatsächlich weiterhin als notwendige Wende sozialdemokratischer Sozialpolitik preisen können und sich damit sanktionslos gegen die Positionierungsversuche ihres Vorsitzenden stellen.

Nur die Einheit von Programm, Politik und Personen kann die SPD aus dem Tief herausführen

Als sachbezogene Volkspartei hat die SPD immer mehr oder weniger intensive Debatten über den richtigen Weg – programmatisch, wie realpolitisch – erlebt. Und selbstverständlich müssen sich die unterschiedlichen Grundüberzeugungen, die in einer Partei gebündelt werden müssen, die anstrebt, über 40 Prozent der Bevölkerung zu vertreten, Berücksichtigung finden. Doch was die SPD gegenwärtig ausmacht, ist ihre ausgeprägte Orientierungslosigkeit – sie hat schlicht jede Peilung für eine eigenständig markierbare, nach außen gemeinsam vertretbare und nach innen zusammenhaltende Position verloren. Und der Verlust dieses ‚sozialdemokratischen Gefühls‘ ist die Folge eines politischen Crashes, der Agenda 2010 heißt. Oliver Nachtwey⁹¹ hat jüngst zu Recht die Architekten der Agenda 2010-Politik als ‚politische Geisterfahrer‘ bezeichnet⁹². Gerhard Schröder war der eigentliche

⁹⁰ Vgl. Hickel, Rudolf: Die Krise des Spekulationskapitalismus; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2007, S. 1157 - 1161

⁹¹ Vgl. Nachtwey, Oliver: Geisterfahrer SPD; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.10/2007, S. 1161 - 1164

⁹² Diese scheinbar etwas despektierliche Titulierung wird von Nachtwey damit begründet, dass Geisterfahrer über eine getriebene Realitätswahrnehmung verfügen: Statt zu erkennen, entgegen der

Geisterfahrer der SPD, die Programmatik des ‚Blair-Schröder‘-Papiers das Vehikel der Geisterfahrt und die Agenda 2010 der fast unvermeidliche Crash. Hiervon wird sich die SPD nur erholen können, wenn sie eine klare, in sich konsistente Analyse der Errungenschaften, aber eben auch massiven Mängel der kapitalistischen Marktwirtschaft leistet und eine sozial-interventionistische Reformulierung des solidarischen Sozialstaats anbietet, die den Gerechtigkeitsvorstellungen des eigenen Wählerpotentials entspricht, ohne der Machbarkeitseuphorie früherer Jahrzehnte zu erliegen. Die ‚Weiterentwicklung‘ der Hartz-Gesetzgebung (Kurt Beck) wird da schon als ‚klarer Schwenk‘ (Franz Müntefering) wahrnehmbar sein müssen – dass dies trotz aller Anpassungsfähigkeit heutiger Politiker nicht mit dem gegenwärtig für die SPD handelnden Personal geht, scheint ebenso offensichtlich wie die in dieser Hinsicht verbleibenden Mängel des Beschlussentwurfes zum künftigen ‚Hamburger Programm‘.

Fahrer unterwegs zu sein, denkt der Geisterfahrer, alle anderen wären in der falschen Richtung unterwegs. In ähnlicher Weise diagnostizieren die benannten Netzwerker im Sinne der oben erwähnten ‚Neue Mitte‘-Wählersuche-Logik die Problematik der SPD darin, ausschließlich als ‚Partei der sozialen Gerechtigkeit‘ und nicht als ‚Partei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit‘ wahrgenommen zu werden – in der Realität aber wird die SPD – vor allem im eigenen Wählerlager - längst nicht mehr als die ‚Partei der sozialen Gerechtigkeit‘ gesehen.

E. Herbst 2008

13. Ist die Sozialdemokratie noch zu retten?

Man stelle sich vor: Nach nur wenigen Quartalen verbesserter Beschäftigungsentwicklung steigt die Arbeitslosigkeit bereits wieder deutlich an. Die neoliberale Argumentationsmaschine läuft auf vollen Touren: Alle großen Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat und die Redaktionen der Wirtschaftszeitungen fordern eine weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte und geißeln die sozialen Sicherungssysteme als überbordend, die Arbeitsmotivation untergrabend und überhaupt die Finanzkraft des Wirtschaftsstandortes Deutschland überfordernd. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung stellt sich dieser Herausforderung. Statt etwa die Arbeitslosen der Faulheit zu bezichtigen und ihnen vorzuhalten, sich zu sehr in der sozialen Hängematte auszuruhen, verweist sie auf die dem marktwirtschaftlichen System immanente Instabilität und die Unfähigkeit des Kapitalismus, im Selbstlauf hinreichend viele Arbeitsplätze für alle Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen. Sie verweist auf die weltweite empirische Evidenz, die gegen die Hoffnung spricht, durch höhere Lohndifferenzierung – erzwungen durch ein Absenken der Lohnersatz- und Sozialleistungen – mehr Beschäftigung schaffen zu können und betont die viel eher steigende Gefahr einer solchen Politik: zunehmende Armut. Sie verweist auf die sich wieder mehrenden Stimmen in der kritischen Wirtschaftswissenschaft, die die aggregierte Nachfrageentwicklung für die unterschiedliche Beschäftigungsverläufe in der EU und den USA verantwortlich machen und macht deshalb ein öffentliches Ausgabenprogramm für die Bereiche 'Bildung', 'Hochschulen', 'Infrastruktur' und 'Umwelt' zu ihrem zentralen wirtschaftspolitischen Handlungsfeld, um die schwache deutsche Binnennachfrage zu stärken und die historisch niedrige öffentliche Investitionsquote anzuheben. Und der Bundeskanzler unterstützt seinen Finanzminister vorbehaltlos, der sich auf internationaler Ebene gegen breiten Widerstand für eine stärkere Regulierung der Finanz- und Kapitalmärkte einsetzt.

Es ist eine schwierige Zeit, denn der neoliberale Wind bläst wahrlich heftig. Aber die Sozialdemokratie weiß aus ihrer Geschichte, dass sie sich gegen die durch Medien und

Organisationen vertretenen Interessen der Elite und für die Interessen der breiten, abhängig beschäftigten und sozial verantwortlichen Bevölkerungsmehrheit einsetzen muss – erst recht, wenn sie in Regierungsverantwortung ist.

Dann passiert, was kaum denkbar erschien: Die Wucht der einsetzenden internationalen Wirtschaftskrise fegt plötzlich alle neoliberalen Mythen vom Tisch. Ohne staatliche Eingriffe droht das internationale Finanzsystem völlig zu kollabieren, ohne jene staatlichen Interventionen, die noch vor kurzer Zeit die Finanzkraft eines der reichsten Länder dieser Erde angeblich überforderten, jedenfalls aber dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit unterminiert hätte, wären die Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Beschäftigung gar nicht auszudenken. Die Sozialdemokratie genießt nun uneingeschränktes Vertrauen, als einzige politische Kraft die Mechanismen der Marktwirtschaft nachweislich verstanden zu haben. Sie hat auch in schwieriger Zeit zu jenen Grundüberzeugungen gestanden, die sich jetzt als realitätsnäher erweisen und erreicht bei Wahlen Traumergebnisse.

Es kam alles ganz anders: Statt sich auf sozialdemokratische Werte zu besinnen, setzt der sozialdemokratische Bundeskanzler Anfang des Jahrzehnts auf sein mediales Geschick, den neoliberalen Tiger reiten zu können. In für eine sozialdemokratische Partei beschämend autokratischer Weise zwingt er die SPD auf einen wirtschaftspolitischen Kurs, der sie von konservativ-liberalen Politikströmungen immer ununterscheidbarer macht und macht Personal zum Aushängeschild der SPD, daß man eher mit Energiekonzernen verbinden mag als mit einer Partei, die sich für die Interessen breiter Bevölkerungskreise einsetzt. Die Hoffnung, nicht das Produkt, sondern der Verkäufer sei auf dem politischen Markt entscheidend, trügt. Politische Mehrheiten gehen verloren, immer größere Teile der Wähler- und auch ein nicht geringer Teil der Mitgliedschaft wandern ab. Die Partei hat ihre Glaubwürdigkeit soweit verloren, dass selbst die liberale FDP von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mehr zu profitieren scheint als jene Partei, deren historischen Vordenker derartige Krisen immer befürchtet und vorhergesagt haben.

Wenn die SPD tatsächlich glaubt, mit einem drögen Finanzminister, der selbst in der tiefsten wirtschaftlichen Krise der bundesdeutschen Geschichte sein hanseatisches Kleinkrämertum

nicht ablegen kann, mit einem weißgelockten Außenminister, der für Politik hinter verschlossenen Türen steht und einem Parteivorsitzenden, der noch am ehesten mit seinem Kampf gegen (!) die Revision der vielleicht verheerendsten Arbeitsmarktreformen der Bundesrepublik verbunden wird, ohne nachvollziehbare und glaubwürdige politische Neupositionierung aus der Talsohle der Wählerzustimmung herauszukommen, wenn weiter prominente Linke, die noch die größte Glaubwürdigkeit für einen Politikwechsel beisteuern könnten, in fragwürdigen Ränkespielen von jenen Vertretern aus herausgehobenen Positionen verdrängt werden, die die SPD in die jetzige Lage erst gebracht haben, wird sie wohl ihr nächstes großes Wahldebakel spätestens im September 2009 erleben müssen – verdient hat es weder diese Partei noch deren stolze Mitgliedschaft und auch die Demokratie der Bundesrepublik nimmt Schaden.

1 Literatur

2

3 Literatur zu *„SPD – Ein Trauerspiel. Einführende Worte“*

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.); Die neue SPD. Menschen stärken – Wege öffnen, Bonn 2004

Gabriel, S.; Links neu denken. Politik für die Mehrheit, München 2008

Greiling, H. (Hrsg.); Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Münster 2009

Kane, J.; The Politics of Moral Capital, Cambridge 2001

Nachtwey, O.; Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009

Platzeck, M., Steinmeier, F.-W., Steinbrück, P. (Hrsg.); Auf der Höhe der Zeit: Soziale Demokratie und Fortschritt, Berlin 2007

Sturm, F.; Wohin geht die SPD? München 2009

Walter, F.; Die SPD – Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002

Walter, F.; Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, Wiesbaden 2004

4 Literatur zu *„Versprochen und gehalten? Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte auf dem Prüfstand“*

Arlt, H.-J.; Politik 2000 folgende. Mutmaßungen über Herkunft und Zukunft; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51. Jg., H.1, 2000, S. 6 – 11

Aust, A.; ‚Dritter Weg‘ oder ‚Eurokeynesianismus‘? Zur Entwicklung der europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Amsterdamer Vertrag; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, H.3, 2000, S. 269 - 283

Bach, St.; Die Unternehmenssteuerreform; in: Truger (2001), S. 47 – 94

Buslei, H., Steiner, V.; Beschäftigungseffekte und fiskalische Kosten von Lohnsubventionen

- im Niedriglohnbereich; in: MittAB, H.1, 2000, S. 54 - 67
- Butterwegge, Chr.; Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Opladen 2001
- Esser, J., Schroeder, W.; Neues Leben für den Rheinischen Kapitalismus.Vom Bündnis für Arbeit zum dritten Weg; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, 1999, S. 51 - 61
- Ehrke, M.; Der Dritte Weg und die Europäische Sozialdemokratie; in: perspektiven ds, 17. Jg., H.1, 2000, S. 5 – 17
- Giddens, A.; Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt 2001
- Glyn, A., Wood, S.; Die Wirtschaftspolitik von New Labour; in: Hein/Truger (2000), S. 51 – 88
- Habermas, J.; Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973
- Heimann, S.; Die SPD in den neunziger Jahren; in: perspektiven ds, Jg. 18, H.3, 2001, S. 61 - 88
- Hein, E., Truger, A. (Hrsg.); Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Europa, Marburg 2000
- Heinze, R.G., Schmid, J., Strünck, Chr.; Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den 90er Jahren, Opladen 1999
- Heise, A.; Sozialdemokratie, Keynesianismus und Arbeiterselbstverwaltung; in: ders. (Hrsg.); Arbeiterselbstverwaltung, München 1989, S. 71 – 88
- Heise, A.; Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zwischen Rechts und Links; in: perspektiven ds, 17. Jg., H. 1, 2000, S. 31 – 45
- Heise, A.; Von den Nachbarn lernen. Zur komparativen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Großbritannien und Deutschland; in: Comparativ, 10. Jg., H.3, 2000, S. 90 - 111
- Heise, A.; Der Kölner Prozess – Theoretische Grundlagen und erste Erfahrungen mit dem EU-Makrodialog; in: Integration, H. 4, 2001, S. 390 – 402
- Heise, A.; New Politics. Integrative Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert, Münster 2001
- Heise, A.; Raus aus der Spar-Zwangsjacke; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.3, 2002, S. 269 - 271
- Hickel, R.; Mit Schrumpfpolitik lässt sich nicht wachsen. Eine erste Bilanz rot-grüner

- Steuerpolitik; in: Schmitthenner, H., Urban, H.-J. (Hrsg.); Sozialstaat als Reformprojekt, Hamburg 2000, S. 239 – 259
- Höpner, M.; Unternehmensverflechtung im Zwielficht. Hans Eichels Plan zur Auflösung der Deutschland AG; in: WSI-Mitteilungen, Jg. 53, H. 10, 2000, S. 655 - 663
- Jens, U.; Weltwirtschaftliche Veränderungen und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft; in: Kurlbaum, G., Jens, U. (Hrsg.); Beiträge zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, Bonn 1983
- Kaltenborn, B.; Wirkungsanalysen von Niedriglohnkonzepten; in: IAB-Werkstattbereich Nr. 19, 1999
- Kesselman, M.; Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nach dem Ende des Keynesianismus; in: Borchert, J. et al. (Hrsg.); Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalte im Wandel, Opladen 1996, S. 135 – 168
- Lafontaine, O.; Deutschland braucht eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, Rede am 31.03.1998 vor dem Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung; http://www.spd.de/archiv/wirtschaft/Wir19980331_433.html
- Merkel, W.; Die dritten Wege der Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert; in: perspektiven ds, 18. Jg., H. 1, 2001, S. 17 – 53
- Meyer, Th.; Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt 2001
- Möhring-Hesse, M.; Arbeit am Gerechtigkeitsbegriff; in: perspektiven ds, 17. Jg., H.4, 2000, S. 21 – 34
- Priddat, B. P.; reForm. Über den Wunsch nach Form in der Politik; in: ders. (Hrsg.); Der bewegte Staat. Formen seiner ReForm – Notizen zur ‚new governance‘, Marburg 2000, S. 119 - 166
- Priewe, J., Sauer, T.H.W.; Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt; in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften, H. 116, 29. Jg., 1999, S. 395 - 410
- Scharping, R.; Wir schaffen das moderne Deutschland; in: perspektiven ds, 15. Jg., H.2, 1998, S. 86 – 94
- Schettkat, R.; Sind Arbeitsmarktrigiditäten die Ursache der Wirtschaftsschwäche in Deutschland? Der niederländische und der deutsche Sozialstaat im Vergleich; in: WSI-Mitteilungen, H.11, 2001, S. 674 – 684
- Schröder, G.; Deutschland im globalen Wettbewerb – Aufgaben der Sozialdemokratie; in:

- Scherer, K.-J., Tiemann, H. (Hrsg.); Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Marburg 1998, S. 106 - 112
- Schröder, G.; Das Bündnis als Fokus der Politik der neuen Mitte; in: Arlt, H.-J., Nehls, S. (Hrsg.); Bündnis für Arbeit. Konstruktion-Kritik-Karriere, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 49 – 56
- Schröder, G.; Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft; in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr.4, 2000, S. 200 – 207
- Schröder, G.; Die Mitte in Deutschland. Rede auf dem SPD-Kongress am 20.02.2002 in Berlin, <http://www.spd.de/Kongresse>
- Schröder, G., Blair, T.; Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten; in: perspektiven ds, 16. Jg., 1999, S. 4 – 17
- Schulmeister, St.; Die unterschiedliche Wachstumsdynamik in den USA und Deutschland in den neunziger Jahren; in: Heise, A.; USA – Modellfall der New Economy, Marburg 2001, S. 131 – 167
- Seidel, B.; Die Einkommenssteuerreform; in: Truger (2001), S. 21 - 46
- Sitte, R.; Vieles besser, aber nicht alles anders. Zur finanz- und sozialpolitischen Strategie der rot-grünen Koalition; in: WSI-Mitteilungen, H.6, 2000, S. 355 – 364
- Stöss, R., Neugebauer, G.; Die SPD bei der Bundestagswahl 1998: Historischer Wahlsieg mit Risiken; in: perspektiven ds, 16. Jg., H. 1, 1999, S. 49 - 55
- Streeck, W., Heinze, R.G.; Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs; in: Arlt, H.-J., Nehls, S. (Hrsg.); Bündnis für Arbeit. Konstruktion-Kritik-Karriere, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 147 – 166
- Truger, A. (Hrsg.); Rot-grüne Steuerreformen in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, Marburg 2001
- von Loeffelholz, H. D.; Perspektiven und Optionen der Vermögensbesteuerung in Deutschland; in: Truger (2001), S. 229 - 246

Literatur zu *'Die Wirtschaftspolitik der 'Neuen Mitte' im Lichte einer Agenda-Theorie'*

- Arestis, P., Sawyer, M.; 'New Consensus', New Keynesianism and the Economics of the 'Third Way'; in: Hein, E., Heise, A., Truger, A. (Hrsg.); Neu-Keynesianismus. Der neue wirtschaftspolitische Mainstream?, Marburg 2003, S. 227 - 243
- Beyme, K.v.; Parteien im Wandel, Wiesbaden 2000
- Blair, T., Schröder, G.; Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten; in: Perspektiven, 16 Jg., H.3, 1999
- Bürklin, W. u.a.; Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997
- Dörner, A.; Politainment. Politik und Unterhaltungskultur in Deutschland, Frankfurt 2001
- Dürr, T., Walter, F.; Ohne Traditionen keine Modernisierung – die schwierige Erneuerung der SPD; in: Schroeder, W. (Hrsg.); Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Schwalbach/Ts 2001, S. 163 – 186
- Ebert, W.; Die diskurstheoretische Sicht kooperativer Wirtschaftspolitik im Reframing-Modell; in: Frick, S., Penz, R., Weiß, J. (Hrsg.); Der freundliche Staat. Kooperative Politik im institutionellen Wettbewerb, Marburg 2001, S. 233 – 269
- Edelman, M.; Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt 1976
- Franke, S.F.; (Ir)rationale Politik? Grundzüge und politische Anwendungen der Ökonomischen Theorie der Politik, Marburg 2000 (2. Aufl.)
- Franke, S.F.; Wechselwähler. Eine Analyse der Wählerbeweglichkeit am Beispiel der Bundestagswahl 1998 und der Landtagswahlen der Jahre 1998 bis 2000, Marburg 2001
- Frenzel, M.; Neue Wege der Sozialdemokratie – sozialliberaler Minimalkonsens oder christdemokratische Kopie? Eine Erwiderung auf Martin Seeleib-Kaiser; in: Politische Vierteljahresschrift, 44 Jg., H1. 2003, S. 86 - 93
- Giddens, A.; Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt 1999
- Giddens, A.; Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt 2001
- Grafe, P.; Morgen wird es dir besser gehen; in: Berliner Republik, 5. Jg., H.1, 2003
- Große Holtforth, D.; Medien-Aufmerksamkeit und politischer Wettbewerb. Eine Public-Choice-Analyse der Beziehung zwischen Medien und Politik, Berlin 2000
- Grundwertekommission der SPD, 1999

- Hall, P.A.; Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain; in: Comparative Politics, Vol. 25, 1993, S. 275 - 296
- Hartmann, M.; Der Mythos von den Leistungseliten, Frankfurt 2001
- Heise, A.; Sind Effizienz und Gleichheit ökonomisch unverträglich?; in: Berliner Debatte – Initial, Nr. 3, 1999, S. 115 – 125
- Heise, A.; Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung, Arbeitspapiere für Staatswissenschaft der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik Nr.3, Hamburg 2003
- Hitzler, R.; Inszenierung der Repräsentation: Bemerkungen zur Politikdarstellung in der Gegenwart; in: Soeffner, H.-G., Tänzler, D. (Hrsg.); Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft, Opladen 2002, S. 35 - 51
- Hombach, B.; Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, Düsseldorf 1998
- Kitschelt, H.; The Transformation of European Social Democracy, Cambridge 1994
- Meng, R.; Der Medienkanzler. Was bleibt vom System Schröder?, Frankfurt 2002
- Merkel, W.; Die Sozialdemokratie vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Politische Handlungsräume und soziale Gerechtigkeit; in: Schroeder, W. (Hrsg.); Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Schwalbach/Ts 2001, S. 65 – 98
- Meyer, Th.; Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt 2001
- Przeworski, A.; Capitalism and Social Democracy, Cambridge 1985
- Sandner, G.; Der dritte Weg als politische Theorie. Konstruktiver Pragmatismus als Programm; in: Hein, E., Heise, A., Truger, A. (Hrsg.); Neu-Keynesianismus. Der neue wirtschaftspolitische Mainstream?, Marburg 2003, S. 279 - 295
- Sarcinelli, U., Schatz, H.; Von der Parteien- zur Mediendemokratie. Eine These auf dem Prüfstand; in: dies. (Hrsg.); Mediendemokratie im Medienland?, Opladen 2002, S. 9 – 31
- Schaub, G.; Politische Meinungsbildung in Deutschland. Wandel und Kontinuität der öffentlichen Meinung in Ost und West, Bonn 1998
- Schröder, G.; Nachwort; in: Hombach (1998), S. 221 – 225
- Seeleib-Kaiser, M.; Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie? Eine Untersuchung zur programmatischen Reform sozialdemokratischer Parteien und ihre Auswirkung auf die Parteiendifferenzthese; in: Politische Vierteljahresschrift, 43 Jg., 2002, H.3, S. 478

- Seibel, W.; Politische Lebenslügen als Self-Destroying Prophecies. Die Treuhandanstalt im Vereinigungsprozess; in: Soeffner, H.-G., Tänzler, D. (Hrsg.); Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft, Opladen 2002, S. 225 – 251
- Udehn, L.; The Limits of Public Choice. A Sociological Critique of the Economic Theory of Politics, London 1996
- Vandenbroucke, F.; European Social Democracy: Convergence, Divisions, and Shared Questions; in: Gamble, A., Wright, T. (Hrsg.); The New Social Democracy, Oxford 1999, S. 37 - 51
- Vester, M.; Gibt es eine 'neue Mitte'? Die gesellschaftliche Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik?; in: Argumente, H. 2-3, 1999, S. 38 - 55
- Vester, M.; Gibt es eine 'neue Mitte'?; in: Perspektiven, 17. Jg., H.1, 2000, S. 17 – 31
- Walter, F.; Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002
- Walter, F.; Der Wandel des Wertewandels kommt bestimmt; in: Berliner Republik, 5. Jg., Nr. 5, 2003, S. 42 - 54

Literatur zu ‚Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik‘

- Bartsch, K., Hein, E., Truger, A.; Zur Interdependenz von Geld- und Lohnpolitik; in: Heise, A. (Hrsg.); Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum, Marburg 2002, S. 303 – 346
- Fritsche, U. et al.; Makroökonomische Regime und ökonomische Entwicklung: das Beispiel USA; in: Hein et al. (Hrsg.); Europas Wirtschaft gestalten, Hamburg 2004, S. 51 – 79
- Giddens, H.; Jenseits von Rechts und Links. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt 1997
- Habermas, J.; Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973
- Hall, P.A.; Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain; in: Comparative Politics, Vol. 25, 1993, S. 275 - 296
- Hauer, N.; Gerech ist, was Arbeit schafft; in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.); Die neue SPD.

- Menschen stärken – Wege öffnen, Bonn 2004, S. 197 – 201
- Heise, A.; New Politics. Integrative Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert, Münster 2001
- Heise, A.; Innovation und Gerechtigkeit? Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte der Schröder-Regierung; in: Heyder, U. et al. (Hrsg.); Das Land verändert? Rot-grüne Politik zwischen Interessenbalancen und Modernisierungsdynamik, Hamburg 2002, S. 29 – 45
- Heise, A.; Dreiste Elite. Zur Politischen Ökonomie der Modernisierung, Hamburg 2003
- Heise, A.; Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice- und Agenda-Theorie; in: Berliner Debatte – Initial, Jg. 15, H.3, 2004, S. 69 – 85
- Heise, A.; Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung; in: Chaloupek, G. et al. (Hrsg.); Sisyphus als Optimist. Versuche zur zeitgenössischen politischen Ökonomie – in Memoriam Egon Matzner, Hamburg 2005a, S. 173 – 188
- Heise, A.; German Social Democratic Economic Politics in the Light of Agenda Theory; in: Intervention – Journal of Economics, Vol. 2, No. 2, 2005b, S. 131 – 151
- Heise, A.; Einführung in die Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Institutionen, Paradigmen, München 2005c
- Kitschelt, H.; The Transformation of European Social Democracy, Cambridge 1994
- SPIEGEL; Die Chaos-Wahl. Keine Macht für niemand - Wahlsonderheft `05, Hamburg 2005
- Przeworski, A.; Capitalism and Social Democracy, Cambridge 1985
- Priewe, J.; Kooperative makroökonomische Politik für stabile Preise und mehr Beschäftigung in Europa; in: Heise, A. (Hrsg.); Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum, Marburg 2002, S. 259 – 302
- Reisz, G.; Sozialdemokratie ohne Solidarität? Wandlungen eines linken Begriffs in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert; in: Vorgänge, H.4, 2004, S. 56 – 64
- Schröder, G.; Die Mitte in Deutschland. Rede auf dem SPD-Kongress am 20.02.2002 in Berlin; in: www.spd.de/Kongresse
- Schröder, G., Blair, T.; Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten; in: Perspektiven ds., 16. Jg. 1999, S. 4 – 17
- Seeleib-Kaiser, M.; Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie? Eine Untersuchung zur programmatischen Reform sozialdemokratischer Parteien und ihre Auswirkung auf

die Parteidifferenzthese; in: Politische Vierteljahresschrift, 43 Jg., 2002, H.3, S. 478 - 496

Streeck, W., Heinze, R.G.; Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs; in: Arlt, H.-J., Nehls, S. (Hrsg.); Bündnis für Arbeit. Konstruktion-Kritik-Karriere, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 147 – 166

Vester, M.; Gibt es eine ‚neue Mitte‘?; in: Perspektiven ds, Jg. 17, 2000, S. 17 – 31

Vester, M.; Das Fiasko der ‚neuen Mitte‘. Die Bundestagswahl 2005 und die Orientierungen des gesellschaftlichen Milieus; in: spw, H. 145, Ausgabe 5, 2005, S. 14 – 20

Walter, F.; Die Zeit der Volkspartei ‚SPD‘ ist vorbei! Interview mit Prof. Franz Walter; in: spw, H.145, Ausgabe 5, 2005, S. 20 – 24

Literatur zu *‘Das Ende der Sozialdemokratie – konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung’*

Bartels, H.-P.; It’s not the economy, stupid; in: Berliner Republik, 5. Jg., H.1, 2003, S. 20 - 28

Dörner, A.; Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt 2001

Dürr, T., Walter, F.; Ohne Traditionen keine Modernisierung – die schwierige Erneuerung der SPD; in: Schroeder, W. (Hrsg.); Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Schwalbach/Ts 2001, S. 163 – 186

Edelman, M.; Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt 1976

Esser, J., Schroeder, W.; Neues Leben für den Rheinischen Kapitalismus. Vom Bündnis für Arbeit zum Dritten Weg; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.1, 1999, S. 51 – 61

Franz, W.; Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002

Fuhse, J.A.; Links oder rechts oder ganz woanders? Zur Konstruktion der politischen Landschaft; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33. Jg., H.2, 2004, S. 209 – 226

Giddens, A.; Jenseits von Links und Rechts. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt 1997

- Grafe, P.; Morgen wird es dir besser gehen; in: Berliner Republik, 5. Jg., H.1, 2003, S. 64 - 68
- Heil, H., Stender, C.; Ohne Wirtschaft ist alles nichts; in: Berliner Republik, 5. Jg., H.1, 2003, S. 28 - 34
- Heise, A.; Neoliberale Empfehlungen zur Beschäftigungspolitik in Theorie und Praxis; in: WSI-Mitteilungen, 50. Jg., H. 11, 1997, S. 758 – 770
- Heise, A.; Bedeutung und Perspektiven des EU-Makrodialogs; in: ders. (Hrsg.); Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum, Marburg 2002, S. 373 – 395
- Heise, A.; Dreiste Elite. Politische Ökonomie der Modernisierung, hamburg 2003
- Hirscher, G./ Sturm, R. (Hrsg.); Die Strategie des ‚Dritten Weges‘. Legitimation und Praxis sozialdemokratischer Regierungspolitik, München 2001
- Iversen, T.; Contested Economic Institutions. The Politics of Macroeconomics and Wage Bargaining in Advanced Democracies, Cambridge 1999
- Jun, U.; Der Wahlkampf der SPD zur Bundestagswahl 1998: Der Kampf um die ‘Neue Mitte’ als Medieninszenierung; in: Hirscher, G., Sturm, R. (Hrsg.); Die Strategie des ‚Dritten Weges‘. Legitimation und Praxis sozialdemokratischer Regierungspolitik, München 2001, S. 51 – 95
- Kesselman, M.; Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nach dem Ende des Keynesianismus; in: Borchert, J. et al. (Hrsg.); Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel, Opladen 1996, S. 135 – 168
- Kitschelt, H.; The Transformation of European Social Democracy, Cambridge 1994
- Kuhn, F.; Strategische Steuerung der Öffentlichkeit?; in: Nullmeier, F., Saretzki, Th. (Hrsg.); Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt 2002, S. 85 – 98
- Machnig, M.; Strategiefähigkeit in der beschleunigten Mediengesellschaft, in: Nullmeier, F., Saretzki, Th. (Hrsg.); Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt 2002, S. 167 – 178
- Meng, R.; Der Medienkanzler. Was bleibt vom System Schröder? Frankfurt 2002
- Merkel, W.; Die Sozialdemokratie vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Politische Handlungsräume und soziale Gerechtigkeit; in: Schroeder, W. (Hrsg.);

- Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Schwalbach/Ts 2001, S. 65 – 98
- Meyer, Th., Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt 2001
- Paxton, W., Dixon, M.; The State of the Nation. An Audit of Injustice in the UK. IPPR paper, London 2004
- Priddat, B.P.; ReForm. Über den Wunsch nach Form in der Politik; in: ders. (Hrsg.); Der bewegte Staat. Formen seiner ReForm – Notizen zur ‚new governance‘, Marburg 2000, S. 119 – 166
- Priddat, B.; Linke Angebotspolitik?; in: Schroeder, W. (Hrsg.); Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Schwalbach/Ts 2001, S. 99 - 115
- Przeworski, A.; Capitalism and Social Democracy, Cambridge 1985
- Raschke, J.; Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept; in: Nullmeier, F., Saretzki, Th. (Hrsg.); Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt 2002, S. 207 – 242
- Rieger, E., Leibfried, St.; Grundlagen der Globalisierung. Perspektiven des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt 2001
- Schmidt-Deguelle, K.-P.; Mehr als nur reaktives Handeln. Die Praxis der Medienberatung; in: Nullmeier, F., Saretzki, Th. (Hrsg.); Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt 2002, S. 99 – 108
- Streeck, W.; Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, in: Messner, D. (Hrsg.); Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn 1998, S. 218 - 24
- Vester, M.; Gibt es eine ‚neue Mitte‘? Die gesellschaftliche Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik?, in: Argumente, H. 2-3, 1999, S. 38 - 55

Literatur zu ‚Was will die SPD?‘

- Bild.T-Online (2005) – BDA-Präsident Dieter Hundt will eine ‚große Koalition der Vernunft‘; v. 21.09.2005; URL: http://www.bild.t-online.de/BTI/news/2005/09/21/bda_hundt_wahl_/bda_hundt.html
- IW/DIW (2005) – Beurteilung der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2005. Gutachten im Auftrag des ZDF-Morgenmagazins und des Berliner Tagesspiegel, Berlin/ Köln 2005

Spiegel (2005) – Sonderheft ‚Die Chaos-Wahl – Keine Macht für niemand‘ v. 19.9.2005

Spiegel Online (2005) – Wirtschaft will Große Koalition der Vernunft, v. 20.09.2005; URL:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,3752279,00.html>

ZDF (2005) – Die Linke ist im Kommen. Experte: Die inhaltlichen Schnittmengen sind groß

vom 24.09.2005; URL: <http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1986,2378174,00.html>

Bisher erschienene Arbeitspapiere

No. 1 Arne Heise: EMU, Coordinanted Macroeconomic Policies and a Boost to Employment in the European Union, September 2002

Nr. 2 Arne Heise: Makroökonomisches Economic Governance: Makro-Dialoge auf nationaler und EU-Ebene, Februar 2002

Nr. 3 Arne Heise: Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung, Mai 2003

Nr. 4 Arne Heise: Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte, Oktober 2003

Nr. 5 Arne Heise: Polit-ökonomische Betrachtung zur Sozialdemokratie. Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice- und Agenda-Theorie, November 2003

Nr. 6 Arvid Kaiser: Finanzielle Selbstbeteiligung in der Gesundheitsversorgung, Dezember 2003

Nr. 7 Arne Heise: Deutsche Finanzpolitik zwischen Wachstum und Konsolidierung, März 2004

Nr. 8 Leonhard Hajen: Steuerung über Preise erfordert Stewardship, April 2004

Nr. 9 Wulf Damkowski/ Anke Rösener: Good Governance auf der lokalen Ebene, Juni 2004

Nr. 10 Anke Rösner/ Wulf Damkowski: Gender Controlling in der Kommunalverwaltung, Juni 2004

No. 11 Arne Heise: The Economic Policies of German ‚Third Wayism‘ in the Light of Agenda Theory, October 2004

Nr. 12 Sybille Raasch: Antidiskriminierungsgesetze: Zum Umsetzungsstand der neuen EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in Deutschland, Dezember 2004

Nr. 13 Leonhard Hajen: Präventionsgesetz im Interessenkonflikt zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung, Dezember 2004

No. 14 Arne Heise: Limitations to Keynesian Demand Management through monetary policy – whither Cartesian policy control, December 2004

Nr. 15 Norman Paech: Die europäische Verfassung – Ein Schritt zur Demokratisierung der EU?, April 2005

No. 16 Arne Heise: Political Economy of Meritocracy, July 2005

Nr. 17 Arne Heise: Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, November 2005

No. 18 Arne Heise: Market constellations and macroeconomic policy-making: institutional impacts on economic performance, February 2006

Nr. 19 Arne Heise: Keynesianismus, Sozialdemokratie und die Determinanten eines Regierungs- und Politikwechsels. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 im Lichte der Agenda-Theorie, August 2006

Nr. 20 Harry Friebel: Wähler-Macht der geburtenstarken Jahrgänge, Oktober 2006

Nr. 21 Arne Heise: Das Ende der neoklassischen Orthodoxie? Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte, März 2007

No. 22 Arne Heise: How to create a growth-oriented market constellation for South Africa, March 2007

Nr. 23 Toralf Pusch: Verteilungskampf und geldpolitische Sanktion, April 2007

No.24 Ruth Hoekstra, Cécile Horstmann, Juliane Knabl, Derek Kruse, Sarah Wiedemann: Germanizing Europe? The Evolution of the European Stability and Growth Pact, May 2007

Nr. 25 Holger Brecht-Heitzmann: Das EU-Grünbuch zum Arbeitsrecht. ‚Flexicurity‘ als Patentrezept für das Arbeitsrecht in der Europäischen Union?, Mai 2007

Nr. 26 Martina Kliewe: Die Entwicklung der Corporate Finance Strukturen deutscher Unternehmen und deren Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen. Juli 2007

Nr. 27 Arne Heise: Erlebt Deutschland ein neues Wirtschaftswunder? Betrachtungen auf Grundlage der postkeynesianischen Marktkonstellationsforschung, Januar 2008

Nr. 28 Arne Heise: A Post Keynesian Theory of Economic Policy – Filling a Void, March 2008

Nr. 29 Toralf Pusch: EZB contra Gewerkschaften? Mit Reputationsaufbau zur Vollbeschäftigung in Europa? März 2008

Nr. 30 Burak Öztoprak: Ausgestaltung der zukünftigen Hochschulfinanzierung unter allokativen und distributiven Gesichtspunkten

Nr. 31 Arne Heise/Toralf Pusch: Central Banks, Trade Union and Reputation – Is there Room for an expansionist manoeuvre in the EU?, September 2008

Nr. 32 Arne Heise: Theorie und Politik der Depression – Zur Verantwortlichkeit der Ökonomen, September 2009

Nr. 33 Alper Duman/ Arne Heise: Growth Engines of the South? South Africa's, Brazil's and Turkey's market constellations in comparison, September 2009